

Crim.

194

lw

Crim.

194 low

Parmod

Bayerische Staatsbibliothek



<36645132270010





Antisemitismus und Strafrechtspflege.



Zur Auslegung und Anwendung
der §§ 130, 166, 185, 193, 360¹¹ Straf-Gesetz-Buchs
in höchstrichterlicher und erstinstanzlicher Praxis.

Von

Dr. jur. Maximilian Parmod.

Motto: Im Kampf sollst du dein
Recht finden.

R. v. Ihering.

Die Anreizung zum Klassenkampf. — Die Beschimpfung von
Religionsgesellschaften. — Die Beleidigung. Wahrnehmung
berechtigter Interessen. — Der grobe Unfug.



Berlin 1894

Verlag Siegfried Cronbach.



Vorwort.

In unserer Zeit der sozialen und religiösen Zerklüftung gewinnen die §§ 130, 166, 185 und 360¹¹ St. G. B.^s besondere Bedeutung. Und doch begegnet man bei ihrer Auslegung und Anwendung in erstinstanzlicher Praxis Irrtümern grundsätzlicher Art, welchen entgegenzutreten das Reichsgericht bei dem Aufbau unseres Verfahrens nur selten Gelegenheit findet.

Auch die Theorie, welche mit Eifer die Durchforschung der Einzeldelikte verfolgt, hat insbesondere die §§ 130 und 166 St. G. B.^s bisher in nicht genügendem Umfange zum Gegenstand eindringender Untersuchung gemacht.

Die vorliegende Arbeit will ihren Gegenstand nicht erschöpfen, sondern nur Anregung bieten zur weiteren Erörterung der aufgeworfenen Fragen.

Möge dieselbe eine sachliche Würdigung erfahren.

Inhalts-Uebersicht.

	Seite
Einleitung	1
Erster Abschnitt.	
Die Anreizung zum Klassenkampf	6
§ 1. A. Geschichtlicher Abriss	6
§ 2. B. Objektiver Thatbestand	8
a) Anreizung	8
b) Gewaltthätigkeiten	10
c) Gefährdung des öffentlichen Friedens	11
§ 3. C. Subjektiver Thatbestand	16
§ 4. Der Talmud-Auszug	18
§ 5. Fall Strack	25
§ 6. Fall Matthes	31
§ 7. Antisemitische Bilderbogen	38
§ 8. Schluss	42
Zweiter Abschnitt.	
Die Beschimpfung von Religionsgesellschaften	44
§ 9. Allgemeine Prinzipien. Insbesondere der Wahrheitsbeweis	44
§ 10. Fall Strack	53
§ 11. Fall Bechthold — heiliger Rock zu Trier	63
§ 12. Selbständige Prüfung der Frage, ob in den s. g. Talmud-Auszügen die Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft enthalten ist	67
§ 13. Anderweitige Stellung der Anklagebehörde (Waldeggs Manifest — Prozeß in Münster — Ulmer Prozeß)	73

	Seite
§ 14. Der Talmud-Auszug vor dem Darmstädter Landgericht	75
§ 15. Ergebnis	88
§ 16. Anhang. Das Kolnidregebet	88

Dritter Abschnitt.

Die Beleidigung	98
§ 17. Insbesondere die Beleidigung einer Mehrheit einzelner Personen unter einer Kollektivbezeichnung	98
§ 18. Subjektiver Thatbestand	106
§ 19. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen . . .	107
§ 20. Das Verfahren	109
§ 21. Ergebnis	110

Vierter Abschnitt.

Der grobe Unfug	111
§ 22. Kauft nicht bei Juden — antisemitische Karrikaturbilder in Schaufenstern	111

Schluß

Anhang I. Erklärung der Rabbiner Deutschlands über den Talmud	126
Anhang II. Brimann — Ecker — Rohling	128
Anhang III. Blochs Parallelstellen zum Talmud-Auszug aus nichtjüdischen Schriften	135

Einleitung.

Anläßlich der im preussischen Abgeordnetenhaus am 19. März 1892 erhobenen Angriffe kennzeichnete Geh. Oberjustizrat Dr. Lucas die Stellung der Justizverwaltung wie folgt:

„Für die Rechtspflege und für die Justizverwaltung kommt es nicht darauf an, das Verfahren den Wünschen einzelner Kreise und einzelner politischer Bekenntnisse entsprechend zu gestalten, sondern unser Leitstern ist allein die Pflicht. Für uns giebt es nicht Semiten und Antisemiten, sondern für uns giebt es einfach Staatsbürger, denen wir verpflichtet sind, das Recht mit gleichem Maße zuzumessen.“

Dafs dieser Grundsatz ebenso für die preussische wie für die Justizverwaltung der anderen deutschen Bundesstaaten leitend ist, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Daraus folgt aber nicht, dafs nicht trotz der größten Gewissenhaftigkeit der beteiligten Organe thatsächlich die Rechtsprechung sich auf einer Linie bewegt, welche notwendig in einem strafrechtlichen Privileg zu Gunsten gewisser Parteien enden muß.

Eine Strafrechtspflege mit solchem Ergebnis fordert an sich zur Kritik heraus: die Kritik wird aber zur Pflicht, wenn die Rechtsprechung auf rechtsirrtümlichen Grundlagen beruht.

Dem Nachweis dieser rechtsirrtümlichen Grundlagen ist vorliegende Schrift gewidmet. Nicht um Antisemitismus oder Philosemitismus handelt es sich hier; lediglich juristisch-technisch soll ohne politische oder konfessionelle Voreingenommenheit untersucht werden, ob mit den bestehenden Gesetzen ein Rechtszustand im Einklang steht, in welchem eine Klasse deutscher Staatsbürger tagtäglich den Verhetzungen gewissenloser Agitatoren preisgegeben ist, und eine staatlich anerkannte Religionsgesellschaft in und mit ihren Einrichtungen und Gebräuchen straflos gelästert und beschimpft wird.

Dabei kann unerörtert bleiben, ob die vorgeführten Bescheide der Anklagebehörde und Entscheidungen der Gerichte die Erfahrung Bährs bestätigen, welche er dahin zusammenfaßt:¹⁾ „Bei den meisten Gerichten pflegen hie und da Menschlichkeiten vorzukommen, d. h. die Rechtsanschauungen werden mehr oder minder beeinflusst durch die Stimmung, in welche der Rechtsfall — auch seinen nicht juristischen Qualitäten nach — die Richter versetzt“.

Der Jurist findet für die jetzige Richtung der Rechtsprechung hinreichend Erklärung in materiell-rechtlichen und prozess-rechtlichen Verhältnissen.

In prozessualer Beziehung steht das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft im Vordergrund. Wenn dasselbe konstant in einem bestimmten Sinne ausgeübt wird, ist es

¹⁾ In der Einleitung zu seinem Buche: Urteile des Reichsgerichts mit Besprechungen.

in der Lage, einen Rechtszustand zu schaffen ganz unabhängig von der Auffassung der Gerichte. Freilich kann eine solche Ausübung nimmermehr als eine den Intentionen der Gesetze entsprechende angesehen werden. Die gesetzlich garantierte Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft von den Gerichten (§ 151 Gerichtsverfassungsgesetz) soll hier nicht angetastet werden. Die §§ 170, 173 Strafprozeßordnung beweisen jedoch, daß die Staatsanwaltschaft bereits bei der Entscheidung über die Erhebung der Anklage die Auffassung der Gerichte gebührend zu berücksichtigen hat. Die nachfolgenden Ausführungen werden zeigen, wohin es führt, wenn die Anklagebehörde in rechtlich streitigen Fragen sich auf einen Standpunkt stellt, von welchem sie zur Ablehnung der Strafverfolgung gelangen muß, ohne zu bedenken, daß möglicherweise das Gericht von einem anderen, ebenso berechtigten, mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts in vielleicht größerem Einklang stehenden Standpunkt aus, zur Verurteilung gelangen würde (vergl. Löwe: Commentar zur Strafprozeßordnung zu § 153 Nr. 4: „wo die Ansichten des Gerichts und der Staatsanwaltschaft bei Beurteilung eines Falles auseinandergehen, da muß die Vermutung für die Richtigkeit der Ansicht des Gerichts streiten“).

In materiell-rechtlicher Beziehung handelt es sich vorwiegend um die Interpretation der §§ 130, 166, 185, 193, 360¹¹ St. G. B.^s Welch' eine Fülle verschiedenartiger Auffassungen ist hier möglich! Allein wenn die Divergenz der Auffassungen soweit geht, daß die Anklagebehörde die Ablehnung der Strafverfolgung mit denselben Gründen rechtfertigt, aus welchen andere Gerichte unter Billigung des Reichsgerichts zur Verurteilung gelangt sind, so liegt zweifellos ein wunder Punkt vor. Und das Bestehen

eines solchen wunden Punktes ist um so bedauerlicher, als jene Bestimmungen tief in das soziale und religiöse Leben der Gegenwart eingreifen.

Ein Nichtjurist, Herr Dr. Strack, Professor der evangelischen Theologie in Berlin, hat vor Jahresfrist eine Schrift veröffentlicht unter dem Titel: Die Juden, dürfen sie „Verbrecher von Religions wegen“ genannt werden? Ich glaube nicht, daß der Jurist gut thut, über derartige Publikationen stillschweigend hinwegzugehen; er hat vielmehr die Pflicht, sorgfältig zu prüfen, inwieweit die dort mitgeteilten Fälle auf einer schlechten Fassung des Gesetzes selbst beruhen, oder inwieweit sie auf unrichtige Handhabung in der Praxis zurückzuführen sind.

Die vorliegende Schrift macht unter Heranziehung auch anderweitigen einschlägigen Materials den Versuch, darzuthun, daß lediglich eine unrichtige Praxis in der Handhabung der Gesetze den Grund bildet für die Uebelstände, wie sie sich jetzt herausgestellt haben. Daß es sich nur um einen geringen Bruchteil der deutschen Bevölkerung handelt, konnte kein Grund sein, die Frage von prinzipiellen Gesichtspunkten aus weniger eingehend zu behandeln.

Handelt es sich doch um keine lediglich die Juden betreffende Frage. Nicht darauf kommt es an, ob irgend ein einzelner antisemitischer Agitator aus § 130 oder 166 St. G. B.^s verurteilt wird oder straflos ausgeht.

Nein, ganz verschieden hiervon ist die Frage, ob es gerechtfertigt ist, solange einmal die Strafgesetze bestehen, durch ihre Nichtanwendung in gewissen Fällen den Anschein zu erwecken, als ob den Juden und dem Judentum nicht derselbe Strafschutz gewährt wird, als den übrigen Staatsbürgern und kirchlichen Korporationen.

Ob die Gesetzesbestimmungen, welche wir nachfolgend der Besprechung unterziehen, überhaupt oder in ihrer jetzigen Fassung Existenzberechtigung haben, steht hier nicht zur Erörterung. Wir stellen uns lediglich auf den Boden des geltenden Rechts.

Ein hochgestellter preussischer Justizbeamter beklagte es kürzlich, daß die Justiz, welche früher das erste Rad am Staatswagen gebildet habe, zum fünften Rade herabgesunken sei. Niemand wird die Berechtigung dieser Klage in Zweifel ziehen. Allein jeder Jurist, welchem die Hebung des Ansehens der Justiz am Herzen liegt, wird an der Beseitigung der Gründe mitwirken müssen, welche zu diesem traurigen Ergebnis geführt haben. Und da ist meines Erachtens mit der Strafrechtspflege zu beginnen. Möge die folgende Studie, welche das Verhältnis der Strafrechtspflege zum Antisemitismus beleuchten soll, einen Anlaß zur Nachprüfung geben.

Das Material hätte leicht verdoppelt und verdreifacht werden können. Allein es lag nur daran, die hauptsächlichsten Irrtümer an typischen Beispielen prinzipiell zu erörtern, wobei diejenigen Bescheide oder Urteile besonders verzeichnet sind, welche dem hier vertretenen Standpunkt nahe kommen.

Die beigegeführten Anhänge bieten das zur Würdigung der juristischen Ausführungen notwendige thatsächliche Material.

Erster Abschnitt.

Anreizung zum Klassenkampf.

§ 1.

A. Geschichtlicher Abriss.

§ 130 St. G. B.^s lautet:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

Den § 130 St. G. B.^s kann man als strafrechtlichen Niederschlag der sozialen Bewegung bezeichnen. Seine Geschichte ist eng verknüpft mit der Geschichte der sozialen Bewegung überhaupt.¹⁾ Nach dem Vorgange des französischen Rechtes²⁾ bestimmte in Preussen die oktroyierte

¹⁾ Eine eingehende Erörterung über den § 130 St. G. B.^s soll an anderer Stelle gegeben werden.

²⁾ Vergl. das die Preßgesetze des Jahres 1819 ergänzende Gesetz vom 25. März 1822, sowie das Gesetz vom 9. September 1835 und Dekret der provisorischen Regierung vom 11./12. August 1848; abgedruckt im Anhang V der Motive zum Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund. (Aktenstück des Reichstags 1870 Nr. 5.)

Verordnung vom 30. Mai 1849 (Gesetzsamml. S. 226) und sodann das preussische Strafgesetzbuch vom 14. April 1851: „Wer den öffentlichen Frieden dadurch gefährdet, daß er die Angehörigen des Staates zum Hasse oder zur Verachtung gegen einander öffentlich anreizt, wird bestraft.“

Infolge der in der Praxis hervorgetretenen Unzuträglichkeiten schlugen die Redaktoren des deutschen Strafgesetzbuchs folgende Fassung vor:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Feindseligkeiten gegen einander anreizt, wird bestraft.¹⁾“

Im Reichstag wurde infolge des Antrages Fries, der besonders bei den Abgeordneten Lasker und Planck warme Unterstützung fand²⁾, beschlossen, „Feindseligkeiten“ in „Gewaltthätigkeiten“ umzuwandeln. So entstand der jetzt geltende § 130 St. G. B.^s

Die Regierung war mit dieser Fassung nicht zufrieden. Wie die Motive zur Regierungsnovelle von 1876 (Drucksachen des Reichstags No. 54) ausführen, hat sich in der praktischen Anwendung die Wirkungslosigkeit des derart eingeeengten Paragraphen bald herausgestellt. Eine Reform gelang jedoch nicht, weil die Regierung durch die Belastung des § 130 mit dem Zusatz: „wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigentums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift“ offen zu erkennen gab, daß sie den § 130 St. G. B.^s als Kampfgesetz gegen die Sozialdemokratie aufgefaßt wissen wollte.

¹⁾ Motive zum Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund. Aktenstück des Norddeutschen Bundes 1870 Nr. 5 S. 63.

²⁾ Stenogr. Berichte S. 439.

(Stenogr. Berichte des Reichstags 1875/76 S. 395, 940, 1326.)

Ob die gegenwärtige Fassung eine glückliche ist, und ob bezw. inwieweit der § 130 St. G. B.^s einen berechtigten Kern in sich birgt, ist hier nicht zu entscheiden. — Tatsächlich gelangt er den Sozialdemokraten gegenüber tagtäglich zur Anwendung.

Prüfen wir, ob die Gründe, mit welchen die Anklagebehörde seine Anwendbarkeit den Antisemiten gegenüber verneint, zutreffend sind. Zuvor eine kurze, keineswegs erschöpfende Darlegung der einzelnen Thatbestandsmerkmale des § 130 St. G. B.^s

§ 2.

B. Objektiver Thatbestand.

a. Anreizung.

Zunächst wird erfordert eine Anreizung zu Gewaltthätigkeiten.

Anreizung ist nicht identisch mit Aufforderung. Aufforderung bedeutet das offene Aussprechen dessen, was man wünscht. Demgegenüber liegt im Anreizen das Moment des Versteckten, ja Hinterlistigen. Wer anreizt, will auf das Gefühl wirken, auf die Leidenschaften, und nicht selten auf die bösen, verwerflichen Instinkte. Daraus folgt, daß in der ganzen Rede oder Schrift nicht das Geringste von Aufforderung vorzukommen braucht, und dennoch liegt Anreizung vor.

Ein klassisches Beispiel bildet die Rede Marc Antons in Julius Cäsar. Die scheinbar objektivste Darstellung kann gegebenenfalls eine Anreizung enthalten, wenn dem

Redner bekannt ist, daß die Anspielung auf gewisse Verhältnisse seine Zuhörer in eine Stimmung versetzt, in welcher sie selbst zu Gewaltthätigkeiten sich hinreißen lassen würden.

Will der Richter seine Aufgabe erfüllen, muß er die Regungen des Volkslebens kennen und zu würdigen wissen. Eine allgemeine Regel läßt sich hier nicht aufstellen; der praktische Takt entscheidet.

Allein das ist sicher, daß das Moment des Anreizens nicht dadurch ausgeschlossen wird, daß der Redner nach der Ansicht der Anklagebehörde nur gesetzliche Regelung im Auge gehabt habe. Es kommt lediglich darauf an, ob seine Worte als Anreizung zur Gewalt aufgefaßt wurden oder so aufgefaßt werden konnten.

In einem Gedicht hatte ein Pole zur Hoffnung der Wiederherstellung Polens ermahnt und den Wunsch ausgesprochen, daß diese Hoffnung erfüllt werde. Nach der Auffassung des ersten Richters war in dem Gedicht die Ueberzeugung zum Ausdruck gekommen, daß dies nur durch Thaten und auf blutigem Wege geschehen könne. Es erfolgte Verurteilung, weil der Inhalt dieses Gedichtes geeignet sei, die polnische Bevölkerung, welche notorisch noch ein reges Nationalbewußtsein besitze, zu einer ihren deutschen Mitbürgern feindseligen Stimmung anzureizen, und die Gefahr mit sich bringe, daß eine dadurch in der polnischen Bevölkerung erzeugte Stimmung bei irgendwelcher Begegnung zu Gewaltthätigkeiten gegen die deutschen Mitbürger ausarte, durch welche der öffentliche Friede gestört werde.

Das Reichsgericht¹⁾ hat sich dieser Anschauung an-

¹⁾ Urteil vom 17. April 1888 Entscheidungen Band XVII. S. 309.

geschlossen. In einem anderen Falle wurde in einem Zeitungsartikel ein Vergehen gegen § 130 St. G. B.^s gefunden, in welchem die in der Stadt und Provinz Posen herrschenden Verhältnisse besprochen wurden. Insbesondere wurde die zwischen dem deutschen und polnischen Teil der Bevölkerung herrschende Spannung und der Umstand hervorgehoben, daß die Deutschen als Unterdrücker den Polen gegenüber stehen. Eine direkte Anreizung oder Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten war in beiden Fällen nicht vorhanden.

Das Reichsgericht¹⁾ hat das verurteilende Erkenntnis bestätigt.

Demgegenüber vergleiche man den Fall Strack und vor allem die Aeufserung des Pfarrers Matthes: „Die Juden müsse man mit eisernen Hacken ausrotten.“

b. Gewaltthätigkeiten.

Es soll zu Gewaltthätigkeiten angereizt werden, nicht nur zu Feindseligkeiten. — Allein alles das, was die Grenze der Feindseligkeiten überschreitet, ist eben Gewaltthätigkeit. In der Praxis erfolgt oft zu Unrecht Freisprechung, weil nicht ersichtlich sei, zu welchen Gewaltthätigkeiten eigentlich angereizt worden sei.

Das Charakteristische liegt gerade in der Farblosigkeit des Begriffes. Der Agitator hütet sich, seine Zuhörer zu bestimmten und für jedermann erkennbaren Gewaltthätigkeiten anzureizen, denn sonst verfällt er den §§ 110/111 St. G. B.^s Wie es geschieht, ist ihm gleichgültig, nur daran liegt ihm, daß er eine Stimmung erzeugt, welche sich gegebenen Falles schnell in die That umsetzt.

¹⁾ Urteil vom 9. Februar 1886. Rechtsprechung Band VIII. S. 110.

Der eine mag dazu entflammt werden, das Haus eines zu der angefeindeten Klasse Gehörigen anzuzünden, ein zweiter begnügt sich, ihm die Fenster einzuschlagen, ein dritter giebt dem ihm Begegnenden einen kräftigen Rippenstoß, lediglich deshalb, weil er das Unglück hat, der angefeindeten Bevölkerungsklasse anzugehören.

Mit Recht hat das Reichsgericht wiederholt angenommen (Urteil vom 9. Februar 1886 und 17. April 1888),¹⁾ daß es nicht notwendig sei, daß zu einer bestimmten, oder jedermann erkennbaren That angestiftet werden solle. Es ist dies auch nach der Stellung des § 130 St. G. B.^s im System ganz natürlich. Der § 130 St. G. B.^s will nach seiner Entstehungsgeschichte nicht einer derartigen plumphen, ungeschickten Agitation zu Leibe gehen, sondern gerade der durchtriebenen Spekulation auf die Leidenschaften entgentreten. Auch die Fassung des Gesetzes beweist dies. Man hat den Zusatz „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ für überflüssig erachtet; allein mit Unrecht. Wer zu bestimmt erkennbaren Gewaltthätigkeiten anreizt, stört bereits den öffentlichen Frieden. Sein Handeln ist Widerstand gegen die Staatsgewalt. Hier kann es sich nur darum handeln, daß eine zu Gewaltthätigkeiten geneigte Stimmung erzeugt wird. Darin liegt bereits die Gefährdung des öffentlichen Friedens.

c. Die Gefährdung des öffentlichen Friedens.

Der öffentliche Friede besteht — wie das Reichsgericht²⁾ sich ausdrückt — in dem Zustand des beruhi-

¹⁾ Rechtsprechung Band VIII, Seite 110 und Entscheidungen Band XVII, Seite 309.

²⁾ Entscheidungen Band XV, Seite 117. Uebereinstimmend Buri, Gerichtssaal, Band XXVII, Seite 228.

genden Bewußtseins der Staatsangehörigen, in ihren durch die Rechtsordnung gewährleisteten, berechtigten Interessen geschützt zu sein und zu bleiben. Nach Meves¹⁾ bedeutet der öffentliche Friede diejenige Sicherheit des Staatsbürgers, welche auf die verfassungsmäßig gewährleistete Unantastbarkeit seiner Rechte gegründet ist.

Gefährdung des Friedens ist verschieden von Störung des Friedens; das ist zweifellos. Wohl aber erhebt sich Streit darüber, ob eine Gefährdung in einer naheliegenden Möglichkeit der Störung zu finden sei oder in jeder erregten, auch noch so entfernten Gefahr. Das Reichsgericht schwankt. Während das Urteil vom 17. April 1888 (Entscheidungen Band XVII, Seite 309) mit der herrschenden Ansicht sich der ersteren Meinung anschließt, wird die letztere vertreten durch das Urteil vom 22. Dezember 1886 (Entscheidungen Band XV, Seite 116). Allein die herrschende Ansicht kann nicht als richtig erachtet werden. Das Urteil vom 17. April 1888 vergleicht die Gefährdung des öffentlichen Friedens mit der Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Ein solcher Vergleich kann zu keinem richtigen Ergebnis führen, weil die Vergleichsobjekte qualitativ von einander verschieden sind. Bei der Gefährdung eines Eisenbahntransportes liegt ein reales Subtrat zur Nachprüfung vor. Mit mathematischer Genauigkeit kann die Grenze von wirklicher und scheinbarer Gefahr gezogen werden. Nicht so bei dem idealen Gute des öffentlichen Friedens. Hier sieht der eine ein kleines Wölkchen am Horizont, wo der andere ein schweres Gewitter bereits im Anzuge wähnt. Deshalb kann vom legislativischen Standpunkte aus ein Unterschied zwischen nahe-

¹⁾ Holtzendorff, Allgemeine Deutsche Strafrechtszeitung, N. F. III, Seite 450.

liegender Möglichkeit der Störung und noch so entfernter Gefahr nicht gemacht werden. Eine noch so entfernte Gefahr ist auch Gefahr. Dazu kommt, daß — wie oben dargelegt — gar nicht erforderlich ist, daß Gewaltthätigkeiten wirklich eintreten. Weshalb soll hier ein Wechselverhältnis geschaffen werden zwischen Gefährdung und Störung des öffentlichen Friedens?

Schließlich ist zu erwägen, daß das eigentliche Anwendungsgebiet des § 130 St. G. B.^s in dem Schutze vor Angriffen liegt, welche in der Regel mit größeren sozialen oder religiösen Bewegungen im Zusammenhang stehen. Derartige Bewegungen verschwinden nicht mit dem Tage, sondern arbeiten planvoll nach dem Grundsatz: „Steter Tropfen höhlt den Stein“.

Wenn der Gesetzgeber der Ansicht ist, daß jeder Tropfen den Frieden gefährdet, so kann er nicht die ersten Tropfen für nichts achten, weil sie sichtbare Spuren nicht hinterlassen. Zu diesen allgemeinen Erwägungen kommen weitere aus der Stellung des § 130 St. G. B.^s im System hergenommene. In § 23 — 3 des Reichspressgesetzes wird geschieden zwischen dringender und nicht dringender Gefahr. Also giebt auch eine nicht dringende Gefahr Anlaß zur Anwendung des § 130 St. G. B.^s Eine nicht dringende Gefahr ist aber schon eine wenn auch noch so entfernte.

Schließlich halten wir für durchschlagend die Vergleichung der §§ 130 und 126 St. G. B.^s, welche das Urteil vom 22. Dezember 1886 anstellt.¹⁾ „In beiden Paragraphen — führt das gedachte Urteil aus — ist von dem öffentlichen Frieden als Angriffsobjekt der Handlung die Rede, und

¹⁾ Entscheidungen B. XV, S. 116.

es läßt sich, da beide Paragraphen fast unmittelbar aufeinanderfolgen, aber auch in den Motiven die Auffassung der Revision keine Unterstützung findet, nicht annehmen, daß in dem einen Paragraphen dieser Ausdruck in einem anderen Sinne gebraucht worden sei, wie in dem anderen. Der öffentliche Friede besteht aber in dem Zustande des beruhigenden Bewußtseins der Staatsangehörigen, in ihren durch die Rechtsordnung gewährleisteten berechtigten Interessen geschützt zu sein und zu bleiben. Hiernach erfordert § 126 St. G. B.^s zu seiner Anwendbarkeit die in einer Mehrheit von Personen durch die Drohung erregte Besorgnis, daß ihre durch die Rechtsordnung gewährleisteten berechtigten Interessen nicht genügend geschützt seien und geschützt bleiben würden. Und zwar muß diese, in mehreren erregte, Besorgnis in jedem einzelnen Falle als eine wirkliche nachgewiesen sein, weil anderenfalls eine stattgefundene Störung des Sicherheitsbewußtseins nicht angenommen werden könnte. Eine wirkliche Störung dieses Sicherheitsbewußtseins kann aber nur dann eingetreten sein, wenn in der Drohung eine naheliegende Gefahr, daß sie verwirklicht werde, zu erkennen ist. Daraus ergibt sich, daß im Gegensatze zu der in § 126 St. G. B.^s gemeinten wirklichen Störung des öffentlichen Friedens die in § 130 St. G. B.^s bezeichnete bloße Gefährdung desselben zwar gleichfalls natürlich eine erregte Gefahr verlangt, aber doch nicht eine naheliegende Gefahr verlangen kann, und vielmehr diese Voraussetzung des § 130 St. G. B.^s in jeder erregten Gefahr, mag sie auch eine noch so entfernte sein, zu finden ist. Daß § 130 St. G. B.^s eine geringere Strafe androht wie § 126 St. G. B.^s, weist mit Entschiedenheit darauf hin, daß die Gefahr des § 130 St. G. B.^s nicht eine so dringende zu sein

braucht, wie die Gefahr des § 126 St. G. B.^s Die in § 130 St. G. B.^s angedrohte Geldstrafe würde keine geeignete Strafe sein, wenn die naheliegende Möglichkeit eines Ausbruches von Gewaltthätigkeiten zu seiner Anwendbarkeit gefordert werden müßte. Eine entferntere Gefahr für den öffentlichen Frieden ist aber darin zu erblicken, daß die Anreizung geeignet war, eine zu Gewaltthätigkeiten gegen andere Bevölkerungsklassen geneigte Stimmung hervorzurufen. Daß diese Stimmung wirklich hervorgerufen worden sei, kann nach § 130 St. G. B.^s nicht verlangt werden, weil eben die Gefahr nur in der Möglichkeit der wirklichen Verletzung besteht, und diese Möglichkeit immerhin gegeben gewesen sein kann, wenn sie auch demnächst nicht den Erfolg einer wirklich erzeugten feindseligen Stimmung gehabt haben sollte. Auch würde, im Falle diese Stimmung wirklich hervorgerufen worden sein sollte, die Gefahr, daß sie die Verletzung selbst nach sich ziehen werde, eine naheliegende und sonach der öffentliche Friede nicht etwa nur gefährdet, sondern bereits gestört worden sein.¹⁾“

Uebereinstimmend mit bemerkenswerter Begründung das Urteil des Braunschweigischen Obergerichtes vom 8. Januar 1875 (abgedr. bei Stenglein, Zeitschr. Band IV, Seite 289), Urteil desselben Gerichtes vom 11. April 1876 (Stenglein, Band VI, Seite 203), Urteil des O. G. G. Kiel vom 14. Mai 1876 (abgedr. in Oppenhoff, Rechtsprechung Band XVII, Seite 353) und Goltdammer, Archiv Band XXIV, Seite 349.

Nach alledem leuchtet ohne weiteres ein, wie unrichtig der Standpunkt der Anklagebehörde ist, welche die Frage,

¹⁾ Entscheidungen des Reichsgerichts Band XV, Seite 117 u. 118.

ob eine Schrift oder Rede geeignet ist, den Frieden zu gefährden, abhängig macht von der Frage, ob diese Schrift oder Rede früher einmal den Frieden gestört hat. Ob etwas zur Friedensgefährdung geeignet ist, muß von sich aus selbständig geprüft werden. Unrichtig auch ist der Standpunkt, daß eine Strafverfolgung deshalb abgelehnt wird, weil eine naheliegende Möglichkeit der Störung nicht vorliegt. Da die Frage streitig ist, ob nicht auch eine noch so entfernte Gefahr zur Anwendbarkeit des § 130 St. G. B.^s genügt, so ist die Anklagebehörde nicht berechtigt, sich einer Ansicht anschließend, die Strafverfolgung abzulehnen; sie ist vielmehr verpflichtet, die Lösung der streitigen Frage dem Gericht zu überlassen.

Bei Besprechung des Falles Matthes kommen wir darauf zurück.

§ 3.

C. Subjektiver Thatbestand.

Der § 130 St. G. B.^s erfordert ein vorsätzliches Handeln, d. h. der Thäter muß wissen, daß seine Worte eine zu Gewaltthätigkeiten geneigte Stimmung erzeugen werden oder können; trotz dieses Bewußtseins unterläßt er sie nicht. Mehr wird nicht verlangt. Keineswegs braucht die Absicht oder gar der Endzweck des Thäters auf die Erzeugung von Gewaltthätigkeiten gerichtet zu sein. Mag der Agitator im Endeffekt lediglich eine gesetzliche Regelung im Auge haben — wenn er im Verlaufe seiner Rede mit Wendungen spielt, die als Appell an Gewaltthätigkeiten aufgefaßt werden können, so hat er sich strafbar gemacht, weil er damit den öffentlichen Frieden gefährdet hat. Wer sich bewußt ist, daß seine Worte Gewaltthätigkeiten hervorrufen können, der will auch diesen Effekt. Er

handelt mit dem Eventualdolus. Behauptet er, er habe den Erfolg nicht gewollt, so wäre das gerade so, als wenn jemand einen geladenen Revolver gegen seinen Nachbar losdrückt und meint, er habe ihn garnicht treffen wollen.

Deshalb ist auch die Deduktion ganz rechtsirrig: „Weil die Antisemiten lediglich gesetzgeberische Maßnahmen anstreben, sind die Wendungen der Beschuldigten, auch wenn sie nach Gewalt schmecken, nur als Ausdruck besonderer Energie anzusehen“. Denn es kommt nicht darauf an, was die Heerführer der Antisemiten erstreben, sondern lediglich darauf, was der betreffende Agitator in irgend einem Dorfe gesagt hat. Wenn in dieser Rede eine Anreizung zur Gewaltthätigkeit enthalten ist, so kann nicht deshalb Straflosigkeit eintreten, weil die Anklagebehörde findet, diese Rede stehe im Widerspruch zum offiziellen antisemitischen Programm. Rechtsirrig ist es auch, wenn die Anklagebehörde sich auf den Standpunkt stellt, daß die Frage, ob eine Wendung zur erforderlichen Anreizung geeignet ist, beurteilt wird je nach dem Eindruck, den derartige Wendungen auf gebildete urteilsfähige Männer machen. Vielmehr hat die Behörde sich nur die Frage zu stellen: Ist es möglich, daß diese Wendungen in einer großen Versammlung von Leuten, deren Urteilsfähigkeit sich jeder Kontrolle entzieht, als Appell zur Gewalt aufgefaßt werden konnten? Wird die Frage bejaht, dann ist auch festgestellt, daß die Wendungen an sich geeignet waren, den öffentlichen Frieden im Sinne des § 130 St. G. B.^s zu gefährden. Diese Gesichtspunkte, welche mit Recht den Sozialdemokraten gegenüber geltend gemacht worden sind, wenn sie sich auf die Reden ihrer Führer zum Beweise dafür beriefen, daß ihnen jeder Appell an die

Gewaltthat fern gelegen, gelten auch den Antisemiten gegenüber in vollstem Maße.

Das beliebteste Agitationsmittel der Antisemiten ist der Talmud-Auszug. Prüfen wir, ob in demselben ein Vergehen gegen § 130 St. G. B.^s enthalten ist. Ueber die Anreizung durch das Kolnidregebet s. § 16.

§ 4.

Der Talmud-Auszug.

Der Talmud¹⁾ ist ein im Laufe vieler Jahrhunderte entstandenes Schriftdenkmal, welches den gesamten religionsgesetzlichen Stoff der jüdischen Tradition enthält, nicht jedoch systematisch geordnet, sondern mit einfachen freien Diskussionen und Responsen, mit erbaulichen Betrachtungen, Parabeln, Legenden, historischen, juristischen und mathematischen Themen vermischt. Gelegentliche Bemerkungen, welchen keine besondere Bedeutung zukommt, sind ebenso aufbewahrt, wie Kernsprüche geachteter Lehrer. Es ist ein Werk ähnlich wie das corpus juris civilis oder canonici.

Strack in seiner „Einleitung in den Talmud“ 2. Aufl. S. 96 bemerkt:

Man muß im Gedächtnis behalten, daß der Thalmud nicht ein Gesetzbuch ist, nicht ein Kodex ist, in dem jeder Satz unbedingte Gültigkeit hat. Schon in der Mischna werden sehr häufig verschiedene Ansichten neben einander angeführt, ohne daß ein abschließendes Urteil hinzugefügt wird. Und die G'mara trägt fast durchweg den Charakter eines Sprechsaals oder einer Sammlung von Protokollen über die Diskussionen, in welchen die Amoräer die Sätze der Mischna besprochen (erläutert, ergänzt, modifiziert) haben. Nur verhältnismäßig selten kann man ohne weiteres aus dem Thalmud ersehen, was Halakha oder gültiges Gesetz ist. Es ist hiernach völlig verkehrt, alle im Thalmud vorkommenden Aeufserungen eines einzelnen Rabbi

¹⁾ Ueber das Wesen des Talmud siehe die Erklärung deutscher Rabbiner im Anh. I.

ohne weiteres für „Lehre des Thalmuds“ auszugeben und den Thalmud, bezw. das Judentum für alle derartigen Aeufserungen verantwortlich zu machen. Man sollte in der Regel citieren „R. NN. sagt“ und dabei nicht nur die Zeit bezeichnen, in welcher der Gemeinte lebte, sondern auch bemerken, ob er Widerspruch gefunden hat, ob die Halakha nach ihm ist u. dgl.

Aus diesem über viele Jahrhunderte sich erstreckenden, starke Folianten umfassenden Werke haben die Antisemiten etwa neunzig Sätze herausgerissen, in nachweislich entstellter, ja gefälschter Fassung tendenziös zusammengestellt, und aus dieser Mischung ist der sog. Talmud-Auszug entstanden, der folgendes Aussehen hat:

„Talmud-Auszug (Schulchan-Aruch).“

Enthaltend:

die wichtigsten bisher übersetzten, noch heute gültigen,
Gesetze der jüdischen Religion.

Im bisher ängstlich mit nur allen erdenkbaren Mitteln geheim gehaltenen Talmud liegt das furchtbare Geheimnis des Judentums, ohne Kenntniss des Talmud ist ein Verständnis der Judenfrage absolut unmöglich. Der Talmud ist die Ausgeburt des jüdischen Gehirns, er ist dem Volke zum Fluch geworden, ein Fluch, welchen es nie los werden kann. Aus Talmud ist der Jude geknetet, er liegt ihm im Blut, in ihm ist sein ganzes Sinnen und Trachten, sein Denken und Fühlen, sein ganzes Sein zu Papier gebracht.

Es spricht aus diesem Teufelswerke der entsetzliche, abgrundtiefe Haß gegen alle Nichtjuden, speziell Christen, es zeugt von der Feigheit, dem Mißtrauen und Schamlosigkeit des Judentums, seinem widerlichen Hochmut, Dünkel, seiner Auserwähltheit, es erhebt dem Nichtjuden gegenüber zur Tugend, was jedes andere Geschöpf mit Menschenantlitz zum Verbrechen stempelt.

Und wie man aus einem Wolfe niemals einen Hirtenhund trotz Bruder-Aehnlichkeit erziehen wird, so wird auch niemals aus einem Juden ein Deutscher, ein überzeugter Christ werden können, das beweisen die Erfahrungen der Jahrtausende. Die getauften Juden sind Juden geblieben, und sind dadurch der christlichen Bevölkerung zum Fluch geworden. Eine ebenso gedankenlose Phrase ist es, von sogenannten anständigen Juden zu reden, wartet's nur ab, der „Jude“ kommt auch gelegentlich bei diesen zum Vorschein.

In der so harmlos erscheinenden Hauptthätigkeit der Juden, dem „Schachern“, liegt zugleich ihr Geheimnis und ihre große Gefährlichkeit. Wie als Trödeljude mit alten Kleidern, so schachert der Talmud-Jude als Richter mit dem Recht, als Arzt mit der Praxis, als Gelehrter mit der Wissenschaft, als Zeitungsredakteur mit den Ereignissen, als Beamter mit seinem Berufe; nur wo es nichts zu schachern giebt, bei der schweren Handarbeit, da findet man ihn nicht; denn ehrliche, saure Arbeit verhilft ihm nicht zur Herrschaft, wie der Mammon.

Mit dem Zeitpunkt jedoch, wo der Talmud zur allgemeinen Kenntniss der nichtjüdischen Bevölkerung gelangt sein wird, ist Juda's Herrschaft unrettbar verloren, daher sollte gleich dem Evangelium der Talmud in keiner deutschen Familie fehlen.

Möge daher jeder brave Deutsche unausgesetzt bemüht sein, den Talmud in seiner Umgebung zu verbreiten.

Eines Beweises der Wahrheit nachstehender Gesetze bedarf es bei einem auch nur oberflächlichen Kenner des Judentums nicht.

Das von jüdischer Seite erhobene Geschrei über „Fälschung“ ist nur auf „Täuschung“ berechnet, weil man sich

sehr wohl bewußt ist, daß der Talmud nicht bekannt werden darf.

Wer sich eingehender unterrichten will, den verweisen wir auf die Uebersetzungen von Professor Rohling im Talmud-Juden, von Dr. Justus und Dr. Ecker im Judenspiegel (ein gerichtliches Dokument), Eisenmengers Entdecktes Judentum, Carl Paaschs Werke „Geheimes Judentum, Nebenregierungen und jüdische Weltherrschaft“. Osman Bey, Major: „Die Eroberung der Welt durch die Juden, Enthüllungen über die Alliance israelite“ (50 Pf.). Antisemiten-Katechismus (Preis 1 Mk.).

Im Talmud Tr. Jebam 63. 1. steht: Wenn die Juden nicht wären, so gäbe es keinen Segen auf Erden, auch nicht Sonnenschein und Regen, weshalb die Völker der Welt nicht bestehen könnten, wenn die Juden nicht wären. „Es ist ja ein Unterschied zwischen allen Dingen“, Gewächse und Tiere können ohne den pflegenden Menschen nicht sein, „und wie die Menschen über den Tieren stehen, so die Juden über allen Völkern der Welt.“

G e s e t z e : ¹⁾

„Alles, was der Jude rituell zum Gottesdienste nötig hat, darf kein Akum (Nichtjude) verfertigen, sondern nur ein Jude, weil dieses von Menschen verfertigt werden muß und die Akum (Nichtjuden) als Menschen von den Juden nicht betrachtet werden dürfen. Sch. A. Orach Chajm § 14, § 32, § 33, § 39. Talmud Jebamoth 61.

Zur Zeit des Cholhamoëd ist eine jegliche Geschäfts-Agitation streng verboten; wohl aber ist es erlaubt, mit einem Akum (Nichtjuden) zu wuchern, da das Wuchern mit einem Akum (Nichtjuden) dem lieben Gott zu jeder Zeit wohlgefällig ist. S. A. O. C. § 539.

Hat ein Jude einen Akum (Nichtjuden) in seinen Klauen, (im Chaldäischen steht der Ausdruck: Magnrupia, d. h. schinden, fortgesetzt betrügen, nicht aus den Klauen lassen), so darf auch ein anderer Jude zu demselben Akum (Nichtjuden) gehen und ihm Geld leihen und ihn

¹⁾ Auszugsweise wiedergegeben.

betrügen, so daß der Akum (Nichtjude) sein Geld los wird. Denn das Geld eines Akum (Nichtjuden) ist herrenloses Gut, und wer da will, hat alle Rechte, sich in den Besitz desselben zu setzen! Sch. A. Choschen Hamischpath § 156 Haga 5.

Es ist dem Juden streng verboten, seinen nächsten Mitmenschen zu betrügen, und zwar gilt es schon als Betrug, wenn er ihn um den sechsten Teil des Wertes gebracht hat; und wer seinen nächsten Mitmenschen betrogen hat, der muß es zurückerstatten. Natürlich ist das alles nur bei Juden der Fall, einen Akum (Nichtjuden) hingegen zu betrügen, ist ihm erlaubt, und er darf demselben nicht zurückgeben, um was er ihn betrogen hat. Denn es steht in der hl. Schrift: „Ihr sollt euren nächsten Bruder nicht betrügen“, und die Nichtjuden sind doch unsere Brüder nicht, sondern wie oben schon erwähnt ist, ärger als die Hunde! Sch. A. Coschen Hamischpath § 227.

Der Jude hat zwar nicht die Pflicht, einen Akum, mit dem er friedlich zusammenlebt, direkt zu töten, aber es ist ihm nicht erlaubt, ihn vom Tode zu erretten. Sch. A. Coschen Hamischpath § 425 und Talmud Kydduschin p. 82.

Der Jude darf nicht handeln mit unreinen Sachen (z. B. Schweinen, Dingen aus (nichtjüdischen) Kirchen etc., wie wir weiter unten sehen werden), aber einem Akum (Nichtjuden) das abzunehmen (d. h. nicht kaufen, sondern als Bezahlung einer erdichteten Schuld annehmen), ist erlaubt, weil es immer eine gute Sache ist, einem Akum (Nichtjuden) etwas zu entreißen. Sch. A. Jore Deah § 117.

Es ist ein gutes Werk, daß jeder Jude, so viel er kann sich befeißige, die (nichtjüdische) Kirche oder was zu ihr gehört oder was für sie gethan wird, zu verbrennen und zu Grunde zu richten, die Asche in alle Winde zu zerstreuen oder ins Wasser zu werfen. Ferner ist es Pflicht für jeden Juden, zu suchen, jede (nichtjüdische) Kirche auszurotten und ihr einen Schimpfnamen zu geben. (Und das thun sie täglich.) Sch. A. Jore Deah § 149.

Die Ehen zwischen Nichtjuden haben keine Verbindlichkeit, d. h. das Zusammenleben derselben ist dem Zusammenleben von Pferden gleich. Es stehen daher die Kinder mit den Eltern in keiner menschlich-verwandtschaftlichen Beziehung und kann, „wenn Eltern und Kinder jüdisch werden, der Sohn z. B. seine Mutter heiraten“. Doch haben die Rabbiner gegen die Anwendung dieses Grundsatzes im Leben sich erklärt, damit die jüdisch gewordenen Akum (Nichtjuden) nicht sagen sollen, die Akum (Nichtjuden) seien frömmere als die Juden, indem bei ihnen (den Akum) es nicht gestattet werde, daß ein Sohn seine Mutter heirate. Sch. A. Jore Deah § 269.

Ist bei den Juden die Ermordung eines Nichtjuden zu gottesdienstlichen Zwecken erlaubt oder nicht?

Darüber finden sich in der Kabala folgende Stellen:

Wer einen Goi erschlägt, aus der Welt schafft, dem wird der Herr seine Tochter geben, den wird Gott mit sich vereinigen.

An einer anderen Stelle Sepher Halk. p. 156 wird das Blut der Jungfrauen von Nichtjüdinnen als Gott besonders wohlgefällig erklärt.

Der Sinn ist in kurzgefaßten Worten folgender: Es ist wunderbar, daß das Jungfrauenblut der Unreinen, der Klipoth (der Nichtjüdinnen), dem Himmel doch ein so wohlriechendes Opfer ist. Ja, nichtjüdisches Jungfrauenblut zu vergießen ist ein ebenso heiliges Opfer als die besten Gewürze, und ein Mittel, Gott mit sich zu versöhnen und Gnade auf sich herabzuziehen. Das meint also die heilige Schrift: Es ist wunderbar, daß die Jungfrau persönlich unrein und Klipa (Nichtjüdin) und doch die Vergießung ihres Blutes ein so teures Opfer ist.

Es steht in der hl. Schrift geschrieben: Die Weisen werden leuchten wie des Himmels Glanz. Wie legt der Talmud das aus? — „Diejenigen, welche die Kraft Gottes mit Blut der Goim nähren — und diese sind doch die wahrhaft Weisen — werden wie der Glanz des Himmels leuchten. Denn wiewohl uns der Herr Tempel und Opfer genommen hat, so hat er uns doch einen Ersatz gelassen, der die Seele noch mehr als ein Opfer erleuchtet und heiligt: Blut der Goim auf einem trockenen (Zechiach selah steht dort) Stein vor Gott (d. h. im Angesichte oder vor den geöffneten Gesetzestafeln, und diese finden sich nur in den Synagogen) zu vergießen.“ Aehnliche Stellen giebt es in der Kabala noch sehr viele.

Ob hiernach die Ermordung eines Christen zu gottesdienstlichen Zwecken bei den Juden erlaubt ist oder nicht, das zu beurteilen wird dem Leser überlassen.

Eine neu entdeckte, ungeheuer wichtige Stelle aus dem Talmud lautet:

„Wenn einer stirbt und hinterläßt einen unmündigen Sohn für dessen Mutter und es sagen die Erben des Vaters (die Brüder): er werde groß (wachse auf) bei uns, aber die Mutter sagt: es werde groß mein Sohn bei mir: so läßt man ihn bei seiner Mutter und nicht läßt man ihn bei den zu seiner Beerbung Befähigten: es trifft der Fall zu (nach analogen Fällen geschähe es cf. Berachoth 2a), daß sie ihn schlachten würden am Vorabend des Osterfestes.“

Und was ist hiernach wohl der Antisemitismus, Deutscher Michel?! Der Antisemitismus ist nur die Auflehnung, der Kampf der christlichen Nichtjuden gegen die talmudischen Semiten, des Evangeliums gegen den Talmud, der Wahrheit gegen die Lüge! Er ist gerade wegen der Schmähungen der Juden und der Juden-Knechte — die edelste humanste Bewegung aller Zeiten! Wer kann und wird siegen?!

Nun frage ich: Wie kann eine Anreizung zum Klassenhafs wirksamer verübt werden, als durch diesen Auszug? Dem deutschen Volke wird gesagt, daß in seiner Mitte sich eine Verbrecherbande befinde, welche von Religionswegen verpflichtet und berechtigt sei, jedwede Verbrechen ungestraft zu begehen, eine Gesellschaft, welche auf das Staatsgesetz nichts gebe, sondern durch ihr geheimes Gesetzbuch für alle Greuelthaten Absolution empfangen: eine Klasse, welche gewerbsmäfsig das christliche Volk betrüge, ja morde etc.

Wir können uns wohl denken, daß ein Gebildeter alle diese Dinge als schlechte Witze ansieht und darüber lacht — allein welchen Eindruck müssen diese Auszüge auf den gewöhnlichen Mann machen, in dessen Hirn sich eine Anschauung von den Juden entwickelt, welche der Erhaltung des öffentlichen Friedens nicht gerade förderlich erscheint. Wer das glaubt, was im Talmud-Auszug steht — und viele Leute glauben es schon deshalb, weil sie es gedruckt vor sich sehen, und weil es straflos verbreitet werden darf — der muß, wenn er ein wenig Selbsterhaltungstrieb besitzt, von dem heißen Wunsch beseelt werden, diese Sorte von Verbrechern aus dem Lande herauszujagen. Er kann keine Achtung vor ihrer Ehre, vor ihrem Eigentum und vor ihrem Leben haben — es bedarf nur des geringsten Anlasses, um seine erregte Stimmung in die That umzu-

setzen. Und diese Auszüge dürfen straflos zu hunderttausenden in ganz Deutschland verbreitet werden. Wie harmlos erscheinen demgegenüber die Wendungen sozialdemokratischer Redner über Arbeiterbataillone und Revolution!

Weshalb dennoch die Anklagebehörde die Strafverfolgung ablehnt, mag die Erörterung des Falles Strack zeigen.

§ 5.

Fall Strack.

Der Professor der evangelischen Theologie an der Universität zu Berlin, Herr Dr. Strack, hat wegen des als Beilage zur Staatsbürger-Zeitung, wie auch einzeln durch ganz Deutschland in vielen hunderttausenden Exemplaren verbreiteten Talmud-Auszuges bei der Königl. Staatsanwaltschaft zu Berlin auf Grund des § 130 St. G. B.^s Strafantrag gestellt. Darauf erhielt er von dieser Behörde einen Bescheid, in welchem dieselbe ein Einschreiten aus folgenden Gründen ablehnt:

„Der fragliche Auszug ist ein fast wörtlicher Auszug aus dem „Judenspiegel“ des Dr. Justus, der seit dem Jahre 1883 in vielen Tausenden von Exemplaren in Deutschland verbreitet worden ist, ohne daß dadurch Gewaltthätigkeiten gegen die Juden verursacht worden sind. Es kann also auch der fragliche Auszug an sich nicht als geeignet angesehen werden, zu Gewaltthätigkeiten gegen die Juden aufzureizen. Ferner aber kann auch den Beschuldigten die Absicht aufzureizen oder das Bewußtsein, daß das Flugblatt dazu geeignet sei, und überhaupt das Bewußtsein rechtswidrigen Handelns nicht nachgewiesen werden.“

Dieser Bescheid ist in mehrfacher Beziehung anfechtbar. Daraus, daß der fragliche Auszug einen fast wörtlichen Auszug aus dem „Judenspiegel“ des Dr. Justus bildet, der seit 1883 in vielen Tausenden von Exemplaren

in Deutschland verbreitet worden sei, ohne daß dadurch Gewaltthätigkeiten gegen die Juden verursacht worden seien, glaubt der Staatsanwalt die Folgerung herleiten zu können, daß dieser Auszug nicht geeignet sei, zu Gewaltthätigkeiten gegen Juden anzureizen. So bestechend dieses Argument erscheinen mag, so haltlos und rechtsirrtümlich ist es.

Selbst wenn der grundsätzliche Standpunkt des Staatsanwalts als richtig anzuerkennen wäre, würde sein Argument erst dann einen Schein von Berechtigung haben, wenn behauptet wäre, daß der fragliche Talmud-Auszug nur in die Hände derer gelangt ist, auf die das Buch von Dr. Justus seinen Einfluß bereits verfehlt hatte. Die Staatsanwaltschaft aber wußte, daß der fragliche Auszug in mehreren hunderttausend Exemplaren verbreitet worden ist, also auch in Kreisen, welche das Buch von Justus gar nicht kannten.

Die Folgerung der Staatsanwaltschaft trifft aber nicht einmal zu für die Besitzer des „Judenspiegels“. Denn für die Frage der Wirkung einer Stelle ist es von großem Unterschied, ob dieselbe mitten in einem dicken Buche steht, welches man sich erst in der Buchhandlung käuflich erwerben muß, oder in einem besonderen, zu agitatorischen Zwecken veranstalteten Flugblatt unentgeltlich überreicht und in den Volksversammlungen gehörig erläutert wird. Sehr treffend hat der Reichskanzler Graf v. Caprivi in der Reichstags-Sitzung vom 30. November 1893 auseinandergesetzt, daß man dieselben Fragen demagogisch behandeln könne oder nicht. „Das Demagogische liegt in der Methode, es liegt nicht im Gegenstande. Sie können revolutionär sein und in einem Buche Ihre Ansichten niederlegen, ohne im mindesten demagogisch zu sein. Aber die

Methode, mit der Sie Ihre Ansichten im Lande zu verbreiten suchen, ist entschieden demagogisch. Und, meine Herren, die ist gefährlich!“

Der Standpunkt des Staatsanwalts ist aber ein grundsätzlich irrtümlicher, denn es ist den Intentionen des Gesetzes zuwider, wenn für die Frage, ob eine Schrift zu einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Anreizung geeignet sei, erst untersucht wird, ob dieselbe Schrift sich bereits früher als geeignet erwiesen habe. Indem das Gesetz bereits die Gefährdung des Friedens verhüten will, traut es dem Staatsanwalt so viel Urteilskraft zu, daß er aus sich heraus ermesse, ob etwas an sich hierzu geeignet ist, oder nicht. Das eigentliche Anwendungsgebiet des Gesetzes liegt doch gerade in denjenigen Fällen, in welchen in Wirklichkeit eine Störung des Friedens nach außen hin gar nicht bemerkbar geworden ist. Das Gesetz will es zur Störung erst nicht kommen lassen. Der Gesetzgeber geht davon aus, daß der Richter auch das unter Strafe zu stellen habe, was zwar zur Störung des Friedens nicht geführt hat, aber doch in sich den Keim dazu birgt. Würden also die Worte „den Frieden gefährdenden Weise“ etwas schärfer erfaßt worden sein, wäre die ganze Argumentation des Staatsanwalts nicht möglich gewesen. Uebrigens mag hierbei noch bemerkt werden, daß das genannte Buch thatsächlich Unruhen hervorgerufen hat. Wiederholt haben die Blätter Unruhen aus den Gegenden berichtet, in denen diese Auszüge verbreitet worden sind. Eine Vernehmung des Antragstellers würde der Behörde genügende Aufklärung über diesen Punkt gegeben haben.

Und was die Wirkung des Talmud-Auszuges anlangt, so fragt Strack mit Recht: „Hat die Königliche Staatsanwaltschaft die zornigen Gesichter gesehen, die lebhaften

Rufe gehört, wenn in solchen Versammlungen Stellen aus diesem Flugblatte angeführt wurden? Wer diese „Gesetze“ wirklich für „noch heute gültige“ hält, wird nur durch die folgenden Gründe (alle drei oder zwei oder einen) zurückgehalten, die ihm begegnenden Juden einfach totzuschlagen: 1. das Gebot: Du sollst nicht töten; 2. die Furcht vor dem Strafgesetze; 3. die Furcht, selbst totgeschlagen zu werden.“

Gerade die Anklagebehörde hätte doch diese Wirkung nicht verneinen sollen. Sie citiert ja den Ausspruch eines Gelehrten, daß, wer zum ersten Male die Rechtsgrundsätze des Rabbinismus kennen lernt, mit Recht entsetzt ist. Wenn — so hätte doch die Staatsanwaltschaft argumentieren müssen —, selbst ein Gelehrter entsetzt wird, welche Wirkung müssen dann erst auf die große leicht erregbare Menge diese tendenziös zusammengestellten Auszüge hervorbringen!

Von noch zweifelhafterem Gewicht ist der zweite Grund der Abweisung:

Ferner aber kann den Beschuldigten die Absicht aufzureizen oder das Bewußtsein, daß das Flugblatt dazu geeignet sei, und überhaupt das Bewußtsein rechtswidrigen Handelns nicht nachgewiesen werden.

Wer in aller Welt verlangt von der Staatsanwaltschaft, daß sie erst dann einschreite, wenn sie den Dolus erweist. § 168 St. Pr. O. lautet: „Bieten die angestellten Ermittlungen genügenden Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage, so erhebt die Staatsanwaltschaft dieselbe . . .“

Verlangt also das Gesetz einen zwingenden Anlaß?

Im Gegenteil. Wohlbewußt hat das Gesetz der Staatsanwaltschaft einen solch großen Spielraum gelassen, da viele Dinge sich erst in der gerichtlichen Hauptverhandlung

klären lassen und gerade die Frage des Dolus eignet sich hervorragend für die richterliche Cognition.

Wenn es feststeht, daß jene Flugblätter durch das ganze Land verbreitet worden, nicht um zu belehren, sondern in der Absicht, durch Schilderung der Greuel, welche die Juden tagtäglich zu verüben gehalten seien, die christliche Bevölkerung mit Haß und Abscheu gegen die Juden zu erfüllen, so ist für den Dolus der Beschuldigten ein so genügender Anhalt vorhanden, daß die Staatsanwaltschaft mehr beizubringen nicht gehalten war. Sie konnte es ruhig den Angeschuldigten überlassen, die starken Vermutungen für ihren Dolus in der mündlichen Verhandlung zu entkräften.

Und was gehört zum Dolus? Doch nichts weiter als das Bewußtsein, daß die Flugblätter geeignet sind oder geeignet sein können, eine zu Gewaltthätigkeiten gegen die Juden geneigte Stimmung zu erzeugen? Nun fragen wir: liegt es nicht ganz klar auf der Hand, daß die Verbreiter des Flugblatts als gewerbsmäßige Antisemiten sehr wohl wissen, daß viele aus dem Volke beim Lesen dieser alle Verbrechen gutheißenden Talmudstellen in eine derartig gereizte Stimmung versetzt werden, daß es nur eines Hauches bedarf, um die Flamme zu hellem Lodern zu entfachen?

Vorsichtiger drückt sich der Bescheid des Oberstaatsanwalts in derselben Sache aus. Er meint, es lasse sich der Dolus nicht „unterstellen“. Allein er würde sicherlich zu einem anderen Ergebnis gekommen sein, wenn er aus seinen eigenen Anführungen die richtige Folgerung gezogen hätte. Er führt nämlich aus:

„Der § 130 R. St. G. B.^s setzt zu seiner Anwendung voraus, daß jemand in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise ver-

schiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt und dieses vorsätzlich thut, d. h. sich bewußt ist, daß derjenige Erfolg, von dem eben das Gesetz die Strafbarkeit abhängig macht, durch seine Handlung herbeigeführt werden könne, und mit diesem Erfolge, wenn er eintritt, einverstanden ist. Objektiv bringt nun der dem eigentlichen Auszuge aus dem Schulchan-Aruch in dem Flugblatte beigegebene Anfangs- und Schlufssatz es nicht zum Ausdrucke, daß nur durch Anwendung von Gewalt der nach Ansicht des Verfassers unheilvolle Einfluß des Judentums auf die Entwicklung des deutschen Volkes zu beseitigen sei, sondern weist auf die Bekämpfung dieses durch Presse und Vereinsthätigkeit hin, wobei die Beobachtung der allgemeinen Staatsgesetze als selbstverständlich zu gelten hat. Daß die Verbreiter des Flugblattes bei dessen Herausgabe mit dem Eingangs näher charakterisierten Vorsatze gehandelt haben, läßt sich bei dieser Sachlage Mangels anderer thatsächlicher Ueberführungsmittel nicht unterstellen und fehlt es somit an denjenigen Voraussetzungen, unter denen nach § 152 R. St. P. die Erhebung der öffentlichen Klage geboten ist.“

Hiernach muß man die Ansicht der Oberstaatsanwaltschaft dahin auffassen: „Wenn in einer Schrift Stellen vorkommen, die geeignet sind, zu Gewaltthätigkeiten anzureizen, zugleich aber auch solche, welche auf die Beobachtung der allgemeinen Staatsgesetze hinweisen, so ist die Wirkung der ersteren Stelle durch die der letzteren neutralisiert“. Diese Auffassung ist unzutreffend. Wenn überhaupt nur eine einzige Stelle zur Anwendung des § 130 geeignet erscheint, ist es vollkommen gleichgültig, ob daneben noch andere Stellen vorhanden sind, welche nicht strafbar sind. Das wäre gerade so, als wenn man den Betrüger, der des Betruges überführt ist, deshalb freisprechen wollte, weil er bei anderer Gelegenheit seine Mißbilligung über Betrugereien ausgesprochen hat. Oder als wenn eine Beleidigung dadurch ungeschehen gemacht wird, daß der Thäter im weiteren Verlauf der Rede seine Hochachtung vor dem Beleidigten zu erkennen giebt. Es ist durchaus rechtsirrtümlich und

dem Sinne des § 130 St. G. B.^s zuwider, daß ausschließlich eine Anreizung zu Gewaltthätigkeiten stattfinden muß. Vielmehr ist die Anwendung des § 130 gegeben, wenn unter vielen anderen auch eine Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten stattfindet. Wenn also der Oberstaatsanwalt, wie aus der Fassung des Bescheides hervorgeht, der Ansicht war, daß sich in jenen Flugblättern auch eine Anreizung zu Gewaltthätigkeiten vorfindet, so konnte er die Verfolgung nicht deshalb einstellen, weil diese Anreizung nicht das einzige und ausschließliche Ziel des Beschuldigten war. Daß endlich die Beobachtung der allgemeinen Staatsgesetze als selbstverständlich zu gelten hat, kann nicht zur Entlastung verwertet werden. Denn es kommt lediglich darauf an, welchen Eindruck die Flugblätter zu machen geeignet sind und ob der Angeschuldigte sich dieses Eindrucks bewußt war. Daß aber beides der Fall ist, geht daraus hervor, daß die Flugblätter Unruhen erzeugt haben und daß dies den Verbreitern sicherlich nicht unbekannt geblieben ist.

Im übrigen bedarf es keines großen Aufwandes von Phantasie, um gerade in der heutigen aufgewühlten und erregten Zeit die Wirkung derartiger Flugblätter vorauszusehen. Daß die jüdische Bevölkerung in Gegenden, in welchen diese Flugblätter zu hunderttausenden verteilt und von gewerbsmäßigen Agitatoren erläutert werden, in ihrer Rechtssicherheit sich bedroht fühlen muß, liegt auf der Hand.

§ 6.

Fall Matthes.

Der Pfarrer Matthes in Liebenfelde hat in einer Volksversammlung am 22. Februar 1893 ausgeführt: „Wie man

die Seide aus dem Klee mit eisernen Harken ausreißen müsse, so müsse man auch die Juden mit eisernen Harken ausrotten. Die Königl. Staatsanwaltschaft hat ein Einschreiten abgelehnt aus folgenden Gründen:

„Mit diesem Vergleich hat der Beschuldigte, wie er glaubhaft versichert, nur die Energie, mit welcher das Judentum bekämpft werden sollte, zum Ausdruck bringen wollen.“

„Dafs diese Bekämpfung mit ungesetzlichen Mitteln erfolgen solle, was der Beschuldigte ausdrücklich bestreitet, läßt sich aus den angeführten Worten nicht herleiten. Somit war die naheliegende Möglichkeit einer gewaltthätigen Störung des öffentlichen d. h. allgemeinen Friedens nicht eingetreten.“

Diese Begründung halten wir für rechtsirrig. Der Staatsanwalt mußte sich fragen, ob derartige Wendungen: Die Juden müssen mit eisernen Harken ausgerottet werden, an sich geeignet sind, eine zu Gewaltthätigkeiten geneigte Stimmung hervorzurufen und somit zu Gewaltthätigkeiten gegen die Juden anzureizen. Dafs diese Frage zu bejahen ist, unterliegt keinem Zweifel. Die höchsten Gerichte haben wiederholt angenommen, dafs schon der Hinweis auf Eisen in gewissen aufreizenden Wendungen eine Anreizung zu Gewalt in sich schließt. Nun noch vorliegend die Wendung „mit eisernen Harken ausrotten“. Es handelt sich um eine öffentliche Volksversammlung auf dem Dorfe, zu welchem Juden ausdrücklich ausgeschlossen waren. Im übrigen hatte jeder Zutritt. Dafs sich unter den Erschienenen auch Leute befanden, denen die Fähigkeit, den Zusammenhang der Worte scharf zu erfassen, fehlte, giebt der Oberstaatsanwalt in dem bald zu besprechenden Bescheide ausdrücklich zu. Wenn nun in einer solchen judenfeindlichen Versammlung eine autoritative Persönlichkeit, wie es der Pastor eines kleinen Ortes ist, im Laufe einer erregten, gegen die Juden gehaltenen Rede ausruft: „mit eisernen Harken müsse man die Juden ausrotten“,

so ist das ein gerade für die ländlichen Zuhörer so deutlicher Appell an die Gewalt, wie er wirkungsvoller gar nicht zu denken ist. Dafs aber auch eine Gefährdung des öffentlichen Friedens vorgelegen hat, ist nach der konstanten Praxis des Reichsgerichts nicht zu bezweifeln. Der öffentliche Friede besteht, so sagt das Reichsgericht z. B. im U. 22. Dezember 1886, Rechtsprechung B. VIII S. 783, in dem Zustand des beruhigenden Bewußtseins der Staatsangehörigen, in ihren durch die Rechtsordnung gewährleisteten Interessen geschützt zu sein und zu bleiben. Der Staatsanwalt entschuldigt den Beschuldigten damit, dafs er nur die Energie habe zum Ausdruck bringen wollen, mit der das Judentum zu bekämpfen sei: Das mag ja sein, enthebt ihn aber nicht der Strafbarkeit. Denn darüber herrscht doch Einigkeit, dafs zum § 130 St. G. B.^s die Absicht, den öffentlichen Frieden zu gefährden, nicht erfordert wird, sondern lediglich das Bewußtsein, dafs dies der Fall sein werde oder sein könne. Nun muß man doch einem gebildeten Mann zutrauen, dafs er die Bedeutung der Worte kennt, die er spricht. In solchen Fällen pflegt das Reichsgericht, welches gewifs eingehend urteilt, die Schuldfrage durch die Ausführung zu erledigen: dafs der Angeklagte das erforderliche Bewußtsein gehabt hat, ist bei seinem Bildungsgrade als unzweifelhaft zu erachten. Eins könnte vielleicht zutreffen: der Herr Pastor hat nicht gewußt, dafs seine Aeufserungen strafbar seien — sonst hätte er sie sicherlich unterlassen. Allein ein Irrtum über die Strafbarkeit kommt dem Angeklagten nicht zu statten. Dennoch hat der Oberstaatsanwalt die eingelegte Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen, indem er ausführt:

„Die Sachdarstellung des Beschuldigten wird durch die Darstellung des Zimmermeisters X. nicht widerlegt, nach welcher der

Beschuldigte die Juden als Blutsauger, die mit eisernen Harken ausgerottet werden müßten, bezeichnet hat: denn X. hat offenbar den Zusammenhang der Worte nicht mit derselben Schärfe erfaßt, wie die beiden andern Zeugen. Eine Vernehmung weiterer Zeugen bedarf es nicht, weil der Wortlaut und Zusammenhang der Aeufserungen des Beschuldigten nach der Natur der Sache nicht mit solcher Sicherheit festzustellen sein würde, daß die dem Beschuldigten günstigere Auffassung als unrichtig zu erweisen wäre.“

Diese günstigere, durch zwei Zeugen erhärtete Auffassung geht dahin, daß der Pastor gesagt haben sollte: Wie man die Seide aus dem Klee mit eisernen Harken ausrisse, so müsse man auch die Juden mit eisernen Harken auskehren. Also im Gegensatz zum ersten Bescheide erkennt der Herr Oberstaatsanwalt an, daß die Worte: „Man müsse die Juden mit eisernen Harken ausrotten“ ihr sehr Bedenkliches an sich haben. Doch erscheint die Art der Beweiswürdigung nicht einwandfrei. Im ersten Bescheid wird die Aeufserung des Beschuldigten: „Man müsse die Juden mit eisernen Harken ausrotten“ als feststehende Thatsache hingestellt. Nun kommen zwei Zeugen, welche eine mildere Form bekunden. Daß der Herr Pastor selbst diese mildere Form behauptet, ist nicht ersichtlich. Ein dritter Zeuge bekundet aber mit Bestimmtheit, daß der Pastor die ihm zur Last gelegte Aeufserung gethan. Diesem Zeugen nimmt der Oberstaatsanwalt damit die Bedeutung, daß er ihm die genügende Schärfe in der Auffassung abspricht. Weshalb, ist nicht ersichtlich. Und warum ist den beiden anderen Zeugen größere Schärfe zuzutrauen? Aber vor allem die Ablehnung jeden weiteren Beweises a limine!

Auch sachlich sind wir nicht in der Lage, einen wesentlichen Unterschied zwischen der ersten und zweiten Version zu erblicken. Beides erscheint uns in

gleicher Weise geeignet, den öffentlichen Frieden zu gefährden.

In subjektiver Beziehung schließt der Oberstaatsanwalt wie folgt:

„Der Beschuldigte will nur im Anschluß an das citierte Beispiel ausgeführt haben, daß mit derselben Energie das Judentum bekämpft werden müsse, wie das Unkraut, und will das wesentliche des Gleichnisses nicht in den eisernen Harken, sondern in der Energie gefunden haben.

Hiernach will der Beschuldigte nicht das Bewußtsein gehabt haben, durch seine Aeufserungen möglicherweise den öffentlichen Frieden einer Störung durch Gewaltthätigkeiten der Bevölkerung gegen die Juden auszusetzen, und diese Angabe ist nach der ganzen Sachlage glaubhaft und nicht zu widerlegen.“

Wen in aller Welt kümmert es, was der Beschuldigte mit jenen Worten hat sagen wollen? Hier kommt es doch nur darauf an, was er gesagt hat. War es geeignet, eine zu Gewaltthätigkeiten geneigte Stimmung hervorzurufen? Ist genügender Anlaß zur Annahme, daß dem Beschuldigten bewußt war, es werde oder es könne diese Stimmung durch seine Worte hervorgerufen werden? Mehr, als das Bewußtsein, hat das Reichsgericht in konstanter Praxis nie verlangt. Das letztere muß man aber annehmen bei jedem Manne, welcher die Bedeutung deutscher Worte versteht, und noch dazu bei einem Pastor, welcher berufsmäßig öffentlich zu sprechen hat.

Welchen Kontrast bildet ein im Januar d. J. ergangenes, einen bis dahin unbestraften 24jährigen Zinngießer zu einem Monat Gefängnis aus § 130 St. G. B.^s verurteilendes Erkenntnis, dessen Thatbestand eine gewisse Aehnlichkeit mit dem eben besprochenen nicht verleugnet. Die Gründe lauten wörtlich:

„Am 27. März 1892 fand im N.schen Lokale in P. eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, welche von etwa 50 Personen, fast ausschließlich Arbeitern, besucht war.

In dieser Versammlung hielt der Angeklagte eine Rede. Er sprach gegen die Anhäufung des Kapitals und gegen die Herabdrückung der Arbeiter und Handwerker, deren gegenwärtiger Stellung er die Bezeichnung „Lohnsklaven“ beilegte. In Verlauf der Rede sprach er in erregtem Tone u. A. folgende Sätze:

„Schliessen Sie sich zusammen, bilden Sie Arbeiter-Bataillone, marschieren Sie dröhnenden Schrittes vor und verlangen Sie Ihr Recht; Sie erhalten Ihr Recht nicht freiwillig, nehmen Sie es sich. Wenn die Arbeiter fest zusammenhalten, so werden Sie die Kapitalisten zu Paaren treiben . . . Nehmen Sie sich an den Bienen ein Beispiel; seien Sie die Arbeitsbienen und werfen Sie die Drohnen zum Tempel hinaus.“

Durch diese Rede hat der Angeklagte sich gegen den § 130 St. G. B.^s vergangen:

Es rechtfertigt sich zunächst die Feststellung, daß durch die fraglichen Aeufserungen verschiedene Klassen der Bevölkerung, nämlich die Arbeiter, bezw. Handwerker und die Kapitalisten, zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich angereizt sind. Der Angeklagte bestreitet dies allerdings und beruft sich darauf, daß er im weiteren Verlauf seiner Rede die Zuhörer aufgefordert habe, nur auf gesetzlichem Wege vorzugehen. Er habe ihnen — und diese seine Behauptung ist nicht widerlegt — gesagt, sie kämpften mit geistigen Mitteln, nicht mit Pulver und Blei; Gewalt nütze ihnen nichts, sie müßten mit gesetzlichen Mitteln auf gewerblichem und politischem Gebiete kämpfen.

Diese Angaben des Angeklagten würden von Bedeutung sein, wenn seine ersten — oben angeführten — Aeufserungen die Auffassung zuließen, daß auch hier vom Vorgehen auf gesetzlichem Wege die Rede hat sein sollen.

In diesem Sinne lassen sich aber die ersten Aeufserungen des Angeklagten nicht auffassen. Die Ausdrücke: „Arbeiterbataillone“, „Sie erhalten Ihr Recht nicht freiwillig, nehmen Sie es sich“, „so werden Sie die Kapitalisten zu Paaren treiben“, „werfen Sie die Drohnen (d. h. die Kapitalisten) zum Tempel hinaus“, lassen keine andere Auffassung zu, als daß die Zuhörer aufgefordert werden sollen, mit Gewalt gegen die Kapitalisten vorzugehen und mit Gewalt das, was sie nach sozialdemokratischen Grundsätzen als ihr Recht ansehen, sich zu nehmen. Die spätern einlenkenden Worte des Angeklagten sind demnach lediglich als ein Versuch, sich eventuell den Rücken zu decken, aufzufassen, der durch

die ersten Aeufserungen schon vollendeten Anreizung zu Gewaltthätigkeiten gegenüber kommen sie nicht in Betracht.

Dafs übrigens die Versammlung die fraglichen Aeufserungen ebenfalls als Anreizung zu Gewaltthätigkeiten aufgefaßt hat, erhellt aus ihrem, durch den Zeugen, Polizeisergeanten X., bekundeten Benehmen, aus dem drohenden Gesichtsausdruck und Gebarden, sowie aus den Beifallssalven, welche jeder der oben aufgeführten Kraftstellen folgten.

Dafs durch die fraglichen Aeufserungen auch der öffentliche Friede gefährdet ist, erhellt eben aus dem Benehmen der Versammlung. Der öffentliche Friede besteht in dem Zustand des beruhigenden Bewusstseins der Staatsangehörigen, in ihren durch die Rechtsordnung gewährleisteten berechtigten Interessen geschützt zu sein und zu bleiben.

cf. Entscheidung des Reichsgerichts vom 22. Dezember 1886, Rechtsprechung, Bd. VIII, Seite 783.

Dafs dieses beruhigende Bewusstsein aber dadurch erschüttert wird, dafs eine Versammlung aufgefordert wird, mit Gewalt gegen einen Teil der Bevölkerung vorzugehen und dieser Aufforderung gegenüber sich in der oben geschilderten Weise benimmt, ist zweifellos.

Da das Bewusstsein des Angeklagten, dafs seine Aeufserungen geeignet seien, den öffentlichen Frieden zu gefährden, ebenfalls keinem Zweifel unterliegt, so rechtfertigt sich die Feststellung,

„dafs der Angeklagte am 27. März 1892 in Peine in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt hat“.

Der Angeklagte war daher nach § 130 St. G. B.^s zu bestrafen. Bei der Strafzumessung ist berücksichtigt, dafs bei den gegenwärtigen Zeitläuften eine derartige Anreizung überaus schlimme Folgen haben kann, und dafs dies dem Angeklagten wohl bekannt war.“

Kürzlich ging durch die Zeitungen die Nachricht von der Freisprechung eines antisemitischen Redakteurs, welcher im Laufe einer Rede gesagt haben sollte: die Juden sind überhaupt eine Schweinebande, sie müßten mit der Peitsche hinausgetrieben werden. In der Begründung wurde ausgeführt, dafs objektiv die Aeufserung nicht festzustellen gewesen sei. Das leuchtet ein. Allein weniger einleuchtend

erscheint uns die weitere Annahme des Gerichts, daß, auch wenn der Angeklagte diese Aeufserung gethan haben sollte, er nicht das Bewußtsein gehabt habe, daß dieselbe den Frieden zu gefährden geeignet sei.

Kann man es dem Sozialdemokraten verargen, wenn er in Anknüpfung an derartige Fälle sich fragt, weshalb denn das im § 130 St.G.B.^s geforderte Bewußtsein bei dem 24jährigen Zinngießer ohne weiteres als vorhanden angenommen, dagegen bei gebildeten Leuten, welche berufsmäßig sprechen und ihre Worte auf die Wagschale zu legen gewohnt sind, verneint werde?

Kein Wunder, daß der antisemitische Wagemut im Wachsen begriffen ist.

§ 7.

Antisemitische Bilderbogen.

In letzter Zeit erscheinen sog. Bilderbogen, welche sämtlich die Thatbestandsmerkmale der §§ 130, 166 St.G.B.^s erfüllen. Zum mindesten aber wäre ein Einschreiten aus § 360¹¹ St. G. B.^s gerechtfertigt.

In einem „Das Blutgeheimnis“ überschriebenen Bilderbogen wird folgendes dargestellt:

In einem düsteren Zimmer sitzt ein junger Jude vor einem alten, anscheinend einem Rabbiner. Dieser erteilt dem jüngeren Unterricht und reicht ihm mit der Rechten eine volle Flasche mit Blut und dem Vermerk „Xanten“ und mit der Linken ein riesiges Schächtmesser.

Am Boden liegt ein Kind mit durchschnittenem Halse in einer Hülle, auf welcher in hebräischen Lettern „Koscher“ steht, daneben ein Becken zum Auffangen des Blutes. Der Talmud und Schulchan Aruch liegen in einem Bücherregal . . . und alles auf blutrotem Grunde.

Zu dem Bilde wird ein Text gegeben, welcher eine Liste von Blutbeschuldigungen vom Jahre 1701 bis 1883 enthält. Auf einem anderen Bilde wird dargestellt:

Ein jüdischer Wucherer und seine Gesellen vertreiben einen braven Bauer aus seinem ehrlich erworbenen Gut, verführen seine Tochter, die sich ertränkt, und zwingen ihn, mit Weib und Kind auszuwandern.

Zum Schluß heisst es:

„So gehen alljährlich dem Vaterlande viele tausend fleißige und tüchtige Menschen verloren durch Judenwucher und Judenlist und Judenbetrug, von Haus und Hof vertrieben und ins Elend gejagt.“

Das „Blutgeheimnis“ wird von der Dresdener Anklagebehörde, wie folgt, gewürdigt:

Ein Anreiz zu Gewaltthätigkeiten gegen die Juden, wie solcher im § 130 St. G. B.^s vorausgesetzt wird, ist in der Schrift nicht zu befinden. Ebenso ermangelt es an einer der jüdischen Religionsgesellschaft gegenüber begangenen Beschimpfung im Sinne des § 166 St. G. B.^s . . . Endlich steht nicht zu erwarten, daß die Veröffentlichung der Schrift als grober Unfug unter die Bestimmung des § 360¹¹ St. G. B.^s sich bringen lassen werde.

Leider vermißt man in diesem Bescheide die in § 169 St. P. O. vorgeschriebene Mitteilung von Gründen, aus welchen die Anklagebehörde das Vorliegen der §§ 130, 166, 360¹¹ St. G. B.^s verneint.

Was den „groben Unfug“ anlangt, erscheint uns die Möglichkeit der Verfolgung an sich zweifelsfrei, zum mindesten lag für die Königl. Staatsanwaltschaft in Dresden nach dem Standpunkt des dortigen Oberlandesgerichts, wie derselbe im U. v. 19. November 1888 dargelegt ist (abgedruckt in den Annalen des Sächs. Oberlandesgerichts zu Dresden, Bd. XI, S. 314), genügender Anlaß vor, einen Versuch zu machen. Wie aber bestritten werden kann,

dafs nicht einmal ein ausreichender Anlaß zur Erhebung der Klage aus §§ 130, 166 St. G. B.^s vorliege, erscheint bei dem Gesamtcharakter des Bilderbogens nicht recht einleuchtend.

Dafs die Anwendbarkeit des § 166 St. G. B.^s verneint wird, ist nur erklärlich, wenn

1. übersehen wird, dafs das geschächtete Kind mit einer Hülle bedeckt wird, welche die Juden bei ihrem Gottesdienste zu tragen pflegen;

2. wenn nicht berücksichtigt wird, dafs auf dieser Hülle mit hebräischen Lettern das Wort „Koscher“ steht;

3. wenn verkannt wird, dafs an einer Stelle „Schulchan Aruch“ und „Talmud“ verzeichnet steht und damit auf die aus den Talmud-Auszügen bekannte Thatsache hingewiesen wird, dafs diese Bücher als noch heut gültige Gesetze von den Juden beobachtet werden;

4. wenn nicht erkannt wird, dafs die Zerrbilder mit den grinsenden Gesichtern Juden vorstellen, von denen der eine mit dem Schlachtmesser in der Hand und dem Fläschchen mit Blut Unterricht im Schlachten von Christenkindern zu rituellen Zwecken erteilt.

Wenn aus allen diesen Momenten in Verbindung mit der großen Blutliste nicht der Schluß gezogen wird, dafs der jüdischen Religionsgesellschaft der Vorwurf gemacht wird, sie sei von religionswegen nicht allein verpflichtet, Christenkinder zu schlachten, sondern komme dieser Verpflichtung thatsächlich nach und dafs dieser Vorwurf, gegen eine staatlich anerkannte Religionsgesellschaft gerichtet, an sich beschimpfend ist, besonders aber beschimpfend wird durch die ganze Art der Darstellung auf dem Bilde, so kann dies mit Grundsätzen der üblichen Gesetzesauslegung nicht vereinbart werden.

Entscheidendes Gewicht muß jedoch auf die Anwendung des § 130 St. G. B.^s gelegt werden. Der § 130 St. G. B.^s ist, wie oben gezeigt wurde, ein Präventivdelikt. Er erfordert weder, daß Gewaltthätigkeiten wirklich eintreten, noch verlangt er Gewaltthätigkeiten von einer bestimmten Beschaffenheit. Er will verhüten, daß durch die Anreizung eine Stimmung erzeugt wird, welche geeignetfalls zu Gewaltthätigkeiten übergeht (cf. Entscheidungen des Reichsgerichts Bd. XV S. 117).

Ob dieser Erfolg heute, morgen, oder in Jahren eintreten wird, ist begrifflich gleichgültig, wie ja die Verurteilungen der Sozialdemokraten und Anarchisten tagtäglich beweisen.

Nun stelle man sich vor, daß dieses „Blutgeheimnis“ im ganzen Lande, in Dörfern und Städten straflos verbreitet wird. Diese Thatsache genügt doch für den urteilslosen Mann, alles das für wahr zu halten, was dort dargestellt wird. Er wird naturgemäfs beunruhigt, denn instinktiv fühlt er, daß seine Kinder nicht mehr sicher sind, von einem gleichen oder ähnlichen Schicksal ereilt zu werden wie jenes unglückliche Opfer, welches mit durchschnittenem Halse vor ihm liegt.

Der Haß gegen die jüdische Bevölkerung wird täglich geschürt auf wirtschaftlichem Gebiete. Und nun denke man sich hinzu die Elternliebe, den mächtigsten Hebel für das Handeln des geistig noch so tief stehenden Menschen. Geht noch durch Zufall die Mähr von einem Ritualmord durch die Zeitungen, so zeigt sich die Wirkung jener Verhetzungen in den nunmehr beginnenden Gewaltthätigkeiten. Und damit die Leser des Flugblatts auch wissen, wie sie ihre Rache am besten bethätigen, findet sich auf dem Bilde ein Scheiterhaufen, auf welchem ein Jude unter dem

Beifall der Bevölkerung verbrannt wird und — damit der religiöse Impuls nicht fehle — ein Bauer hält dem verbrennenden Juden ein Kreuz vor!

Im begleitenden Text wird ausgeführt, wie das Wort von Christus: „Ihr werdet nicht fertig werden mit Ihnen“ sich bewahrheitet. Und am Schluß der Erzählung vom Blutgeheimnis heißt es: „Es ist ein Gemütsbedürfnis aller Völker, sich von diesem Alp zu befreien“. Wie sich derartige Gemütsbedürfnisse zu bethätigen pflegen, ist bekannt.

Da scheint uns doch jener Staatsanwalt in Süddeutschland besser den Kern des § 130 St. G. B.^s erkannt zu haben, welcher mit Erfolg einem antisemitischen Redakteur gegenüber ausführte:

„Wenn in der antisemitischen Presse fortwährend von der „Judengeißel“ die Rede ist, dann ist die Möglichkeit, daß diese Stimmung für die Gewalt zur wirklichen Anwendung derselben verleitet, nicht so weit entfernt . . . Das Reichsgericht hat entschieden, daß eine entfernte Gefahr darin zu erblicken ist, wenn eine Stimmung hervorgerufen wird, die zu einer Friedensstörung geeignet ist. Die Art und Weise, wie Angeklagter seine Agitation führte, legte einen solchen Gedanken sehr nahe. Gerade jetzt stehen wir unter dem Zeichen der Gewalt, die weitesten Kreise der Gesellschaft sind davon durchsetzt.“

Daß der Redakteur wegen Anreizung zum Klassenhafs zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden ist, kommt weniger in Betracht als der Umstand, daß hier seitens der Anklagebehörde eine prinzipiell richtige Auffassung des § 130 St. G. B.^s zum Ausdruck gekommen ist.

§ 8.

Schluß.

Wir fassen zusammen: Ob der § 130 St. G. B.^s jemals das erreichen wird, was er erstrebt, berührt die Frage

nicht, ob seine Nichtanwendung gerechtfertigt ist in Fällen, welche nach den Intentionen des Gesetzes und nach der Analogie der reichsgerichtlichen Rechtsprechung zum mindesten derart liegen, daß eine Erhebung der Anklage gerechtfertigt ist. Die Anklagebehörde ist nicht berechtigt, rechtliche Zweifelsfragen von sich aus selbständig nach der Seite der Ablehnung der Verfolgung zu entscheiden. Damit entzieht sie einer Klasse deutscher Staatsbürger einen Teil des Strafschutzes und erweckt im Volke den Glauben, daß die Juden in Deutschland als Staatsbürger vogelfrei sind. Sie schadet nicht den Juden in erster Reihe. Es handelt sich um das Prinzip. Wer daran gewöhnt wird, eine Klasse von Staatsbürgern für vogelfrei zu halten, bleibt hierbei nicht stehen. Heißt es doch schon jetzt nicht mehr: Gegen die Juden, sondern gegen die Juden, Junker und Pfaffen! Die Justizverwaltungen der deutschen Bundesstaaten können im gesamten Staatsinteresse nicht ernst genug dringen auf eine gleichmäßige und sachentsprechende Anwendung des § 130 St. G. B.^s!

Zweiter Abschnitt.

Die Beschimpfung von Religionsgesellschaften.

§ 9.

Allgemeine Prinzipien. Insbesondere der Wahrheitsbeweis.

§ 166 St. G. B.^s lautet: Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeufserungen Gott lästert, ein Aergernis giebt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebiets bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft . . . wird bestraft.

Aus der Entstehungsgeschichte dieser Gesetzesbestimmung heben wir hervor, daß man wohlbedacht den strafrechtlichen Schutz gerade da versagt hat, wo ihn die Anhänger einer Religionsgesellschaft am ehesten erwarten. Gerade die geistigen Grundlagen einer Religionsgesellschaft, die Gegenstände ihrer Verehrung und Lehren, sind strafrechtlich nicht geschützt. Geschützt sind die Religionsgesellschaften selbst oder ihre Einrichtungen und Gebräuche.

Man hat nun vielfach die Unanwendbarkeit des § 166 St. G. B.^s bei Beschimpfungen der jüdischen Religionsgesellschaft daraus hergeleitet, daß diese Religionsgesell-

schaft, im Gegensatz z. B. zur katholischen Kirche, auf die anstaltliche Seite ein nur geringes Gewicht legt und deshalb, zumal bei dem Fehlen einer autoritativen Zentralstelle, im einzelnen Fall nicht zu erweisen ist, was als Gebrauch oder Einrichtung der jüdischen Religionsgesellschaft anzusehen ist.¹⁾ Dieser Gesichtspunkt ist jedoch thatsächlich wie rechtlich nicht durchgreifend.

1) Dafs die jüdische Religionsgesellschaft zu dem durch § 166 St. G. B.^s geschützten gehört, ist unstreitig. Treffend begründet vom Reichsgericht im U. vom 3. März 1882 Entscheidungen B. VI, S. 81: „Das Judentum ist aber auch als eine in Preussen, also in einem deutschen Bundesstaate, mit Korporationsrechten bestehende Religionsgesellschaft im Sinne des § 166 a. a. O. zu betrachten.

Denn nach §§ 35, 37 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden (preufs. G. S. 1847, S. 263) sind die Juden nach Mafsgabe der Orts- und Bevölkerungsverhältnisse in Synagogengemeinden (Judenschaften) — welchen alle innerhalb eines Synagogenbezirkes wohnende Juden bis zum Erlasse des Gesetzes, betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogengemeinden vom 28. Juli 1876 (preufs. G. S., S. 353), angehören mußten — vereinigt, und haben die einzelnen Synagogengemeinden in Bezug auf ihre Vermögensverhältnisse die Rechte juristischer Personen erhalten.

Diese Synagogengemeinden entsprechen den landrechtlichen Kirchengesellschaften, — vgl. §§ 17, 36, 160, 193, 218, 228 flg. II 11. preufs. A. L. R. — und da Korporationsrechte nicht an derartige Religionsgesellschaften als Ganzes (qua Konfession), sondern an die einzelnen Institutionen bzw. Gemeinden, aus welchen sich die Religionsgesellschaft zusammensetzt, verliehen werden, so ist jede Religionsgesellschaft als eine durch § 166 St. G. B.^s geschützte dann zu erachten, wenn die derselben zugehörigen Gemeinden in irgend einem Bundesstaate Korporationsrechte erlangt haben.

Auch die preufs. Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 ist in den Art 12—15 und 31 offenbar von der Voraussetzung ausgegangen, dafs damals in Preussen neben der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche auch das Judentum als eine mit Korporationsrechten versehene Religionsgesellschaft im Sinne der Verfassung bereits bestand.“

Die Begriffe „Einrichtungen oder Gebräuche“ sind keineswegs so eng begrenzte¹⁾, daß nicht im Einzelfall durch die Vernehmung der Gemeindevorstände und Rabbiner dem Gericht die thatsächlichen Unterlagen für die Beurteilung erbracht werden könnten. Diese Begriffe sind vor allem nicht gleichzustellen mit dogmatischen Institutionen, welche die betreffende Religionsgesellschaft bereits von ihrer Entstehung ab besessen hat. In rechtlicher Beziehung muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es bei denjenigen Beschimpfungen, welche die jüdische Religionsgesellschaft zu erfahren hat, gar nicht auf die Existenz der betreffenden Gebräuche und Einrichtungen ankommt. Vielmehr bildet die Beschimpfung der Gebräuche und Einrichtungen nur ein Mittel für die Beschimpfung der Religionsgesellschaft selbst. Und diese Beschimpfungen fallen unter den Strafschutz des § 166 St. G. B.^s.

Hieraus folgt, daß die Untersuchung der Frage, ob die betreffende Beschimpfung eine Einrichtung oder einen Gebrauch treffe, in der Regel eine durchaus überflüssige ist. Durch sie hat man die Sachlage rechtlich lediglich verdunkelt. Ganz gleichgültig ist es, ob z. B. der Talmud wirklich als Einrichtung oder Gebrauch der jüdischen Religionsgesellschaft anzusehen ist. Denn auch wenn er, wie später zu zeigen ist, als Einrichtung nicht angesehen werden kann, ja wenn ein Buch namens Talmud gar nicht

¹⁾ Unter Einrichtung versteht man die allgemeine Ordnung einer Angelegenheit der Kirche als solcher, d. h. alles dessen, was ihre Aufgaben, Interessen, Rechte und Pflichten, sowie ihr Verhältnis zu ihren Mitgliedern und nach außen betrifft.

Unter einem Gebrauche versteht man eine allgemeine, solche Angelegenheit betreffende Uebung.

existierte, so liegt doch darin, daß der Beschimpfende, von der Ansicht ausgehend, der Talmud sei bindendes Gesetz, den Anhängern der jüdischen Religionsgesellschaft imputiert, sie befolge gewisse in ihm enthaltene schändliche Lehren von religionswegen, eine Beschimpfung der Anhänger der jüdischen Religionsgesellschaft in ihrer Gesamtheit, eine Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft selbst.

Die Konsequenz der entgegengesetzten Ansicht wäre die, daß derjenige, welcher einen ehrbaren Bürger Lump schimpft, deshalb freigesprochen werden müßte, weil der Beschimpfte auf die Frage des Richters, ob er denn ein Lump sei, mit Nein antwortet. Wenn nun der Richter verkündete: Wenn Sie kein Lump sind, dann hat Sie der Angeklagte gar nicht beschimpfen können, so würde dieser Spruch einiges Kopfschütteln erregen. Ganz ebenso liegt es hier. Die Antisemiten behaupten, daß die Juden von religionswegen Vorschriften des Talmud als maßgebendes Gesetz befolgten, nach welchen der Betrug, Wucher, Meineid, Mord erlaubt ist. Die vernommenen Gutachter verneinen, daß jene Vorschriften bindend seien. Nun kann doch nimmermehr der Richter konkludiren: also liegt keine Beschimpfung vor, da die Juden selbst erklären, jene Stellen seien für sie nicht bindend. Vielmehr liegt gerade darin das Beschimpfende, daß jene Stellen als bindend hingestellt werden.

Es verlohnt sich kaum der Mühe, diesen Punkt ausführlich zu erörtern, wenn nicht sonderbarerweise gerade hier die Quelle für die schiefe Richtung der heutigen Rechtsprechung zu suchen wäre.

Nun gehen wir einen Schritt weiter. Wir werfen die Frage auf: giebt es denn beim Vorliegen der Thatbestandsmerkmale des § 166 St. G. B.^s überhaupt einen Wahrheits-

beweis? d. h., kann der Beschimpfende einwenden: das, was ich behaupte, ist allerdings Beschimpfung. Allein ich erbiere mich zum Nachweise dafür, daß meine Behauptungen auf Wahrheit beruhen.

Bekanntlich begründet bei der sog. üblen Nachrede (§ 186 St. G. B.^s) der Beweis der Wahrheit einen Strafausschließungsgrund. Gegenüber dem § 166 St. G. B.^s ist jedoch ein Beweis der Wahrheit nicht zugelassen, ebenso wenig wie der bei der Beleidigung zulässige Einwand der Wahrnehmung berechtigter Interessen hier zulässig ist. Damit soll der freien Kritik, und sei sie noch so herb, Eintrag nicht geschehen. Allein wer seine Kritik nur in die Form der Beschimpfung zu kleiden versteht, verdient keinen Schutz. Das Gesetz will die Landeskirchen und staatlich anerkannten Religionsgesellschaften vor Beschimpfung schlechthin schützen. Es widerspricht doch dieser Tendenz des Gesetzes offensichtlich, daß dennoch eine Beschimpfung statthaft ist, für den Fall, daß der Thäter den Beweis der Wahrheit antritt. Anders liegt der Fall des § 186 St. G. B.^s. Hier will der Gesetzgeber nicht verhindern, daß überhaupt Thatsachen in Beziehung auf einen anderen verbreitet werden, welche denselben verächtlich zu machen geeignet sind, vielmehr tritt das Gesetz nur dann ein, wenn nicht diese Thatsachen erweislich wahr sind. Das Ergebnis, daß gegenüber dem § 166 St. G. B.^s der Wahrheitsbeweis prinzipiell ausgeschlossen ist, entspricht auch der Natur der Sache. In den Schriften einer jeden Kirche und einer jeden Religionsgesellschaft, die eine tausendjährige Entwicklung durchgemacht haben, finden sich Stellen, welche nur im Zusammenhang mit den gesamten Zeitverhältnissen, in denen sie entstanden, zu verstehen sind, und für unsere Zeit außerordentlich be-

fremdend klingen, ja oft das Gegenteil von dem lehren oder zu lehren scheinen, was Aufgabe einer Religionsgesellschaft ist. Klar ist aber, daß jene Aussprüche, wie sie ein Kind ihrer Zeit sind, auch mit ihrer Zeit zu Grabe getragen werden und durch die fortschreitende Entwicklung wie durch stillschweigendes Gewohnheitsrecht außer Kraft treten. Es liegt auf der Hand, daß die praktische Wirksamkeit der Kirche und der Religionsgesellschaften gefährdet wird, wenn es gestattet wäre, aus jenen Schriften Stellen, die nach unserem Empfinden eine Beschimpfung der betreffenden Kirche enthalten, auszukramen und diese als heut noch geltende Gesetze hinzustellen. Vielmehr will der Staat, indem er die Religionsgesellschaften staatlich anerkennt, damit zum Ausdruck bringen, daß jene Religionsgesellschaften nicht Ziele verfolgen und Lehren betätigen, welche ihrem Wesen fremd sind.

Nun kann man es ja menschlich nachfühlen, wenn trotzdem ein Berufener in seinem Gewissensdrange dem Staate nachweist, daß er vor der staatlichen Anerkennung das Wesen der Religionsgesellschaft nicht genügend erkannt und wenn er zum Beweise dafür Stellen aus den Religionsquellen anführt, die an sich beschimpfend sind, an deren Authentizität ein Zweifel nicht obwaltet. Allein Preußen und die übrigen deutschen Bundesstaaten waren genügend von den Anklagen unterrichtet, welche man gegen die Juden erhoben hat. Wenn bei dieser Sachlage nicht etwa Gelehrte, welche durch das Gewicht ihrer Gelehrsamkeit Gewähr leisten, auch nicht Personen, welche durch ihren Beruf einen Anlaß haben, sondern lediglich solche Individuen auftreten, welche ohne die geringste Kenntnis des in betracht kommenden Materials lediglich zum Zweck der Hetze alle Beschimpfungen wiederholen, so verrät das

einen so hohen Grad von dem, was die alten Kriminalisten *luxuria* nannten, daß von einer zu achtenden Uebersetzung keine Rede mehr sein kann.

Allein angenommen, man wollte diese Personen zum Wahrheitsbeweis verstatten, wie müßte er geführt werden, und ist er überhaupt zu führen? Es wäre zunächst zu erweisen, daß die in den Talmudauszügen enthaltenen Stellen richtige Uebersetzungen aus dem Talmud darstellen. Nun ist von hervorragenden christlichen und jüdischen Gelehrten der Nachweis geführt worden, daß ein großer Teil der Stellen entstellt, ja gefälscht wiedergegeben ist. Zieht man in betracht, daß den Verbreitern der Flugblätter jegliche Sachkenntnis fehlt, um sich eine eigene Meinung zu bilden, und daß selbst wenn sie sich eine eigene Meinung bilden könnten, sie sich bei der Zweifelhaftigkeit der Fragen hüten müßten, Behauptungen zu verbreiten, welche eine Beschimpfung einer Religionsgesellschaft enthalten, so ist die Logik jedenfalls sehr anfechtbar, welche man wiederholt in den Bescheiden der Anklagebehörde begegnet: weil die Frage über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Uebersetzung zweifelhaft ist, kann eine Verfolgung derjenigen, welche eben anderer Ansicht sind, nicht eintreten.

Angenommen aber, es wäre der Beweis für die Richtigkeit der Uebersetzung erbracht, so fragt es sich weiter: Entspricht die Uebersetzung auch dem Sinn der Stelle nach ihrem ganzen Zusammenhang und ihrer Stellung im System? Bedeutet die Stelle wirklich das, was sie zu sagen scheint?

Dem wissenschaftlich Gebildeten braucht nicht auseinanderzusetzen zu werden, daß man nie zu einem richtigen Verständnis einer Gesetzesstelle gelangen kann, wenn man diese Stelle lediglich für sich, unbekümmert um den

Geist und Inhalt der ganzen Schrift, den Geist der Zeit betrachtet. Es braucht z. B. nur daran erinnert werden, daß Sätze, welche anscheinend materiellrechtlicher Natur sind, bei näherem Zusehen sich als prozessrechtliche entpuppen, die nur richtig verstanden werden können, wenn man das gesamte Prozeßsystem versteht.

Als der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg am 17. November 1891 im Reichstage einige Stellen aus dem Talmud zum Beweise dafür citierte, daß der Wucher durch die jüdische Moral gestattet und erlaubt sei, erschien eine Widerlegung von einem Fachmann, dem Rabbiner Dr. Horwitz, welche unwiderleglich nachwies, daß jene Stellen z. T. aus der damaligen Beweistheorie zu erklären, nicht materieller sondern prozessualer Natur sind und im Ergebnis gerade das Entgegengesetzte von dem besagen, was der gedachte Abgeordnete aus ihnen herausgelesen hatte.¹⁾

Dem Juristen sind eine Anzahl analoger Fälle aus dem corpus juris civilis und den älteren deutschen Rechtsbüchern gegenwärtig.

Nehmen wir aber an, der Angeklagte hätte bewiesen, daß die Stellen richtig übersetzt seien und den wahren Sinn wiedergäben, ist damit der Wahrheitsbeweis schon erbracht?

Keineswegs. Die Antisemiten behaupten — und darin liegt das Beschimpfende — daß diese Stellen heut noch geltende Gesetze der jüdischen Religionsgesellschaft darstellen. Dieser Beweis kann nicht schon dann als erbracht erachtet werden, wenn bewiesen wird, daß der Talmud als ganzes bindendes Gesetz sei. Daraus folgt noch nicht,

¹⁾ Vergl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Jahrgang 1892 S. 81.

dafs gerade die betreffende Stelle bindend ist. Denn wie die im Anhang abgedruckte Erklärung der Rabbiner ausführt, ist der Talmud ähnlich wie das *corpus juris civilis* ein grofser Sprechsaal, in welchem die Ansichten der verschiedensten Gelehrten mitgeteilt werden, ohne dafs dieselben je bindende Kraft besessen hätten. Auch hier gilt das, was Friedrich der Grofse in jener Kabinetsordre vom 14. April 1780 ausführte: „Inzwischen ist bekannt, dafs dieses römische Gesetzbuch gröfstenteils nur eine Sammlung der Meinungen und Entscheidungen der Rechtsgelehrten in einzelnen Fällen enthält, sich vielfältig auf die alten und jetzt garnicht mehr passenden römischen Verfassungen und Formalitäten bezieht, auch mit vielen Widersprüchen angefüllt ist“. Es steht ferner entgegen, dafs der Talmud das Staatsgesetz als in erster Reihe entscheidend ansieht. Wenn also das Staatsgesetz alle jene Schändlichkeiten verbietet, die der Talmud angeblich gebieten soll, so mufs auch der frömmste Talmudjude nach den Vorschriften des Talmud sich vor dem Staatsgesetz beugen. Schliesslich ist zu erwägen, dafs die deutschen Bundesstaaten die heiligste Pflicht haben, gegen eine Religionsgesellschaft vorzugehen, welche derartige Lehren befolgt, wie sie die Antisemiten behaupten. Wenn die Regierungen das nicht thun, so ist damit der zwingende Beweis erbracht, dafs die jüdische Religionsgesellschaft derartige Lehren nicht hat. Hiernach dürfte es zweifellos sein, dafs ein Wahrheitsbeweis, falls er als prinzipiell zulässig erachtet werden sollte, an der thatsächlichen Unmöglichkeit seiner Führung scheitert.

Der Fall Strack, zu dessen Erörterung wir nunmehr übergehen, wird das hier Gesagte erläutern.

§ 10.

Fall Strack.

Prof. Strack hatte den Antrag gestellt, daß die Staatsanwaltschaft dem Talmud-Auszug aus dem Gesichtspunkt des § 166 St. G. B.^s näher treten möchte, und ist durch folgenden Bescheid zurückgewiesen worden:

Darüber, ob die im Talmud-Auszuge enthaltenen Gesetze richtig übersetzt und noch heute gültig sind und ob sie noch befolgt werden, gehen, wie das Buch des Dr. Marx deutlich ergibt, die Ansichten der in Frage kommenden Gelehrten weit auseinander, und es stehen sich auf beiden Seiten die Meinungen angesehener Gelehrter gegenüber. Denn auch an der Glaubwürdigkeit und wissenschaftlichen Ueberzeugung von Dr. Ecker, Dr. Rohling, Dr. Gildemeister sind begründete Zweifel nicht erhoben worden. Es handelt sich hiernach lediglich um einen theoretischen Streit, um eine wissenschaftliche Diskussion. Die Wissenschaft aber und ihre Lehre ist (confr. Verfassungsurkunde Art. 20) frei.

Solange aber über diese wissenschaftliche Streitfrage weder ein allgemeines Einverständnis erzielt noch eine staatsautoritative Interpretation ergangen ist, kann denjenigen, welche mit der Partei Ecker die obigen Fragen bejahen, der gute Glaube nicht abgesprochen werden und von diesem Standpunkte aus auch eine Kritik der fraglichen Gesetze nicht als strafbar erscheinen. Selbst Dr. Marx spricht sich, obwohl er auf ganz anderem Standpunkte steht, dahin aus, daß, wer zum ersten Male die Rechtsgrundsätze des Rabbinismus kennen lernt, mit Recht entsetzt ist.¹⁾

Wenn nun diejenigen, welche die angegriffenen Gesetze auch heute noch für gültig halten, dieselben verurteilen und in ihrer kritischen Beleuchtung derselben selbst scharfe Ausdrücke wählen, so liegt darin noch keineswegs eine Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft. Nur diese aber rechtfertigt die Anwendung des § 166 R. G. B.^s.

¹⁾ Derselbe Dr. Marx sagt später (cf. Strack a. a. O., S. 23): „Ich selbst bin mir bewußt, in meinem Fremdenrecht zu sehr den Historiker gespielt zu haben. Wir können doch in der That nicht dekretieren, wie die Juden ihre Rechtsbücher verstehen sollten, und haben uns hier daran zu halten, wie sie thatsächlich verstanden werden.“

Gegen diesen Bescheid erhob Prof. Strack Beschwerde, indem er ausreichendes Material beifügte, um zu erweisen, wie irrig die Ansicht der Staatsanwaltschaft gewesen ist, daß an der Glaubwürdigkeit und wissenschaftlichen Uebersetzung von Dr. Ecker, Dr. Rohling und Dr. Gildemeister begründete Zweifel nicht erhoben worden seien. Der Bescheid der Oberstaatsanwaltschaft lautete:

„Bei Entscheidung der Frage, ob ein Vergehen gegen § 166 R. St. G. B.^s in der Verbreitung des Flugblattes enthalten ist, ist zwischen der eigentlichen Uebersetzung und den Eingangs- und Schlufssätzen zu unterscheiden. Ob die in dem Flugblatte wiedergegebene Uebersetzung genau dem Wortlaute der Ursprache des Talmud entspricht und seine Satzungen richtig wiedergiebt, kann dahingestellt bleiben, eine direkte Verfehlung gegen das Verbot des § 166 R. St. G. B.^s enthält dieselbe nicht. Der gedachte Paragraph verbietet nicht schlechthin jede tadelnde Kritik an Gegenständen religiöser Verehrung, sondern nur die Beschimpfung, bei der schon die Wahl eines Ausdruckes an sich eine besondere Herabwürdigung des davon betroffenen Gegenstandes darthut. Derartige Ausdrücke sind in der Uebersetzung nicht gebraucht.

Wenn Sie ferner in der von Ihnen behaupteten, im einzelnen nicht näher belegten und nachgewiesenen Unrichtigkeit der Uebersetzung eine mittelbare Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft gefunden wissen wollen, so würde, abgesehen von dem Fehlen des soeben aufgestellten Erfordernisses, die Feststellung eines Vergehens nach dieser Richtung hin an der Nichterweisbarkeit des subjektiven Thatbestandsmerkmals scheitern müssen, daß diese Uebersetzung absichtlich entstellt und in dieser Entstellung veröffentlicht ist, um zu beschimpfen. Zur Zeit erscheinen die verschiedenen Ansichten über den Wortlaut und die innere Bedeutung der Vorschriften des Talmud doch zu wenig erklärt, um bei derem Widerstreite auf Grund eines mehr oder minder allgemein gehaltenen Urteils bei dem Gegner den zur Anwendung des § 166 erforderlichen strafbaren Vorsatz für erwiesen erachten zu können.

Die der Uebersetzung vorangeschickten Eingangsworte richten sich nur gegen den Talmud. Da nun in Abrede genommen ist, daß derselbe noch heute eine verbindliche Glaubens- und Sittenlehre für die Bekenner der mosaischen Religion enthält, so kann derselbe, beziehungsweise das Bekenntnis zu demselben auch nicht als eine

Einrichtung der jüdischen Religionsgesellschaft betrachtet werden. Die gegen ihn gerichteten Angriffe stehen danach nicht unter der Strafdrohung des § 166 R. St. G. B.^s, wie auch die Anhänger seiner Lehre nicht als die alleinigen Repräsentanten der jüdischen Religionsgesellschaft gelten können. Mit diesen Ausführungen findet auch die Bemerkung der Beschwerde ihre Erledigung, daß für den Fall der Ablehnung eines Strafverfahrens gegen den Herausgeber des Flugblattes nunmehr gegen die Bekenner des Talmud vorgegangen werden müßte, ganz abgesehen davon, daß das deutsche Strafgesetzbuch die Glaubens- und Sittenlehre der verschiedenen Religionsgesellschaften überhaupt nicht in seinen Kreis einbezogen, sondern sich darauf beschränkt hat, selbständig von sich aus die Vornahme gewisser Handlungen oder die Herbeiführung eines bestimmten Erfolges zu verbieten.“

Diese Bescheide geben nach den verschiedensten Richtungen Anlaß zu schweren Bedenken. Zunächst bedarf es keines großen Aufwandes von Scharfsinn, um bereits a priori einzusehen, daß im Talmud, einem in mehreren Jahrhunderten zustande gekommenen Werke, auch Stellen vorkommen, die unserem Empfinden nicht mehr entsprechen, ebenso wie sich das vom *corpus juris civilis* oder *canonici* mannigfaltig erweisen läßt. Es ist also an sich eine unehrliche Kampfweise, aus dieser unermesslichen Fundgrube einige gehässige Stellen auszusuchen, um *coram publico* zu verkünden: Seht, das ist das heutige Judentum. Daß auch das Christentum vor solch verwerflicher Auslegung nicht bestehen könnte, hat Dr. Bloch in seinem Buche: *Akten und Gutachten in dem Prozesse Rohling c/a Bloch*, Wien 1890, B. I S. 363 ff. nur an einigen wenigen Stellen aus dem *corpus juris canonici* und den Schriften der Kirchenväter nachgewiesen.¹⁾ So wird z. B. Evang. Matthäi 15, 21—28 das heidnische Weib als „Hund“ bezeichnet. Der Kirchenvater bemerkt dazu, daß die Heiden

¹⁾ Näheres s. Anhang III.

mit Recht als Hunde bezeichnet werden. Vom Bischof St. Hilarius werden die Heiden Hunde, die Ketzer Schweine genannt. Im canonischen Recht gilt es nicht als Doppelehe, wenn jemand vor der Taufe eine Ehe eingeht und nach der Taufe eine zweite; sind See- und Strandräuber nur dann zu exkommunizieren, wenn sie einen Christen berauben, wird die Unverbindlichkeit eines gegen den Vorteil der Kirche geschworenen Eides erklärt. Wer aus Eifer für die Kirche einen Exkommunizierten tötete, galt nicht als Mörder, der Ketzer war ehrlos, zeugnisunfähig, klageunfähig, sein Vermögen war zu konfiszieren, auch wenn seine Nachkommen unschuldig waren u. s. w. Nach ähnlichen Vorschriften ist Jahrhunderte lang auch gehandelt worden. Es ist wohl kaum nötig, auf die Brandopfer der spanischen Inquisition, die Bartholomäusnacht in Frankreich und ähnliches zu verweisen. Dergleichen liesse sich noch viel anführen.²⁾

Gegen eine solche Kampfesweise sollten sich doch die Gebildeten aller Konfessionen in der Anschauung des irischen Katholiken Grattan vereinigen.

„Keine Religion“, sagte er in einer seiner Reden, „kann bestehen, wenn die Menschen, ohne Rücksicht auf ihren Gott und bloß mit Rücksicht auf ihren Religionsstreit, die verschollenen und abgeschmackten Thorheiten aus dem Schutte des Altertums zusammenscharren und die Majestät des Allmächtigen mit dem unverschämten Verzeichnisse ihrer schlaunen Kunstgriffe beleidigen; und es ist der schlagendste Gegenbeweis wider das Achtungssystem, daß dieses dazu beiträgt, den eklen Hader zu nähren, Theologen gegen Theologen, Streithahn gegen

¹⁾ Antisemiten-Spiegel S. 224 f.

Streithahn zu hetzen, bis die zwei Verrückten ihren gemeinschaftlichen Vater schänden und ihre gemeinsame Religion blofsstellen“.

Welche Stellung hat aber die Anklagebehörde einzunehmen, wenn von hervorragenden christlichen Gelehrten auch vor Gericht begutachtet worden ist, daß jene Stellen aus dem Zusammenhang gerissen, entstellt, ja gefälscht sind?

Die Berufung der Anklagebehörde auf die Autoritäten von Dr. Justus, Rohling und Ecker zeigt, daß diese Behörde über die Stellung, welche diese Personen in der wissenschaftlichen Welt einnehmen, nicht genügend unterrichtet ist. Deshalb ist im Anhang das in betracht kommende Material mitgeteilt.

Nach der Lektüre der dort gegebenen Mitteilungen wird die Behörde schwerlich bei ihrer Ansicht verharren können, daß diesen Autoritäten gegenüber eine Nachprüfung von vornherein ausgeschlossen ist.

Den Hauptgrund gegen ein Einschreiten entnimmt die Königl. Staatsanwaltschaft wieder der subjektiven Seite: den Beschuldigten könne ein Dolus nicht nachgewiesen werden. Daß ein solcher Nachweis gar nicht erforderlich ist, ist oben dargelegt. Die Staatsanwaltschaft betrachtet den Talmud-Auszug — und darüber werden die Verbreiter des Flugblatts selbst erstaunt gewesen sein — nicht als ein zu agitatorischen Zwecken tendenziös zusammengestelltes Flugblatt, welches die Ausbreitung antisemitischer Vereine fördern soll und diesen Zweck deutlich ausspricht, sondern als eine Art wissenschaftliche Abhandlung über ein theologisches Thema. Hierin stört sie auch nicht die Einleitung und der Schluß des Flugblatts. Derartige Erzeugnisse pflegt man doch nicht mit wissenschaftlicher Achtung zu behandeln. Was würde denn die Be-

hörde sagen, wenn jemand, auf irgend ein Buch gestützt, in gleicher Art die christliche Lehre entstellt wiedergäbe und dieselbe in Tausenden von Flugblättern den halbwüchsigen Jungen auf der StraÙe, den Bauern auf dem Dorfe zur gefälligen Kritik unterbreitete? Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei, allein so treibt man keine Wissenschaft. Das ist schmutziges Niedertreten des Heiligsten. Wer eine Lehre einer Religionsgesellschaft für bedenklich findet, kann sie sachverständigen Organen zur Prüfung unterbreiten. Wer statt dessen auf StraÙen und Dörfern mit seinen Geheimnissen hausieren geht, treibt keine Wissenschaft, sondern die schlimmste und gefährlichste Demagogie. Alle Konfessionen sollten hiergegen Verwahrung einlegen. Ihre Konsequenzen sind nicht auszudenken.

Mit Unrecht legt die Anklagebehörde ein Gewicht darauf, daß das Flugblatt nur ein Abdruck des Eckerschen Buches sei. Hat denn dieser Umstand auf die Frage der Strafbarkeit an sich einen Einfluß? Ist schon deshalb ein Redakteur einer Zeitung freigesprochen worden, weil er einen beleidigenden Artikel einer anderen Zeitung entnommen hatte, bei welcher er unbehindert passiert ist? Wenn demnach objektiv in dem Talmud-Auszuge eine Beschimpfung enthalten ist, so kann bei der Strafabmessung mildernd in betracht kommen, daß die Angeklagten geglaubt haben, nichts Strafbares zu thun, wenn sie lediglich abdruckten, was bisher nicht verfolgt worden sei — allein die selbständige Strafbarkeit unterliegt keinem Zweifel, weil lediglich ein Irrtum über die Strafbarkeit vorlag, welcher als strafrechtlicher Irrtum belanglos ist (§ 59 St. G. B.^s). Es bedurfte also gar nicht eines Zurückgehens auf Eckers und Rohlings Schriften. Es handelt sich lediglich um Prüfung des Flugblatts selbst.

Nun könnten doch die Beschuldigten, wähnt die Staatsanwaltschaft, einwenden: „Wie können wir uns durch den Abdruck von Stellen strafbar machen, welche unserer Ueberzeugung nach im Talmud wirklich enthalten sind?“ Dieser Einwand ist prinzipiell unerheblich, wie oben gezeigt. Wie steht es denn aber in Wirklichkeit mit dem Einwande der Ueberzeugung? Ueberzeugt kann man doch nur davon sein, wovon man sich durch eigene Nachprüfung Gewissheit verschafft hat. Die Staatsanwaltschaft hätte daher ermitteln sollen, ehe sie die bona fides der Beschuldigten feststellte, ob denn die Beschuldigten die Fähigkeit besitzen, im Talmud zu lesen, und die Richtigkeit dessen, was über den Talmud geschrieben wird, zu kontroliren. Wenn die Beschuldigten dies wahrheitsgemäfs verneint und sich auf Ecker und Rohling zurückgezogen hätten, so hatte die Staatsanwaltschaft weiter zu prüfen, ob denn den Beschuldigten vor und während der Verbreitung nie bekannt geworden sei, dafs von wissenschaftlicher christlicher Seite, von hervorragenden Kennern des Talmud die von Ecker und Rohling beigebrachten Stellen als auf Entstellung und irrtümlicher Auffassung, ja Fälschung beruhend bekämpft worden sind. Die Beschuldigten wären bei dieser Gelegenheit an den Prozeß Rohling c/a Bloch zu erinnern gewesen, dessen Verlauf s. Z. in der gesamten antisemitischen Presse lebhaft besprochen worden ist. Die Beschuldigten wären weiter zu befragen gewesen, ob ihnen denn aus dem Prozesse Tisza-Eszlar, Xanten nicht bekannt geworden sei, dafs die gerichtlichen Sachverständigen mit aller Bestimmtheit unter ihrem Eide in Abrede gestellt haben, dafs im Talmud der Ritualmord gebilligt werde. Wenn die Beschuldigten alle diese Fragen wahrheitsgemäfs bejaht hätten — beim Leugnen hätte die Staatsanwaltschaft mit

Leichtigkeit den Gegenbeweis führen können durch Vorlegung antisemitischer Zeitungen, die die Beschuldigten sicherlich gelesen haben —, so hätte dann mindestens soviel festgestanden, daß die Beschuldigten sich sagen mußten: möglicherweise ist das doch nicht richtig, möglicherweise wird auch uns die Unrichtigkeit nachgewiesen. Selbst die antisemitische Korrespondenz schrieb über das Gutachten des Professor Noeldecke im Xantener Prozefs: „Daß im Talmud der Ritualmord gepredigt wird, ist niemals von Antisemiten behauptet worden.“ Ja, wohin soll es denn kommen, wenn jeder das Recht hätte, auf seine Ueberzeugung zu pochen, auch wenn er hundertmal widerlegt wird. Trotz dessen stellen die Beschuldigten diese Sätze als aus dem Talmud stammend und noch heut verbindliches Gesetz hin. Also sie veröffentlichen etwas auf die Gefahr der Unwahrheit hin. Der Jurist sagt: sie handeln mit dem Eventualdolus, und daß der Eventualdolus zur Bestrafung genügt, ist nicht bestritten. (Entscheidungen des Reichsgerichts, Bd. XVI, S. 363.) Somit hätte die Staatsanwaltschaft nicht nur einen zureichenden Anhalt für den Dolus der Beschuldigten geliefert, sondern hätte für den Eventualdolus sogar Beweis geliefert. Aber noch mehr! Herr Prof. Strack, eine anerkannte Autorität auf dem hier streitigen Gebiete, welcher amtlich zur Begutachtung des Eckerschen Buches bereits im Jahre 1885 aufgefordert war, ein Mann also, der als Sachverständiger par excellence in dieser Strafsache auftrat, er bietet sich, der Königl. Staatsanwaltschaft sogar bereits im Vorverfahren Beweise dafür zu liefern, daß die Beschuldigten wider ihre Ueberzeugung gehandelt haben, und führt ein Beispiel an, welches so schlagend wie nur möglich ist. Wie die Staatsanwaltschaft nämlich selbst ausführt, ist der

fragliche Talmud-Auszug ein fast wörtlicher Auszug aus dem Judenspiegel des Dr. Justus. Nun verweist das Flugblatt denjenigen, welcher sich genauer unterrichten will, auf Eckers Buch „Judenspiegel im Lichte der Wahrheit“. Dieses Eckersche Buch, welches sonach den Beschuldigten bekannt war, enthält zahlreiche Verbesserungen des Justus-schen Buches. Diese Verbesserungen lassen die Beschuldigten jedoch gänzlich unberücksichtigt, ja noch drastischer für ihr Gebahren spricht ihr Flugblatt, sie heben gerade solche Stellen als besonders wichtig durch fetten Druck hervor, welche als grobe Fälschungen erkannt sind. Prof. Strack erbietet sich, weiteres Material der Königl. Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. Wie verhält sich zu alledem die gedachte Behörde? Sie übergeht das alles mit Stillschweigen.

§ 158 St. P. O. besagt: Sobald die Staatsanwaltschaft durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von dem Verdacht einer strafbaren Handlung Kenntniss erhält, hat sie behufs ihrer Entschliessung darüber, ob die öffentliche Klage zu erheben sei, den Sachverhalt zu erforschen. Warum unterlässt es die Königl. Staatsanwaltschaft, ein zur Erforschung des Sachverhalts so zweckdienliches Verfahren, wie die Vernehmung des Herrn Prof. Strack, vorzunehmen?

Diese Unterlassung war um so weniger sachentsprechend, als Herr Prof. Strack der Behörde gerade für das Vorhandensein des Dolus gewichtige Anhaltspunkte zu geben in Aussicht gestellt hatte. Wenn jemand eine Strafanzeige wegen Betruges oder Wuchers aus eigener Wissenschaft erstattet, ist es für die Erforschung des Sachverhalts stets als das Zweckdienlichste betrachtet worden, den Anzeiger selbst zur Sache zu vernehmen. Weshalb hier die Ab-

weichung von guter, alter Praxis? Ist denn der § 166 St. G. B.^s minderwertiger als der § 263 oder ein anderer? Ein Vergehen gegen die Religion minderwertiger als ein Vergehen gegen das Vermögen?

Nun scheint die Anklagebehörde dieses Verfahren damit rechtfertigen zu wollen, daß sie aus dem Studium der von Strack beigelegten Bücher zur Erkenntnis gelangt sei, daß die verschiedenen Ansichten über den Wortlaut und die innere Bedeutung der Vorschriften des Talmud doch zu wenig geklärt erscheinen. Strack macht zwar der Oberstaatsanwaltschaft den Vorwurf, sie habe die Beweismittel nicht studiert. Ich denke von der Gewissenhaftigkeit der Anklagebehörde doch höher, im Gegenteil, das muß der Behörde gerade zum Vorwurf gemacht werden, daß sie es unternommen hat, die Fragen bewältigen zu wollen, zu deren Verständnis bereits eine umfassende Sachkunde gehört. Dazu war sie und ist sie bei dem Mangel aller Vorkenntnisse garnicht in der Lage; schon zum Verständnis der von Prof. Strack beigelegten Schriften gehörte eine umfassende talmudische Vorbildung. Die Staatsanwaltschaft mußte hier ihre Hand davon lassen und sich an jene Quelle wenden, welche über solche Dinge zu urteilen versteht, nämlich an Sachverständige. So laienhaft die Behauptung auch klingt, daß die verschiedenen Ansichten über die Bedeutung und Wortlaut des Talmuds zu wenig geklärt seien, so kann sie doch nur auf Grund eines tiefen Sachverständnisses abgegeben werden, welches der Herr Oberstaatsanwalt sicherlich für sich nicht in Anspruch nimmt.

Der gewichtige Fehler in dem von der Anklagebehörde gewählten Verfahren besteht also darin, daß sie die Abweisung der Strafverfolgung mit Gründen rechtfertigt, die sachverständige Urteile enthalten, zu deren Abgabe sie

weder befähigt noch berechtigt noch verpflichtet war. Geradezu befremden muß der Vorwurf, welchen die Oberstaatsanwaltschaft dem Prof. Strack macht, daß er die Unrichtigkeit der Uebersetzung nicht belegt und nachgewiesen habe. Abgesehen davon, daß Herr Strack, wozu er garnicht verpflichtet war, sich zu gewünschter weiterer Auskunft bereit erklärt hatte, ohne daß die Behörde von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht hätte, ist denn eine Strafanzeige eine Zivilklage, wo der Kläger für seine Behauptungen Beweis zu erbringen hat? Oder ist nicht, wie schon oben dargelegt, die Anklagebehörde von sich aus selbständig, nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, Nachweise herbeizuschaffen? Würde denn die Königl. Staatsanwaltschaft befugt gewesen sein, wenn ein Laie der Verfasser der Strafanzeige gewesen wäre, von diesem sachverständige Nachweise überhaupt zu verlangen und beim Ausbleiben derselben die Anzeige a limine zurückzuweisen?

§ 11.

Fall Bechthold — heiliger Rock zu Trier.

Gegenüber der Scheu der Anklagebehörde, bei denjenigen Beschuldigten, welche aus geschäftlichem Interesse ohne Kenntniss des Talmud Auszüge verbreiten, den erforderlichen Dolus anzunehmen, sei auf das Verfahren gegen den katholischen Pfarrer Joseph Bechthold in Thannweiler i. Elsass hingewiesen, der zu einer Gefängnisstrafe auf Grund folgenden Thatbestandes verurteilt wurde.¹⁾

Am 14. Oktober 1890 wurde vor dem Standesbeamten in Thannweiler die Ehe zwischen einem Protestanten und einer Katholikin geschlossen. Eine kirchliche Einsegnung dieser Ehe fand erst einige

¹⁾ Mitgeteilt von Prof. Dr. Wach, Zeitschrift für Kirchenrecht II, S. 172.

Tage darauf statt. Am Sonntag, den 19. Oktober 1890, bei Gelegenheit seiner gewöhnlichen Predigt sagte Pfarrer Bechthold, wenn ein Katholik so schlecht ist, einen Protestanten zu heiraten, ohne die erforderlichen Bedingungen erfüllt zu haben, so kann und darf seine Ehe von seinem katholischen Geistlichen nicht eingesegnet werden. Läßt er sich dann von einem protestantischen Pastor trauen oder begnügt er sich mit der Zivilehe, so begeht er eine furchtbar schwere Sünde, eine Art Verläugnung seines katholischen Glaubens, einen Seelenmord an seinen Kindern, die er um den höchsten Schatz, um den katholischen Glauben, die heiligen Sakramente und das ewige Leben bringt. Ein solcher Katholik lebt fortwährend in der Sünde, denn seinem Leben ist jede Heiligkeit und Ehrbarkeit abgesprochen. Seine Mischehe ist eine wilde Ehe, ein unrechtmäßiges und darum unsittliches Zusammenleben — ein Konkubinat.“ Die Strafkammer fand in diesem letzten Passus eine „Herabwürdigung und Schmähung der kirchlichen Einrichtung der Ehe bei den Protestanten, deren religiöse Gefühle dadurch verletzt werden müssen, während sie doch einer von Staatswegen als gleichberechtigt anzuerkennenden und zu schützenden christlichen Kirche angehören“.

Das Reichsgericht verwarf in einem Urteil des ersten Strafsenats vom 2. November 1891 die Revision des Verurteilten mit einer Begründung, aus welcher uns folgende Sätze interessieren:

Nach § 3 St. G. B.^s finden die Strafgesetze des deutschen Reiches auf alle im Gebiet desselben begangenen strafbaren Handlungen Anwendung; von diesem Grundsatz besteht zu Gunsten der katholischen Geistlichen keine Ausnahme, dieselben sind daher auch bei ihren Amtshandlungen an die Strafgesetze gebunden; der Angeklagte durfte den extremen Standpunkt der katholischen Kirche bei Mischehen in seiner Predigt nur in der Weise vertreten, daß er nicht gegen § 166 des Strafgesetzbuches, welcher zur Wahrung des Friedens der mehreren im Reich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften gegeben, verstieße; er konnte die Lehren seiner Kirche ungehindert vortragen, er mußte dies aber in einer Form thun, daß er Andersgläubige in ihren religiösen Anschauungen nicht verletzte; „er durfte sich keiner öffentlichen Beschimpfung ihrer Einrichtungen und Gebräuche schuldig machen“.

Nachdem dann das Reichsgericht als zutreffend festgestellt bezeichnet hat, daß die kirchliche Trauung, die

Einsegnung der Ehe, eine Einrichtung der evangelischen Kirche sei, und daß der Unterrichter den Begriff der Beschimpfung objektiv und subjektiv richtig auf die Aeußerung des Angeklagten angewendet habe, fährt es fort:

„Unzutreffend ist die Ausführung der Revisionschrift, daß die Verkündung der katholischen Lehre durch den berufenen Priester nicht gleichzeitig eine Beschimpfung evangelischer Einrichtungen sein und durch § 166 bedroht sein könne; richtig ist nur, daß sie es nicht sein soll und wenn sie es im Einzelfalle ist und die sonstigen Voraussetzungen des § 166 des Strafgesetzbuches zutreffen, Strafe eintreten muß, da im Reich alle Bekenntnisse gleichen Schutz genießen.“

Welch ein himmelweiter Unterschied zwischen jenem Pfarrer, welcher die Ueberzeugung in sich fühlte, er könne sich nicht strafbar machen, wenn er die Lehren seiner Kirche verkünde, und den Verbreitern der Flugblätter, welche kein Wort hebräisch verstehen, in ihrem Leben noch keinen Talmud vor sich gesehen haben und dennoch sich auf ihre Ueberzeugung zu berufen wagen.

Und noch eine lehrreiche Analogie!

Die Anklagebehörde hatte in dem Strackschen Falle dem Talmud den Charakter als Einrichtung der jüdischen Religionsgesellschaft deshalb abgesprochen, weil über die religiöse Verbindlichkeit die Ansichten der in Frage kommenden Gelehrten weit auseinandergehen, weil weder ein allgemeines Einverständnis erzielt, noch eine staatsautoritative Interpretation ergangen sei.

Vergleiche man mit dieser Anschauung die Ansichten, welche der höchste Gerichtshof in den Prozessen wegen Beschimpfung des heiligen Rockes zu Trier geäußert hat. Im Urteil vom 24. Novbr. 1891 (Entscheidungen Bd. XXII, S. 238 f.) wird ausgeführt, daß, da der heilige Rock zu Trier notorisch eine Reliquie sei, es für die Strafbarkeit

gar nicht ins Gewicht falle, ob der genannte Rock wirklich echt, oder ob ihm diese Eigenschaft von einem Teile der Katholiken abgesprochen werde. Auch wenn der Thäter geglaubt habe, der heilige Rock sei unecht, so werde dadurch noch nicht das erforderliche Bewußtsein ausgeschlossen, daß der angetroffene Reliquienkultus zu den Gebräuchen der katholischen Kirche gehöre.

Hier wird also, trotzdem ebenfalls die Ansichten der in Frage kommenden Gelehrten weit auseinandergehen und ein großer Teil der Katholiken die Verehrung des heiligen Rockes für nicht verbindlich hielt, auf diese mit Recht ein Gewicht nicht gelegt. Denn für die Frage, was als Einrichtung einer Religionsgesellschaft vorzusehen, ist allein maßgebend das historisch Gewordene und dogmatisch Ueberlieferte, ganz gleichgültig, ob und wie viele die Verbindlichkeit anerkennen. Nicht um der Ungläubigen willen ist der § 166 St. G. B.^s da, sondern um der Frommen willen, welche das halten, was ihre Religion lehrt.

Die Anklagebehörde war also in erster Reihe verpflichtet, sich bei denjenigen, welche über die Einrichtungen der jüdischen Religionsgesellschaft Auskunft zu geben berufen sind, bei den Rabbinern und Vorständen der Gemeinden Rats zu erholen darüber, ob der Talmud oder seine Verehrung eine Einrichtung oder einen Gebrauch der jüdischen Religionsgesellschaft bildet. Wäre diese Frage bejaht worden, dann würde ebenso, wie bei dem heiligen Rock zu Trier, die Frage ganz gleichgültig gewesen sein, ob es auch Gelehrte mit abweichender Ansicht giebt, oder ob über die Verbindlichkeit der wiedergegebenen Stellen Streit besteht oder nicht. Daß die Prüfung dieser Frage nicht geboten ist, und es lediglich darauf ankommt, ob in jener Beschimpfung des Talmud eine Beschimpfung der

jüdischen Religionsgesellschaft selbst liegt, soll im folgenden näher begründet werden.

§ 12.

Selbständige Prüfung der Frage, ob in den Talmud-Auszügen Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft enthalten ist.

Für die Frage der Beschimpfung ist der gewählte Ausdruck für sich allein nicht maßgebend. Ob eine konkrete Äußerung als eine Herabwürdigung oder Verächtlichmachung anzusehen ist, unterliegt vielmehr wesentlich der aus den obwaltenden Umständen zu entnehmenden tatsächlichen Beurteilung. Wendet man diese vom Reichsgericht in dem Urteil vom 31. März 1880 (Rechtsprechung, Bd. I, S. 523) ausgesprochenen und seither konstant festgehaltenen Grundsätze auf die Beurteilung der Talmud-Auszüge an, so ergibt sich folgendes:

Es kommt nicht darauf an, ob in dem Talmud-Auszug beschimpfende Ausdrücke vorkommen, ob insbesondere aus irgend einer Wendung im Eingang oder Schluß eine Beschimpfung herauszulesen ist. Dieses Moment ist nebensächlich, wenn nur der Auszug in seiner Gesamtheit beschimpfend ist.

Das Letztere ist aber aus folgenden Gründen anzunehmen. Der Talmud-Auszug enthält „eine Reihe ausgewählter Stellen aus dem Talmud“, welche nach der Behauptung der Verbreiter heut noch geltende Gesetze der jüdischen Religionsgesellschaft darstellen. Die Quintessenz dieser Sätze ist die: die Anhänger der jüdischen Religionsgesellschaft befolgen von Religionswegen Grundsätze, welche ihnen gestatten, im bürgerlichen Verkehr ihre andersgläubigen Mitbürger zu betrügen, zu bewuchern, sich an

ihrem Hab und Gut zu vergreifen, zu ihren Ungunsten Meineid zu schwören, ja sie zu ermorden. Und damit jeder Zweifel darüber ausgeschlossen ist, daß diese Grundsätze auch täglich und stündlich bethätigt werden, wird im Eingang bemerkt:

„Aus Talmud ist der Jude gekneten, er liegt ihm im Blut, in ihm ist sein ganzes Sinnen und Trachten, sein Denken und Fühlen, sein ganzes Sein zu Papier gebracht.

Für jedes jüdische Verbrechen findet man den Talmud-Paragraphe, nach dem gehandelt worden ist.“

Deutlicher kann gar nicht gesagt werden: die Juden sind Betrüger, Wucherer, Meineidige, ja Mörder, weil sie der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören.

Nun mag ja im gewöhnlichen Verkehr der Zuruf: Wucherer, Meineidiger, Mörder nur als Beleidigung aufgefaßt werden. Wenn aber eine Religionsgemeinschaft, welcher als solcher die Pflege des Edlen, Gott und den Menschen Wohlgefälligen obliegt — welche gerade deshalb einen besonderen strafrechtlichen Schutz genießt, imputiert wird, sie erziehe von Religionswegen Verbrecher, so enthält das eine so gröbliche Entwürdigung und Verächtlichmachung der gesamten Religionsgesellschaft und ihrer Anhänger, daß ein größeres Maß von Beschimpfung kaum gedacht werden kann. Wie kann eine Religionsgesellschaft krasser beschimpft werden, als wenn man ihr Wesen damit charakterisiert, daß ihr als das Höchste und Gottgefälligste das gilt, was der Staat mit Zuchthaus und Tod bestraft?

Ein katholischer Pfarrer hatte bei Besprechung der herrschenden Gottlosigkeit in seiner Predigt sich zu folgender Aeufserung hinreißen lassen:

Von den Protestanten komme alles Schlechte her. Man solle christlich leben und es nicht den Protestanten nachmachen, welche schlechte und verkommene Menschen seien.“

Es erfolgte Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wegen Beschimpfung der evangelisch-protestantischen Kirche.

Das Großherzogl. badische Ober-Hofgericht bestätigte das Urteil und führte in seiner Entscheidung (U. v. 5. Mai 1877, abgedruckt bei Stenglein, Zeitschrift etc., Bd. VII, S. 66) folgendes aus:

„Nach der Ansicht des Angeklagten seien die Protestanten deshalb schlecht und verkommene Menschen, von welchen alles Schlechte herkomme, weil sie Protestanten sind. Damit ist der beschimpfende Tadel gegen die religiöse Genossenschaft im ganzen d. h. gegen die Kirche selbst gerichtet.“

Was wollen die Vorwürfe „verkommen und schlecht“ besagen gegenüber den Ausrufen: „Betrüger, Wucherer, Diebe, Meineidige, Mörder?“

Ein anderer Angeklagte hatte gesagt:

„Martin Luther ist ein Erzketzer gewesen, ihn hat der Teufel lebendig geholt.“

Das Reichsgericht (U. v. 8. November 1883, Entscheidungen, Bd. IX, S. 159) hat insbesondere in dem letzteren Passus eine so grobe Bekundung der Verachtung erblickt, daß aus ihm ohne Rechtsirrtum das Merkmal der Beschimpfung herzuleiten sei.

Und was besagt der Talmud-Auszug? Ein „Teufelswerk“ ist es, welches nach der Auffassung der Verfasser für das gesamte religiöse und bürgerliche Verhalten der Juden maßgebend ist, von ihnen befolgt und im Leben bethätigt wird.

Es mutet eigentümlich an, in unserer Zeit derart auseinanderzusetzen zu müssen, weshalb vorliegend eine Beschimpfung einer Religionsgesellschaft anzunehmen ist. Eine Erklärung hierfür kann nur darin gefunden werden, daß die antisemitische Agitation es verstanden hat, das Sprachgefühl und Sprachempfinden, ja das Rechtsgefühl

um Jahrhunderte zurückzuschrauben, da wo Juden in betracht kommen.

Trotzdem bei Beratung des § 166 R. G. B.^s die größtmögliche Einengung der Strafbarkeit beabsichtigt wurde, war der Grundsatz unerschütterlich, daß gegen jede Verletzung des öffentlichen Gewissens durch Beschimpfung anerkannter Religionsgesellschaften Verfolgung eintreten müsse. Mit Rücksicht auf diesen Grundsatz ist die jetzt geltende Fassung gewählt worden. Nun fragen wir: giebt es eine größere Verletzung des öffentlichen Gewissens, als wenn von einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft behauptet wird, sie gebiete die Begehung von Vergehen und Verbrechen als ihrem Wesen entsprechend?

Nicht das steht in Frage: gilt der Talmud als ein die Juden bindendes Gesetzbuch oder nicht? Vielmehr: wie fassen ihn die Gegner auf? Diese halten ihn für bindend, ja für die einzige Grundlage der jüdischen Religionsgesellschaft. Indem sie sich gegen den Talmud richten, sind sie sich bewußt, die Religionsgesellschaft selbst zu treffen. Dies ist allein entscheidend.

Deshalb ist die Frage gänzlich unerheblich, ob der Talmud über das religiöse Leben hinaus auch das bürgerliche Leben des jüdischen Volkes einer Regelung unterworfen habe. Denn es kommt doch lediglich darauf an, unter welchem Gesichtspunkt die Antisemiten den Talmud heranziehen. Wenn in ihren Wendungen die Beziehung auf die jüdische Religionsgesellschaft klar zu Tage tritt, kann doch die Anklagebehörde nicht Momente hineinziehen, welche schlechthin nicht zur Sache gehören. So hatte ein antisemitischer Redner den Talmud als die Verdrehung und eine dem Triebe und den Charaktereigenschaften der Hebräer angepaßte Auslegung des alten mosaischen

Gesetzes bezeichnet und behauptet, daß der Talmud im Grunde genommen nur das geheime Statut einer Räubergesellschaft sei, den Meineid gestatte etc. und gerade von den strenggläubigen Juden des Ostens befolgt werde.

Man sollte meinen, ein deutlicherer Hinweis auf die religiöse Seite der Frage ist nicht möglich. Die Anklagebehörde aber lehnt die Verfolgung ab mit der Begründung:

„Die dort an dem Judentum geübte Kritik beschränkt sich auf Erscheinungen, die nach der Ansicht des Verfassers im jüdischen Volksleben aufgetaucht sind, und läßt die jüdische Religion d. h. die Art der jüdischen Gottesverehrung unberührt, bezieht sich also auch nicht auf die jüdische Religionsgesellschaft.“

Mit dieser Argumentation kann allerdings jede Anklage aus § 166 St. G. B.^s eliminirt werden, allein nicht zum Schaden der jüdischen Religionsgesellschaft, sondern der christlichen Kirchen, welche dieselbe Art der Gottesverehrung besitzen wie die Juden. Bekanntlich kennt aber der § 166 außer der Gotteslästerung noch die Beschimpfung der Religionsgesellschaft als solcher. Dies hätte eigentlich vor solch irriger Deduktion bewahren können.

Falsch auch, obgleich naheliegend, ist die Fragestellung: Stehen die angeführten Stellen im Talmud oder nicht? Sind sie richtig wiedergegeben oder gefälscht? Nicht deshalb sind die Stellen abgedruckt, weil sie im Talmud stehen, sondern deshalb, weil sie ein Spiegelbild bieten sollen von dem, was die heutige jüdische Religionsgesellschaft als für ihr Handeln bindend anerkenne. Nicht um archivalische Untersuchungen handelt es sich, sondern

um die Bekämpfung der diese Grundsätze als gültig betrachtenden Religionsgesellschaft.

Nicht maßgebend für die strafrechtliche Beurteilung kann die Ueberzeugung der Verbreiter sein, die Juden müßten diese Gesetze befolgen. Auch jener Redakteur war davon überzeugt, daß die Verehrung des heiligen Rockes ein Humbug sei. Das Reichsgericht hat ihn belehrt, daß das Aussprechen dieser Ueberzeugung eben Beschimpfung ist. Bekunden die berufenen Interpreten des jüdischen Schrifttums, daß diese Auszüge für die jüdische Religionsgesellschaft nicht bindend seien, dann müssen eben diejenigen, welche ohne Grundlage beschimpfende Behauptungen aufstellen, auch die Folgen tragen.

Man wird freilich da, wo die Ueberzeugung zu achten ist, eine mildere Strafe ansetzen. Wo aber, wie vorliegend, nicht nur von wissenschaftlichen christlichen und jüdischen Autoritäten, sondern auch durch gerichtliche Sachverständige wiederholt der Beweis geliefert worden ist, daß die im Talmud-Auszug angeführten Stellen aus ihrem Zusammenhang gerissen, entstellt, ja gefälscht wiedergegeben sind, und daß, selbst wenn sie im Talmud ständen, sie nie für die jüdische Religionsgesellschaft bindend gewesen, oder gar heute bindend sind, wo das tägliche Leben die Haltlosigkeit der Imputationen lehrt, wo schon die Thatsache, daß die Staatsregierung eine Gesellschaft mit solchen Grundsätzen nie anerkannt und ihr noch erhöhten Schutz gewährt hätte, den Verfassern die Augen geöffnet hat oder doch öffnen müßte, so ist die Berufung auf die bona fides selbst für die Frage der Strafzumessung einflußlos.

Man mag den Juden als Staatsbürgern Antipathieen entgegenbringen, so viel man wolle — die jüdische

Religionsgesellschaft aber, welche in Gemeinschaft mit den großen Landeskirchen heilige und hohe Aufgaben gerade in heutiger Zeit zu erfüllen hat, sollte man vor lästerlichen Frivolitäten schützen!

§ 13.

Anderweitige Stellung der Anklagebehörde.

(Waldeggs Manifest — Prozeß in Münster — Ulmer Prozeß.)

Nicht immer hat die Anklagebehörde in ähnlichen Fällen die Strafverfolgung a limine abgelehnt. Ich erinnere nur an das Egon Waldeggsche Manifest an die deutsche Nation, welches einen Auszug aus dem Rohlingschen Talmud-juden darstellte. Der Ausschufs des deutsch-israelitischen Gemeindebundes erstattete bei der Staatsanwaltschaft beim Königl. Landgericht zu Dresden Strafanzeige, welche zuerst mit der Begründung zurückgewiesen wurde:

„Lehren des Talmud aber, wie sie Seite 11 der Waldeggschen Schrift, Seite 25, 47 flg. bei Dr. Robbert, wiedergegeben werden, würden, wie mit Grund nicht bestritten werden könnte, nicht herb genug kritisiert und, aus Gründen der Erhaltung des Staates und der guten Sitte, mit der größten Entschiedenheit von jedermann bekämpft werden müssen.“

Auf eine erneute Strafanzeige der deutsch-israelitischen Gemeinde erhob die Staatsanwaltschaft zu Dresden am 24. Mai 1881 aus § 166 St. G. B.^s Anklage. Wir erinnern weiter an den Prozeß zu Münster, welcher gegen eine Zeitung eingeleitet wurde, die Auszüge aus dem Judenspiegel veröffentlicht hatte.

In neuerer Zeit hat eine Verhandlung gegen die Ulmer Schnellpost stattgefunden und besonderes Aufsehen erregte die in Darmstadt am 4. Juli 1893 verhandelte Strafsache gegen den Redakteur Theifs u. Gen. Ueberall handelte es

sich um Auszüge aus Rohling oder Ecker. Stets hat die Anklagebehörde sich für verpflichtet erachtet, einzuschreiten, obgleich sie einen Erfolg nicht zu verzeichnen hatte. Allein ihr Mißerfolg beruhte nicht auf der Zweifelhaftigkeit der Sache, sondern auf der Unkenntnis der Genesis der Talmud-Auszüge, welche die Gerichte verleitete, gerade diejenigen zu Sachverständigen zu ernennen, die selbst Partei waren. Denn in dem Dresdener Falle wurde Rohlings Gutachten eingefordert, obgleich doch der Waldeggsche Auszug der Rohlingschen Schrift entlehnt war und Rohling somit in eigener Sache als Gutachter auftrat.

In Münster wurde als Gutachter Ecker gehört, derselbe Ecker, welcher bei Ausarbeitung des Gutachtens den zum Lehrer sich nahm, über dessen Schrift er das Gutachten erstattete.

In dem Ulmer Prozeß hat Ecker abgelehnt, als Gutachter aufzutreten. Die beiden Sachverständigen haben begutachtet, daß es sich bei Rohling um absichtliche oder unabsichtliche Textauslassungen etc. handele, da die Stellen richtig übersetzt, meist entgegengesetzten Sinn haben, oder in thörichter Weise aus dem Zusammenhang gerissen seien. Rohlings Schriften seien ebenso, wie er gegen den Protestantismus eifere, von Glaubenshaß gegen die Juden diktiert; irgend welche Autorität könnten sie Rohling, der überdies falsch citiere, nicht beilegen. Der Staatsanwalt führte zur Begründung seines Antrages auf Verurteilung aus, daß die jüdische Religionsgesellschaft durch die Schmähungen des Angeklagten getroffen sei und nach dem Willen des Angeklagten auch getroffen werden sollte.¹⁾

¹⁾ Die Geschworenen, vor welchen der Prozeß zur Verhandlung kam, erkannten auf Freisprechung — kein Wunder bei der An-

§ 14.

Der Talmud-Auszug vor dem Darmstädter Landgericht.

Wertvoller ist jedoch für uns das ebenfalls zur Freisprechung gelangende Urteil des Königl. Landgerichts zu Darmstadt vom 4. Juli 1893. In den Jahren 1890 und 1891 wurden in mehreren Nummern der jetzt eingegangenen periodischen Druckschrift „Der Landwirt und Bienenzüchter“ Auszüge aus dem Rohlingschen Talmudjuden abgedruckt und zum Schluss die Bemerkung angeknüpft: „Man muß auf Grund dieser Gesetze zu der Einsicht kommen, daß das Judentum den Charakter einer festgeschlossenen gemeingefährlichen Verbrecherbande hat. Wie man eine Sekte von solchen unehrlichen und staatsfeindlichen Grundsätzen noch länger unter uns dulden will, ist unverständlich“.

Die Strafkammer erblickte in dem Abdruck der Talmud-Auszüge und den daran geknüpften Bemerkungen objektiv die Requisite des § 166 St. G. B.^s erfüllt. Ihre Ausführungen lauten:

„Das Judentum ist eine innerhalb des Bundesgebiets bzw. des Deutschen Reichs bestehende mit Korporationsrechten versehene Religionsgesellschaft. Die sämtlichen in Rede stehenden und zur Anklage gestellten Kundgebungen der beiden Angeklagten geschahen öffentlich: sie erschienen in der öffentlich verbreiteten periodischen Druckschrift: „Der Landwirt und Bienenzüchter“, welche Zeitung in einigen Tausend Exemplaren gedruckt und öffentlich verbreitet wurde. Alle die oben erwähnten Kundgebungen charakterisieren sich aber ganz oder teilweise objektiv als Beschimpfungen des Judentums, einer innerhalb des Bundesgebiets mit Korporationsrechten bestehenden Religionsgesellschaft, seiner Einrichtungen und Gebräuche. Der Angeklagte stellt die von ihm veröffentlichten Sätze aus dem Talmud und dem Schulchan-Aruch als Grundsätze des

wendung eines Paragraphen, dessen Auslegung selbst gewiegten Juristen Schwierigkeiten bereitet.

mosaischen Glaubensbekenntnisses dar und behauptet in seiner Zeitschrift und gerade in den in Frage stehenden Nummern derselben, daß die Juden und gerade die strenggläubigen frommen Juden diese Lehren auch befolgen, daß sie danach handeln und deshalb öfters Verbrechen begehen.

Die Kundgebungen des Angeklagten Theiß richteten sich gerade daher gegen die jüdische Religion und nicht wie der Angeklagte Theiß angiebt, gegen die heutigen Juden, als Menschen. Da der Angeklagte in seinen Kundgebungen auch behauptet, daß die Juden diese Lehren befolgen und danach handeln, beschimpft er objektiv nicht bloß die jüdische Lehre, sondern die jüdische Religion, ihre Einrichtungen und Gebräuche. Er spricht in den oben erwähnten Nummern der periodischen Druckschrift: „Der Landwirt und Bienenzüchter“ der jüdischen Religion gegenüber seine Verachtung aus und zwar in einer stark verletzenden Form (der Missachtung), namentlich geschieht dies in Nr. 6 der genannten Druckschrift vom 15. März 1891 und besonders in dem Schlusssatz des oben unter pos. I 4 erwähnten Artikels, wo der Angeklagte Theiß das Judentum als eine festgeschlossene, gemeingefährliche Verschwörergesellschaft, als eine Sekte von unehrlichen und staatsfeindlichen Grundsätzen bezeichnet. Alle diese in den zur Anklage verstellten Nummern der periodischen Druckschrift: „Der Landwirt und Bienenzüchter“ bethätigten Kundgebungen enthalten hiernach objektiv eine Beschimpfung des Judentums, seiner Einrichtungen und Gebräuche.

Durch die heutige Verhandlung und insbesondere das sachverständige Gutachten wurde weiter thatsächlich festgestellt, daß die in Nr. 2 des „Landwirts und Bienenzüchters“ vom 15. November 1890 veröffentlichten Sätze aus dem Talmud, thatsächlich nicht im Talmud stehen und das der in Nr. 2 des „Landwirts und Bienenzüchters“ vom 15. Januar 1891 veröffentlichte Satz aus dem Talmud „Rabbi Bechai lehrt im Talmud: Eines Goi verlorene Sache ist erlaubt zu behalten, Deinem Bruder sollst Du die verlorene Sache wiedergeben“, ebenfalls nicht im Talmud steht.

Das in dem „Landwirt und Bienenzüchter“ Nr. 2 vom 15. Januar 1891 und in Nr. 6 vom 15. März 1891 abgedruckte Kolnidregebet entspricht thatsächlich dem Kolnidregebet, wie es in vielen jüdischen Gebetbüchern abgedruckt wird; es hat aber nicht den Sinn einer im Voraus zu gewährenden Befreiung von allen Eiden, sondern bietet nur die Möglichkeit einer Befreiung von Gelübden, die man lediglich auf seine Person übernommen hat, nicht aber von Versprechungen und Eiden, die man einem Dritten gegenüber geleistet hat. Die in

dem „Landwirt und Bienenzüchter“ Nr. 6 vom 15. März 1891 veröffentlichten Proben aus dem Schulchan-Aruch sind nur zum Teil im Schulchan-Aruch enthalten. Soweit sie thatsächlich im Schulchan-Aruch enthalten sind, sind sie verkürzt wiedergegeben, aus dem Zusammenhang gerissen, falsch übersetzt oder sie haben einen anderen, als den in den erwähnten Kundgebungen enthaltenen Sinn. — Objektiv enthalten alle diese veröffentlichten Kundgebungen ganz oder teilweise eine Beschimpfung des Judentums, seiner Einrichtung und Gebräuche.

Was nun die Verantwortlichkeit der beiden Angeklagten in Gemäßheit des Pressgesetzes betrifft, so ist in der genannten Druckschrift: „Der Landwirt und Bienenzüchter“ und zwar in der Nr. 4 vom 15. Dezember 1890, Nr. 2 vom 15. Januar 1891 und Nr. 6 vom 15. März 1891 lediglich der Angeklagte Theifs als Redakteur bezeichnet. In Nr. 2 vom 15. November 1890 ist bezüglich des hier in Frage stehenden und zur Anklage verstellten Artikels der Angeklagte Barnewald als verantwortlicher Redakteur bezeichnet. In Nr. 4 vom 15. Dezember 1890, welche unter der verantwortlichen Redaktion des Angeklagten Theifs erschienen ist, aber erklärt, daß die in Nr. 2 vom 15. November 1890 veröffentlichten Talmudsätze das mosaische Glaubensbekenntnis der meisten Israeliten sei. Der Angeklagte Theifs hat sonach diese Kundgebung in Nr. 2 vom 15. November 1890 sich angeeignet und wäre sonach in Gemäßheit des § 20 des Pressgesetzes als Thäter bezüglich aller in Rede stehenden Kundgebungen, der Angeklagte Barnewald aber nur wegen Veröffentlichung des fraglichen Artikels in der Nr. 2 vom 15. November 1890 als Thäter zu bestrafen, vorausgesetzt, daß alle Thatbestandsmerkmale des § 166 R. St. G. vorliegen.

Wie bereits ausgeführt, liegen objektiv alle diese Thatbestandsmerkmale vor.

Das Judentum, eine innerhalb des Deutschen Reiches mit Korporationsrechten bestehende Religionsgesellschaft, dessen Einrichtungen und Gebräuche wurden öffentlich beschimpft. Alle die in Frage stehenden beschimpfenden, öffentlichen Kundgebungen geschahen auch mit dem Willen der beiden Angeklagten.

Dennoch gelangt die Strafkammer zur Freisprechung wegen mangelnden Dolus. „Es fragt sich aber“ — heißt es — „ob diese Kundgebungen Seitens der Angeklagten mit dem Bewußtsein der beschimpfenden Eigenschaft der Aeufserungen, bzw. Kundgebungen erfolgten. Die beiden Angeklagten bestreiten dieses Bewußtsein und ist daher bezüglich beider Angeklagten festzustellen, ob sie den

erforderlichen Dolus hatten, ob ebenso wie der objektive Thatbestand des § 166 R. St. G. auch der subjektive Thatbestand vorliegt.

Der Gerichtshof glaubte aber die Frage nach dem Vorhandensein des subjektiven Thatbestands des § 166, die Frage, ob bei beiden Angeklagten der erforderliche Dolus vorlag, ob beide Angeklagte das Bewußtsein von dem beschimpfenden Charakter der in Rede stehenden Kundgebungen hatten, verneinen zu müssen.

Der Angeklagte Theifs giebt in dieser Beziehung an, er sei kein gelernter Redakteur, auch kein Gelehrter, er verstehe kein Hebräisch und könne sich daher nicht selbst überzeugen, was im Talmud stehe. Er hat sämtliche in Rede stehenden Artikel bezw. Stellen aus dem Talmud und Schulchan-Aruch, er habe alle diese Mitteilungen und Kundgebungen einfach aus dem in Leipzig in mehreren Auflagen erschienenen und weit verbreiteten Antisemiten-Katechismus von Theodor Fritsch abgedruckt. Gegen den Verfasser sei ein Verfahren wegen Vergehens gegen den § 166 R. St. G., begangen durch Veröffentlichung des Antisemiten-Katechismus, eingeleitet worden, es habe eine Bestrafung stattgefunden und seien durch das Landgericht in Leipzig verschiedene Stellen aus dem Antisemiten-Katechismus gestrichen worden. Alle hier in Rede stehenden und vom ihm im „Landwirt und Bienenzüchter“ nur abgedruckten Stellen seien aber stehen geblieben und vom Landgericht in Leipzig als nicht unter das Strafgesetz fallend bezeichnet worden. Er habe daher in dem guten Glauben gehandelt, alle in Rede stehenden Sätze ständen im Talmud bezw. Schulchan-Aruch und seien ein Bestandteil des heutigen mosaischen Glaubensbekenntnisses. Es könne daher bei ihm von dem Bewußtsein des beschimpfenden Charakters der in Rede stehenden Kundgebungen nicht die Rede sein.

Der Mitangeklagte Barnewald behauptet, er habe nur auf Ersuchen des Angeklagten Theifs für den hier fragl. Aufsatz „Landwirte, Bauern u. s. w.“ seinen Namen als verantwortlicher Redakteur hergegeben; Theifs habe versichert, der Aufsatz enthalte nichts Strafbares, er habe den Artikel erst gelesen, nachdem er vollständig gedruckt gewesen sei und auch da noch keine Ahnung davon gehabt, daß der Artikel etwas Strafbares enthalte. Der vernommene Sachverständige bestätigte, daß sämtliche von den beiden Angeklagten in den zur Anklage gestellten Nummern des „Landwirts und Bienenzüchters“ veröffentlichten Sätze, soweit sie hier in Frage stehen, vom Antisemiten - Katechismus entnommen sind. Dieser Antisemiten-Katechismus wurde von einem gewissen Theodor Fritsch in Leipzig herausgegeben, der sich jedoch im Buche selbst mit dem Namen

Thomas Frey bezeichnete. Selbst der Schlufssatz des fragl. Artikels in Nr. 6 des „Landwirts und Bienenzüchters“ vom 15. März 1891, wo Angeklagter von einer festgeschlossenen, gemeingefährlichen Verschwörergesellschaft, von einer Sekte von unehrlichen und staatsfeindlichen Grundsätzen redet, selbst dieser Schlufssatz ist dem Antisemiten-Katechismus entnommen, jedoch mit einigen Abschwächungen im Ausdruck. Die Verschwörerbande des Antisemiten-Katechismus ist in eine Verschwörergesellschaft verwandelt, auch redet der „Landwirt und Bienenzüchter“ „nur von unehrlichen und staatsfeindlichen“, nicht von schurkigen Grundsätzen.

Gerade diese letztere Stelle hatte in der ersten Ausgabe des Antisemiten-Katechismus eine andere Fassung, die aber infolge eines Urteils des Landgerichts Leipzig geändert wurde. Der Antisemiten-Katechismus ist bereits im Jahre 1891 in der zwölften Auflage erschienen. Alle Ausgaben mit Ausnahme der ersten Auflage (diese kann der Angeklagte nicht benutzt haben, da sie den erwähnten Schlufssatz des Artikels in Nr. 6 des „Landwirts und Bienenzüchters“ vom 15. März 1891 noch nicht enthält) enthalten verschiedene Auslassungen mit der Bemerkung: die hier ausgelassene Stelle ist durch Urteil des Landgerichts Leipzig vom 30. November 1881 beschlagnahmt worden.

Der Angeklagte Theifs wufste sonach z. Zt. der hier in Rede stehenden Kundgebungen, daß der Antisemiten-Katechismus einen gewissen Läuterungsprozeß bei dem Landgericht in Leipzig durchgemacht hatte. Alle die hier in Rede stehenden von Theifs und Barnewald abgedruckten Stellen des Antisemiten-Katechismus wurden durch das Gericht in Leipzig nicht beanstandet. Der Angeklagte Theifs konnte daher ganz wohl annehmen, daß die von ihm mitgeteilten Sätze aus dem Talmud und Schulchan-Aruch auch wirklich in diesen stehen und daß sie einen Teil des heutigen mosaischen Glaubensbekenntnisses der Israeliten bilden. Gleiches muß und noch viel mehr von dem Druckergehülfen Barnewald gelten, bezüglich dessen der Gerichtshof annahm, daß er bloß auf Bitten des angeklagten Theifs seinen Namen als verantwortlicher Redakteur für den fragl. Artikel hergab. Beide Angeklagten waren nicht in der Lage, sich davon zu überzeugen, ob die fragl. Sätze wirklich im Talmud oder Schulchan-Aruch stehen, waren aber beide Angeklagte, wie das Gericht auf Grund der Verhandlung für thatsächlich festgestellt ansieht, im guten Glauben, daß alle in Rede stehenden Sätze im Talmud oder im Schulchan-Aruch stehen und Bestandteile des heutigen mosaischen Glaubensbekenntnisses sind, so kann von einem Bewußt-

sein des beschimpfenden Charakters der hier fraglichen Kundgebungen keine Rede sein.

Das Gleiche muß auch von dem Schlufssatz des Artikels in Nr. 6 des „Landwirts und Bienenzüchters“ vom 15. März 1891 gelten, den der Angeklagte Theifs ebenfalls dem Antisemiten-Katechismus entnommen hat. War der Angeklagte Theifs, wie der Gerichtshof annimmt, in gutem Glauben, daß die in Rede stehenden Sätze in der von ihm wiedergegebenen Bedeutung Bestandteile des mosaischen Glaubensbekenntnisses seien, so war er — die Wahrheit dieser seiner Meinung vorausgesetzt — durchaus berechtigt, diese Sätze der von ihm (und dem Verfasser des Antisemiten-Katechismus) in diesem Satze gezogene Kritik zu unterwerfen. Wäre es wahr (wie es nicht wahr ist), daß jeder Eid des Israeliten durch das Kolnidregebet im voraus für ungültig erklärt ist, daß die Israeliten inhaltlich ihres Religionsgebots an allen Nicht-Israeliten Verbrechen ungestraft begehen durften, ja sollten (Wucher, Unterschlagung, Betrug, ja sogar Mord, cf. Satz 4 der Proben aus dem Schulchan-Aruch), so könnte man mit Recht von einer festgeschlossenen, gemeingefährlichen Verschwörergesellschaft von einer Sorte unehrlichen und staatsfeindlichen Grundsätzen reden. Wenn der Angeklagte Theifs aber überzeugt war, daß alle diese Sätze Bestandteile des heutigen mosaischen Glaubensbekenntnisses sind, und nach Ansicht des Gerichtshofs war er hiervon überzeugt, dann konnte er auch kein Bewußtsein davon haben, daß der in Rede stehende Schlufssatz des Artikels in Nr. 6 des „Landwirts und Bienenzüchters“ vom 15. März 1891 geeignet war, die jüdische Religionsgesellschaft, ihre Einrichtungen und Gebräuche zu beschimpfen. Die beiden Angeklagten waren sonach wegen mangelnden Dolus, weil sie nicht das Bewußtsein von dem beschimpfenden Charakter ihrer in Rede stehenden Kundgebungen hatten, freizusprechen, obgleich objektiv alle Thatbestandsmomente des Vergehens gegen die Religion im Sinne des § 166 R. St. G. vorliegen. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß bezüglich des in Rede stehenden Artikels in Nr. 6 des „Landwirts und Bienenzüchters“ vom 15. März 1891 Seitens des Vorstands der israelitischen Religionsgemeinde zu Darmstadt keine Anklage wegen Beleidigung erhoben wurde.“

Die Gründe, welche zur Verneinung des Dolus führten, sind rechtsirrig.

Im Gegensatz zum Zivilrecht legt das Strafrecht das Hauptgewicht auf das subjektive Moment, d. h. es kommt

weniger darauf an, was hat der Thäter gethan, als darauf, wufste und wollte er das, was er that. Es giebt eine grofse Anzahl von Delikten, bei deren Begehung der Thäter sich nichts gedacht hat, weil zur Erfassung des Unrechts ein höherer Grad von Urteilkraft gehörte, als dem Thäter nach seinem ganzen Bildungsgrade innewohnte. Anderseits aber giebt es Delikte, deren Deliktsqualität so sehr dem allgemeinen Bewusstsein entspricht, dafs bei ihnen in erster Reihe die Vermutung dafür spricht, der Thäter wufste und wollte, was er ausführte. Zu diesen gehört das Vergehen der Beleidigung. Denn dieses beruht darauf, dafs es für die freie Meinungsäufserung eine Grenze gebe, die straflos nicht überschritten werden dürfe. Wer die deutsche Sprache versteht, weifs sehr genau, was beleidigend wirkt oder nicht. Um so mehr weifs er aber auch, was grob beleidigend ist, was beschimpfen heifst.

Deshalb hat sich auch in der Judikatur des höchsten Gerichtshofes die Praxis herausgebildet, dafs, wenn der Angeklagte bestreitet, sich der beleidigenden Natur seiner Aeufserung bewußt gewesen zu sein, nach Lage der thatsächlichen Umstände dieses Bestreiten infolge seiner sonstigen Bildung ohne weiteres als einflußlos erachtet wird.¹⁾ Wenn ein Deutscher einem anderen sagt: „Sie sind ein Betrüger, Meineidiger, Dieb und gemeingefährlicher Schurke,“ so wird man es nicht glauben, wenn er zur Entschuldigung vorbringt, er sei sich der beleidigenden Natur dieser Aeufserung nicht bewußt gewesen.

Wenn nun im vorliegenden Falle der Gerichtshof in aller Schärfe feststellt, dafs die Auslassungen des Ange-

¹⁾ cfr. das Urteil vom 13./20. Februar 1893, Entscheidungen, Bd. XXIV, S. 21.

klagten objektiv beschimpfender Natur gewesen sind, und weiter feststeht, daß der Angeklagte T. sehr wohl den Sinn deutscher Worte versteht, ja sogar als Redakteur eine Zeitung geleitet hat, so erscheint die Freisprechung wegen mangelhaften Dolus befremdend. Daß das nur rechtsirrtümlich geschehen konnte, liegt auf der Hand.

Wir wollen nicht in den Vordergrund stellen, daß das Gericht Dinge zu Gunsten des Angeklagten berücksichtigt, welche bei der Frage der Strafabmessung eher zu seinen Ungunsten auszulegen gewesen wären. Wir meinen, wenn der Angeklagte kein „gelernter“ Redakteur, kein Gelehrter gewesen ist, so hatte er doch um so größere Pflicht, sich vorher zu überzeugen, ob seine unerhörten Beschimpfungen gegründet sind. Gerade weil er kein Hebräisch verstand, durfte er nicht ins Blaue hinein beschimpfen, obgleich er wußte, daß er es nicht beweisen könne, und obgleich er sich sagen mußte, daß seine Behauptungen gegenüber der staatlichen Anerkennung der jüdischen Religionsgesellschaft unmöglich wahr sind. Gerade in letzterer Beziehung hätte das Gericht zu ermitteln gehabt, ob denn dem Angeklagten nicht bekannt gewesen ist, daß nicht nur wissenschaftliche Gutachten gegen jene Auszüge erschienen sind, sondern daß bereits früher wiederholt gerichtlicherseits das Nichtvorhandensein und die Nichtverbindlichkeit jener Stellen festgestellt worden ist. Wenn trotzdem der Angeklagte immer mit seiner Ueberzeugung kommt, ohne jene Entgegnungen gelesen zu haben oder in der Lage gewesen zu sein, dieselben zu verstehen, so ist das Gericht berechtigt zu sagen: Deine Ueberzeugung vermögen wir nicht anzuerkennen. Aber selbst wenn das Gericht sich nicht auf diesen Standpunkt stellte, so ist doch damit nicht jedem, der von der Wahrheit seiner Sache

überzeugt ist, ein Freibrief für jegliche Beschimpfung gegeben. Sehr befremdend ist der Passus, der allerdings eine solche Schimpffreiheit einzuführen scheint. Nachdem das Urteil in dem ersten Teil ausführlich begründet hatte, daß der Gesamtinhalt und besonders der Schlufspassus des Artikels: „das Judentum sei eine festgeschlossene gemeingefährliche Verschwörergesellschaft etc.“ eine Beschimpfung enthalte, führt es hier aus: „Wenn der Angeklagte des guten Glaubens war, daß jene Sätze in der von ihm wiedergegebenen Bedeutung Bestandteile des mosaischen Glaubensbekenntnisses seien, so war er — die Wahrheit dieser seiner Meinung vorausgesetzt — durchaus berechtigt, diese Sätze der von ihm in diesem Satze gezogenen Kritik zu unterwerfen.“

Demgegenüber sei es gestattet, auf zwei Urteile unseres höchsten Gerichtshofes zu verweisen, welche ausführlich begründen, daß jede Kritik Halt zu machen habe vor dem Rechte des einzelnen auf Achtung seiner Person, und was von der Beleidigung gilt, gilt in noch höherem Maße von der Beschimpfung einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft und ihrer gesamten Anhänger. Es erscheint nicht überflüssig, die Begründung des Reichsgerichts zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Das Urteil vom 5. November 1886 (Entscheidung des Reichsgerichts, Bd. XV, S. 17) führt aus:

Das Recht der Presse, vermeintlich zu Tage getretene Uebelstände „rückhaltlos“, wie das Urteil betont, zu besprechen, ist nichts anderes, als das Recht jedes einzelnen, seine Meinung durch Worte, Schrift, Druck und bildliche Darstellung frei zu äußern, welche der Art. 27 der preuss. Verfassung jeden Preußen garantiert. Das aus diesem Rechte der freien Meinungsäußerung kein Recht zu Aeufserungen folgt, welche das Recht auf Achtung der Person verletzen, bedarf kaum weiterer Darlegung. Solches Recht ist weder dem einzelnen, noch der Presse gegeben, vielmehr richten sich gerade dagegen

die Strafvorschriften des Strafgesetzbuches wie des Pressgesetzes. Am allerwenigsten folgt aus jenem Rechte der freien Meinungsäußerung ein Recht auf Behaupten oder Verbreiten erweislich nicht wahrer ehrenrühriger Thatsachen. Die Presse hat so wenig wie der einzelne ein Recht, vermeintlich zu Tage getretene Uebelstände rückhaltlos zu besprechen, in dem Sinne, daß sie zum Zwecke solcher Besprechung, vermeintliche, d. h. in Wahrheit nicht bestehende Uebelstände behaupten und dabei durch Behaupten oder Verbreiten unwahrer Thatsachen die Ehre des einzelnen kränken kann. Solches Recht folgt weder aus ihrem Rechte zur freien Meinungsäußerung, noch aus dem von der Strafkammer angenommenen Rechte der Wahrnehmung allgemeiner, sittlicher, öffentlich-rechtlicher oder ähnlicher Interessen. Es kann dahin gestellt bleiben, wie weit das Recht des einzelnen und der Presse geht, wahre Thatsachen, aus denen ein Uebelstand sich ergibt, im Interesse aller öffentlich bekannt zu machen und zur Besprechung zu bringen, auch wenn dadurch die Ehre einer Person berührt wird. Aber wenn sie unwahre Thatsachen, aus denen ein vermeintlicher in Wahrheit nicht bestehender Uebelstand zu folgern, öffentlich bekannt macht und bespricht, so thut sie dies ebenso, wie der einzelne, auf ihre Gefahr. Denn es besteht überhaupt kein, und am allerwenigsten ein objektiv berechtigtes, vom Rechte anerkanntes, allgemeines, sittliches oder öffentlich-rechtliches Interesse an der Aufdeckung und Besprechung nicht bestehender Uebelstände. Das Recht auf Achtung der Person steht höher als das Recht auf Besprechung solcher vermeintlichen Uebelstände. Der einzelne hat das Recht, Handlungen, die er für strafbar hält, oder von denen er im guten Glauben annimmt, daß sie strafbar begangen, der zur Verfolgung berufenen Behörde anzuzeigen; er handelt damit subjektiv berechtigt und in Wahrnehmung eines objektiv berechtigten Interesses, daß der einzelne wie die Gesamtheit daran hat, daß strafbare Handlungen nicht unverfolgt bleiben, auch wenn nur der Verdacht besteht, daß sie begangen. Die Bestimmungen der Strafprozessordnung §§ 152, 156, 201 erweisen, daß das Gesetz dies Interesse als ein solches objektiv berechtigtes anerkennt, neben welchem das Recht des einzelnen auf Achtung seiner Person zurücktritt. Darum bleibt nach § 193 St. G. B.^s straflos, wer der Behörde Thatsachen mitteilt, aus denen sich eine strafbare Handlung eines anderen ergibt, auch wenn sie nicht erweislich wahr, sobald er in gutem Glauben gehandelt; die Anzeige ist straflos, auch wenn der beleidigende Verdacht den Angezeigten zu Unrecht trifft. Dagegen besteht weder ein subjektives Recht, noch ein objektiv berechtigtes

Interesse, nicht erweislich wahre Thatsachen in Beziehung auf einen anderen öffentlich zu behaupten und zu verbreiten und sie zu besprechen. Das Recht rückhaltloser sachlicher Besprechung, von dem die Strafkammer ausgeht, ist eben in Wahrheit, wie bereits hervorgehoben, nichts als das Recht der Meinungsäußerung, welches das objektive Recht nicht über oder neben das Recht des einzelnen auf Achtung seiner Person stellt, sondern durch seine Strafvorschriften geradezu durch dieses letztere Recht beschränkt. Dieses Recht der freien Meinungsäußerung besteht nur unter der Voraussetzung der Beachtung der allgemeinen Strafgesetze. Und darin steht die Presse nicht anders, als jeder einzelne; sie handelt wie der einzelne bei ihren Meinungsäußerungen auf ihre eigene Gefahr. Anzuerkennen ist, daß der § 193 platzgreifen könnte, wenn die Umstände so liegen, daß die Anrufung der zuständigen Behörde nutzlos erscheint oder in gutem Glauben für nutzlos, die öffentliche Besprechung als der einzige geeignete Weg erachtet wird, Uebelstände zur allgemeinen Kenntniss zu bringen und dadurch ihre Abhülfe herbeizuführen. Aber davon ist vorliegend nichts festgestellt und offensichtlich nicht die Rede.

Von diesen Grundsätzen ist der Senat im wesentlichen bereits in seinem, in den Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 5 S. 239 veröffentlichten Urteile ausgegangen, in welchem er das Recht der Presse verneint hat, vermeintliche Uebelstände öffentlich zu rügen.

In gleicher Weise spricht sich das jüngst ergangene Urteil vom 9. Januar 1893 (Entscheidung des Reichsgerichts B. 23 S. 422) aus; daß derjenige, welcher seine Kritik nur in die Form der Beschimpfung zu kleiden in der Lage ist, nicht den Schutz des § 193 in Anspruch nehmen kann, ist unstreitig (Stenglein, Zeitschrift für Gerichtspraxis und Rechtswissenschaft. N. F. B. VII S. 59. Olshausen, Kommentar zu § 166 No. 15).

Allein das nur nebenbei. Das Gericht hält deshalb die bona fides des Angeklagten für erwiesen, weil dieser die objektiv als beschimpfend festgestellten Äußerungen dem Antisemiten-Katechismus von Fritzsche entnommen habe, nachdem der Antisemiten-Katechismus beim Leipziger Landgericht einen gewissen strafrechtlichen Läuterungs-

prozeß durchgemacht, ohne daß jene Stellen beanstandet worden seien.

Der Angeklagte habe daher wohl annehmen können, daß die von ihm mitgeteilten Sätze aus dem Talmud auch wirklich in diesem stehen, und daß sie einen Teil des heutigen israelitischen Glaubensbekenntnisses bildeten.

Welch ein Trugschluß! Das Leipziger Landgericht hatte sich doch nur mit der Frage zu befassen, ob in jenen Stellen ein Vergehen aus § 166 St. G. B.^s zu finden sei. Ganz unabhängig von dieser Frage und vom Leipziger Gericht gar nicht zur Entscheidung gestellt war die Frage, ob jene Stellen im Talmud enthalten seien oder nicht. Aus der Nichtbeanstandung jener Stelle, war also nur der Schluß zu ziehen, daß das Leipziger Landgericht in ihr eine Beschimpfung nicht erblickt, keineswegs konnte aber der Angeklagte „ganz wohl“ annehmen, daß die mitgeteilten Sätze auch im Talmud enthalten sind. Daraus folgt, daß der Angeklagte — und das würde bei der Strafabmessung mildernd ins Gewicht gefallen sein — in dem guten Glauben war, er würde ebensowenig wie Fritsch bestraft werden können. Allein nimmermehr folgt daraus, daß ihm das Bewußtsein gefehlt hat, es enthalte eine grobe Beschimpfung einer Religionsgesellschaft, wenn man sie eine festgeschlossene, gemeingefährliche Verschwörer-gesellschaft, eine Sekte mit unehrlichen und staatsfeindlichen Grundsätzen nenne, wenn man ihr vorwerfe, daß sie von Religionswegen Wucher, Unterschlagung, Betrug, ja Mord etc. anbefehle.

Wußte der Angeklagte aber, daß derartige Aeufserungen beschimpfender Natur seien — und als ein der deutschen Sprache mächtiger Mann hat er es gewußt — so ist sein Irrtum darüber, daß man derartiges straffrei

behaupten dürfe, ein strafrechtlicher, also für die Beurteilung der Schuldfrage unerheblicher Irrtum (§ 59 St. G. B.^s, Urteil des Reichsgerichts vom 30. Juni 1882, Entscheidungen B. VI S. 408).¹⁾ Und wie wenig der Angeklagte selbst auf das Leipziger Landgericht gebaut hat, geht aus seiner eigenen Angabe hervor, daß er die unbeanstandet gelassenen Stellen des Katechismus wesentlich abgemildert habe — leider nicht genug, um ihnen den Charakter der Beschimpfung zu nehmen.

Sehr treffend führt den hier vertretenen Standpunkt ein landgerichtliches Urteil aus, welches den Einwand eines aus § 130 St. G. B.^s (Anreizung zum Klassenkampf) angeklagten polnischen Tischlers, er habe durch die Verbreitung des incr. Liedes sich nicht strafbar zu machen geglaubt, da dasselbe Lied in allen öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen Berlins unbeanstandet von der die Versammlung überwachenden Polizei gesungen werde, damit widerlegt:

„Wenn es richtig sein sollte, daß die Polizei in Berlin das Singen dieses Liedes in öffentlichen Versammlungen geduldet hat, obgleich ihr der Inhalt bekannt war, so würde dieser Umstand nicht ausschließen, daß Angeklagter bei Verbreitung des Liedes doch den festgestellten, zum Thatbestand des § 130 R. G. B.^s erforderlichen Dolus gehabt hat. Nur soviel könnte dem Angeklagten eingeräumt werden, daß er vielleicht dadurch in den Glauben versetzt worden ist, daß sein Thun kein strafbares ist. Dies ist jedoch für die Schuldfrage unerheblich.“

Dieser Standpunkt entspricht einzig dem Standpunkt des geltenden Rechts und ist auch in der Rechtsprechung des Reichsgerichts stets durchgeführt.

¹⁾ cf. außerdem U. v. 19. Februar 1885 (Entscheidungen B. XII S. 275), U. v. 17. Januar 1887 (Entscheidungen B. XV S. 158).

§ 15.

Ergebnis.

Nach alledem scheint mir kein Anlaß für eine besondere Mutlosigkeit der Anklagebehörde vorzuliegen. Im Gegenteil! Gerade die Gründe des Darmstädter Urteils stellen ausdrücklich fest, daß in den Talmud-Auszügen in der That eine Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft enthalten ist.

Da die Gründe, welche bislang zur Ablehnung der Strafverfolgung und Freisprechung der Angeklagten geführt haben, auf rechtsirrtümlichen Grundlagen beruhen, so ist zu erhoffen, daß die angerufenen Oberlandesgerichte in dem zur Anzeige gebrachten Material genügenden Anhalt für die Erhebung der Anklage finden und gemäß § 173 St. P. O. die Erhebung der öffentlichen Klage beschließen.

§ 16.

Anhang.

Das Kolnidregebet.

Der Versöhnungstag ist der heiligste Festtag der jüdischen Religionsgesellschaft. Er bildet eine Einrichtung derselben. Am Vorabend desselben wird das sog. Kolnidregebet vorgetragen. Der Vortrag desselben bildet somit einen Gebrauch der jüdischen Religionsgesellschaft.¹⁾ Das Gebet ist den Juden ein besonders heiliges, und jede

¹⁾ Dies ist nach der Praxis des Reichsgerichts nicht zu bestreiten. Denn weder die Einrichtung des Versöhnungsfestes, noch der Gebrauch des Kolnidregebets ist derart, daß sie eine im Verhältnis zur Gesamtheit völlig vereinzelter Erscheinung der jüdischen Religionsgesellschaft darstellte. (U. v. 3. Dezember 1881, Entscheidungen Bd. V, S. 188). Durch § 166 ist die Sonntagsheiligung (U. v. 9. November 1886, Rechtsprechung, Bd. VIII, S. 692) geschützt.

Beschimpfung desselben verletzt sie in ihrem religiösen Empfinden.

Dieses Gebet hat in richtiger, von maßgebenden christlichen Autoritäten, wie Prof. Delitzsch und Prof. Strack, anerkannten Uebersetzung folgenden Wortlaut:

„Alle Gelöbnisse, Verzichtleistungen, Bannformeln der Versagungen, Büßungen oder als solche geltende Ausdrücke, durch die wir uns etwas geloben, bekräftigen und verpflichten, oder uns versagen, von diesem bis zum nächsten, zum guten uns eingehenden Versöhnungstage, bereuen wir hierdurch, daß sie alle aufgelöst, erlassen und vergeben seien, null und nichtig, ohne Geltung und Bestand. Unsere Gelöbnisse sind keine Gelöbnisse, unsere Versagungen sind keine Versagungen und unsere Schwüre sind keine Schwüre.“

Dieses Gebet haben die Antisemiten zur Grundlage einer wüsten Agitation gemacht, indem sie in ihrer Uebersetzung des Gebets die Worte „wir uns etwas“ auslassen. Dadurch gewinnt das Gebet die Bedeutung, als ob es die Juden von Eiden, die diese vor der Behörde geschworen haben, entbindet.

Um nun den Deutschen die Gefährlichkeit einer solchen Moral vor Augen zu führen, verbreiten sie Flugblätter, deren Anfang so lautet:

„Der Wert des jüdischen Eides.

„Trau keinem Fuchs auf grüner Haid,
Noch einem Jud' auf seinen Eid.“

(Dr. Mart. Luther.)

Durch dieses Blatt soll das deutsche Volk über eines der wichtigsten Gebete der Juden aufgeklärt werden. Aus demselben ergiebt sich selbst für denjenigen, der den Juden freundlich gesinnt gegenübersteht, die innere Notwendigkeit, nun endlich bei sich Einkehr zu halten und nachzudenken über den unheilvollen Einfluß, den das jüdische Volk auf Grund seiner Gesetze und Gebote auf das Germanentum auszuüben im stande ist. Am Versöhnungsfeste, Jonkipur genannt, das als heiligstes Fest selbst von den weniger gläubigen Juden in der ganzen Welt nach unserer Zeitrechnung für dieses Jahr am 1. Oktober gefeiert wurde, beten die Juden folgendes Gebet, genannt Kolnidre, das in allen jüdischen Gebetbüchern der Welt in

hebräischer Sprache zu finden ist. Dieses den Juden heiligste Gebet leitet die Feier des Versöhnungsfestes ein.“

Nach Abdruck des Gebets heißt es:

„Ein Volk, das nicht allein die Schwüre, die es geleistet hat, sondern auch diejenigen, die es in dem Zeitraum von einem Versöhnungstage zum andern leisten wird, für nicht bindend erklärt, kann wohl gemeingefährlicher und verderbter kaum gedacht werden. Wir ersehen daraus, mit was für einem Volke wir Deutsche zu thun haben.

Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn die Juden mit solchen ihnen nach ihren Gesetzen erlaubten Mitteln den Sieg über das Germanentum erringen werden.“

Nun sollte man meinen, daß die deutsche Reichsregierung mit Blindheit geschlagen sein müßte, wenn sie eine solche Religionsgesellschaft staatlich anerkennt, den Vortrag des Gebetes weiter duldet. Man sollte weiter meinen, daß die Anklagebehörde eine nicht zu erklärende Unterlassungssünde begehen würde, wenn sie nicht gegen die Gemeindevorsteher, die Rabbiner und Vorbeter wegen Anstiftung, Verleitung zum Meineid einschreitet.

Wenn das alles nicht geschieht, so muß jeder normal angelegte Mensch sich sagen, daß dann die Uebersetzung und die Auffassung der Antisemiten eine falsche ist. Und vor allem müssen sich das die Antisemiten selbst sagen, welchen die richtige Erklärung der Stelle durch christliche¹⁾ und jüdische Autoritäten bekannt ist. Schon Eisenmenger, einer der grimmigsten Judenfeinde erklärt:

„Berichtetermaßen können die Juden weder durch die gebräuchliche Entbindung der Eidschwüre durch Kolnidre, noch sonst von einem vornehmen Rabbiner oder drei schlichten Männern vom Eid, den sie einem Christen oder der christlichen Obrigkeit thun, nach ihrer angezogenen Lehre losgesprochen werden (Entdecktes Judentum, T. II, S. 501).

Wenn dennoch das Flugblatt fort und fort verbreitet

¹⁾ Delitzsch, Rohlings Talmudjude S. 52, 7. Aufl.; ferner Strack u. a.

wird, so dürfte das der Anklagebehörde klar sein, daß von einer zu achtenden Uebersetzung seitens der Antisemiten nicht mehr die Rede sein kann. Es kann ihnen auch nicht mehr imputiert werden, was schon das Motto ausschließen sollte, sie verbreiten die Uebersetzung nur zur Belehrung des Volkes. Denn mit falschen Lehren kann man nicht aufklären wollen.

Wenn die Anklagebehörde einen Sachverständigen über das Kolnidregebet gehört hätte, so würde er ihr z. B. gesagt haben, daß nach dem Vortrage des Gebets durch den Vorbeter die Gemeinde antwortet:

„Und es sei verziehen der ganzen Gemeinde der Kinder Israel und dem Fremdlinge, der da weilt in ihrer Mitte.“

Wie thöricht wären doch die Juden, wenn sie auch den Fremdlingen gestatteten, sich von den Eiden zu dispensieren, die sie den Juden geleistet! Aus dieser Erwiderung folgt aber auch, daß die Verbreiter des Flugblattes dolos handeln, wenn sie dieses für das Verständnis des Gebets wichtige Moment unterschlagen.

Wenn die Anklagebehörde meint, es könne den Verbreitern des Flugblattes nicht nachgewiesen werden, daß sie den Text des Gebets absichtlich entstellt haben, so ist dies thatsächlich unrichtig, rechtlich unerheblich. Es genügt, daß sie Wissenschaft davon haben, daß ihre Uebersetzung von hervorragenden Autoritäten als falsch widerlegt ist. Wenn sie dieselbe dennoch weiter verbreiten, so thun sie es auf die Gefahr hin, daß sie eine gefälschte Stelle verbreiten. Man könnte auch nicht an diesem Ergebnis zweifeln, wenn es sich um Meinungsverschiedenheiten hervorragender Gelehrten handelte. Aber wie ist es thatsächlich? Die den Antisemiten gelieferte Uebersetzung ist bestellte Arbeit. Die Antisemiten selbst ver

stehen kein Hebräisch. Auf der anderen Seite stehen an erkannt hervorragende Kenner des hebräischen Schrifttums. Wir glauben, bei einer solchen Konstellation kann man nicht immer wieder zu Gunsten der Angeschuldigten annehmen: sie sind doch davon überzeugt.

Als ein antisemitischer Volksredner es als seine feste Ueberzeugung aussprach, daß die Juden im Mittelalter wirklich die Brunnen vergiftet hätten, da zeigte der frenetische Beifall, daß diese Ueberzeugung bei den Hörern ebenso unerschütterlich war.

Was soll man mit solchen Ueberzeugungen strafrechtlich anfangen? Ueberall zeigt sich, wie verkehrt es ist, wenn die Anklagebehörde, ohne Sachverständige zu hören, selbständig über alle derartige Fragen entscheidet. Andernfalls würde sie eine andere Anschauung über die Tendenz der Flugblätter erhalten. Dieselben bezwecken Verhetzung des Volkes durch das Mittel der Beschimpfung einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft. Wenn die Anklagebehörde demgegenüber immer noch an dem Glauben festhält, daß diese Flugblätter eigentlich nur erbauliche Belehrungsschriften darstellen, so ist das ein klassisches Zeugnis für die Vornehmheit der Gesinnung dieser Behörde, welche es gar nicht fassen kann, daß mit derartigen Agitationsmitteln gekämpft wird.

Steht fest, daß das fragliche Gebet den Eid eines Juden, welchen er vor einer Behörde leistet, gar nicht berührt, so ist es eine lästerliche Frivolität zu behaupten, daß dieses Gebet den Meineid gestattet, ja begünstigt. Und die Verbreiter des Flugblatts behaupten das von einem Gebet, welches den Juden — wie sie selbst sagen — das heiligste ist. Hierin liegt Beschimpfung des Kolnidregebets als eines Gebrauches der jüdischen Religionsgesell-

schaft, weiterhin der Einrichtung des gesamten Versöhnungsfestes, dessen Einleitung der Vortrag des Kolnidreliedes bildet, und schliesslich indirekt der gesamten Anhänger des Judentums liegt, welche als gewerbsmässige Meineidige von Religionswegen gebrandmarkt werden. Es kommt dann gar nicht mehr auf die Wendung an, ein Volk kann gemeingefährlicher und verderbter kaum gedacht werden. Diese auf eine Religionsgesellschaft als solche angewendeten Attribute sind zweifellos beschimpfend, allein vor allem ist in seiner Gesamtheit beschimpfend der Vorwurf, dass das den Juden heiligste Gebet Meineid sanktioniere. Wenn das nachweislich entstellte Gebet, auch ohne die Einleitung und die Schlusssätze des Flugblatts derart wie oben geschildert, in allen Strassen und öffentlich verbreitet und ausgerufen wird, so liegt in dem Gesamtverhalten der Verbreiter des Flugblatts eine grobe Bekundung der Verachtung und Herabwürdigung des jüdischen Versöhnungsfestes und des Kolnidregebets, als eines Gebrauches der jüdischen Religionsgesellschaft. Das Reichsgericht würde nach allen seinen Entscheidungen nicht den mindesten Zweifel haben, das Merkmal der Beschimpfung festzustellen.

Im U. v. 8. November 1883 (Entscheidungen B. IX S. 159) hatte der Angeklagte in der katholischen Kirche in Anwesenheit mehrerer Konfirmanden und erwachsenen Gemeindemitglieder mit Beziehung auf die lutherische Kirche unter Lachen geäußert: „Bei den Protestanten kann jeder Bauer und jede alte Frau predigen“. Das Reichsgericht führte aus:

„Die zum Gelächter provozierende Form, in welcher der Angeklagte das lutherische Predigtamt mit Bauern und alten Weibern in Beziehung gebracht hat, kennzeichnete sich äusserlich als eine so grobe Bekundung der Verachtung, dass darin ohne Rechtsirrtum das Merkmal der Beschimpfung thatsächlich erkannt werden kann.“

Und hier wird auf allen Gassen und Kneipen das Kolnidregebet samt dem Versöhnungstag der breiten Masse des Volkes als eine Einrichtung hingestellt, in welchem die Juden gewissermaßen sich Mut trinken für die Begehung eines mit Zuchthaus bedrohten Verbrechens.

Kürzlich erfolgte die Anklage wegen Beschimpfung der evangelischen Kirche gegen einen Redakteur, welcher der Mitteilung über die Gründung neuer Kirchspiele die Bemerkung hinzufügte:

„Da werden die Meineide blühen, denn es ist eine bekannte Thatsache, daß die moralische Verkommenheit der Völker mit der Vermehrung der Pfaffen gleichen Schritt hält.“

Hier werden lediglich die Geistlichen als Verursacher der Meineide beschimpft, um wie viel mehr muß eine Beschimpfung da angenommen werden, wo der gesamten Religionsgesellschaft vorgeworfen wird, sie befolge von Religionswegen Gesetze, die den Meineid gebieten! Irrig ist die Ansicht, daß § 166 St. G. B.^s nicht platzgreifen könne, weil die Beschuldigten sich gegen die Juden als Volk wenden. Selbst wenn die Beschuldigten die Bekämpfung der Juden als Volk beabsichtigt hätten, so folgt doch daraus noch nicht, daß sie im Verfolg dieser Absicht keine Beschimpfung einer Religionsgesellschaft, ihrer Einrichtungen oder Gebräuche begehen können. Derartige Fälle giebt es in der Praxis zu hunderten. Nehmen wir einmal an, die Sozialdemokraten würden zwecks Beschimpfung des Christentums ausgewählte Stellen angeblich aus der heiligen Schrift in gleicher Weise verbreiten, und am Schlusse hinzufügen: So kämpfet denn, Proletarier, gegen dieses Kapitalisten-

volk! Würde dieser Zusatz im stande sein, die vorliegende Beschimpfung von Religionsgesellschaften aufzuheben?

Ich erinnere nur an die wiederholte Verfolgung des Flugblatts „Neues deutsches Reichs-Glaubensbekenntnis“, welches schon durch seinen Anfang: „Ich glaube an den Grafen Caprivi“ seinen politischen Inhalt zu erkennen giebt. Nichtsdestoweniger ist es sehr wohl möglich, auch wenn die Verfasser lediglich politische Zwecke verfolgt haben, eine Beschimpfung der christlichen Kirchen zu konstruiren. Dasselbe sollte aber auch bei Beurteilung der antisemitischen Angriffe beachtet werden.

Im übrigen braucht wohl nur darauf hingewiesen zu werden, daß es ein jüdisches Volk nicht giebt. In Deutschland giebt es nur Deutsche evangelischen, katholischen, jüdischen etc. Bekenntnisses. Es kann dem Verfassungsleben nicht förderlich sein, wenn die Anklagebehörde die Auffassung der Antisemiten, die Deutschen jüdischen Bekenntnisses seien als fremdes Volk anzusehen, als entscheidend für die Schuldfrage erachtet.

Noch weniger verständlich ist es, dem Schulchan-Aruch die Rolle eines nationalen Zivilkodex zu vindizieren. Wenn man sich auch auf den Standpunkt derer stellen wollte, welche von dem Köhlerglauben, die Juden befolgten Geheimgesetze, nicht ablassen können, so steht doch fest, daß selbst nach dem Talmud das Staatsgesetz über alles geht. Wer den Juden also imputiert, sie richteten ihr Handeln nach den Grundsätzen des Talmud ein, der muß doch logischerweise alle jene Bestimmungen, die angeblich Mord, Betrug, Meineid etc. gestatten, durch das Staatsgesetz als aufgehoben ansehen.

Gänzlich unverständlich ist es aber, wenn die Anklagebehörde durchblicken läßt, daß im Grunde den Juden

nicht mit Unrecht der Vorwurf gemacht werde, daß sie straflos Meineide begehen könnten. In einem Bescheide heißt es:

„Es läßt sich nun nicht von der Hand weisen, daß der Wortlaut dieser Stelle ein nicht unbedenklicher ist und die Gefahr in sich birgt, daß ihre Auslegung seitens der Bekenner des Judentums nicht immer in Uebereinstimmung mit dem modernen Sittengesetze geschieht oder doch geschehen kann.“

Wir wissen nicht, worauf die Anklagebehörde ihr Urteil über die Auslegung der Stelle stützt. Es ist dies auch im Prinzip gleichgültig, denn selbst, wenn es wahr wäre — wovon weder die Anklagebehörde noch sonst jemand einen Schatten des Beweises erbracht hat —, daß irgend ein Bekenner des Judentums geglaubt habe oder noch glaube, straflos von Religionswegen Meineide leisten zu können, so folgt doch daraus nicht, daß die Religionsgesellschaft als solche, die Gesamtheit ihrer Anhänger auf einem solchen Standpunkt steht. Und darauf kommt es doch entscheidend an.

Wenn ein Katholik in mißverständlicher Auslegung einer Schriftstelle glaubt, den Reichen straflos Leder stehlen zu dürfen, um den Armen Schuhe daraus zu machen, so würde das doch niemand berechtigen, die Katholiken als Diebesgesellschaft von Religionswegen zu brandmarken.

Die oben wiedergegebene Erwägung der Anklagebehörde ist nicht nur thatsächlich unhaltbar, sondern ist rechtlich nicht zur Sache gehörend und führt zu Konsequenzen, welche die Anklagebehörde gar nicht gewollt haben kann. Eine jede Religionsgesellschaft hat ein dringendes Interesse, gegen jede laienhafte Interpretation ihrer religionsgesetzlichen Quellen sich zu verwahren, und gerade vorliegend war umsoweniger Anlaß zu jener Erwägung, als durch gerichtliche Sachverständige die Fabel längst

widerlegt ist, daß das Judentum seinen Bekennern gestattet, straflos Meineide zu begehen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ No. 255/94 hat kürzlich den Richtern den Rat erteilt, bei Beleidigungsklagen sich möglichst an die Stelle des Beleidigten zu versetzen. Dann würden sie den richtigen Maßstab für die Beurteilung finden. Vielleicht wird diesem Rat seitens der Anklagebehörde einige Beachtung geschenkt. Sie würde dann finden, daß mit Recht das als „beschimpfend“ charakterisiert wird, was bisher nur als „herber Tadel“ befunden wurde. Freilich bietet dieses Sichhineinversetzen nicht geringe Schwierigkeiten für denjenigen, welcher von Jugend an daran gewöhnt ist, die Juden und das Judentum überhaupt als Gefahr des deutschen Volkslebens zu betrachten.

Da kann nur an die goldenen Worte erinnert werden, welche sich in dem Erkenntnisse des Kammergerichts (betreffend die Untersuchung wider Johann Jacoby) vorfinden: „ . . . Vorwurf richterlicher Entscheidung kann daher auch nur die Form und die Absicht werden, und je schwieriger es ist, den Inhalt hierbei zu sondern, um so strenger wird für den Richter die Verpflichtung sein, sich selbst zu überwachen, damit die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seines Urteils vor dem Einfluß eigener Ueberzeugung gewahrt werde.“

Doppelt goldene Worte in heutiger Zeit, in welcher ein Hervortreten der Individualität sich bemerkbar macht, und in welcher die Neigung nicht immer erfolgreich unterdrückt wird, der politischen Richtung des Angeklagten für die Frage der Schuld Gewicht beizulegen.

Dritter Abschnitt.

Die Beleidigung.

§ 17.

Insbesondere die Beleidigung einer Mehrheit einzelner Personen unter einer Kollektivbezeichnung.

Wie der einzelne beleidigte Jude im Wege der Privatklage sich Recht erhole, steht nicht in Frage. Vielmehr bleibt hier in erster Reihe zu erörtern, ob in jenen gegen „die Juden“, „alle Juden“, „das gesamte Judentum“ gerichteten beleidigenden Wendungen eine strafrechtlich zu verfolgende Beleidigung zu erblicken ist. Die Anklagebehörde pflegt dies mit Beziehung auf das am 6. Oktober 1881 ergangene Urteil des Reichsgerichts (Rechtsprechung, Bd. III, S. 606) zu verneinen und diesbezügliche Strafanträge a limine abzuweisen.

Indes ist diese Praxis durch das gedachte Urteil nicht gerechtfertigt und durch die übrige konstante Praxis des Reichsgerichts reprobiert. Dem Urteil lag folgender Thatbestand zu Grunde:

Der Angeklagte hatte in einem Zeitungsartikel beleidigende Behauptungen gegen die Juden im allgemeinen vorgebracht. Mehrere Juden stellten Strafantrag wegen Beleidigung. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten, indem sie thatsächlich feststellte, daß einzelne Juden sich durch den Angeklagten für beleidigt halten könnten, also auch die Antragsteller, weil sie Juden seien.

Das Reichsgericht hat das Urteil aufgehoben. Es führt aus:

Die Injurie muß sich gegen eine bestimmte Person richten. Bei Injurien aber, welche sich gegen eine kollektive Einheit richten, ist es durchaus nicht nötig, daß der Injuriant bestimmte Personen beleidigen will; er wird vielmehr gewöhnlich die unbestimmte Mehrheit der einzelnen Glieder im Auge haben. Aus diesem Grunde muß bei Injurien gegen kollektive Einheiten dem Injurianten nachgewiesen werden, daß er bestimmte Personen, und welche bestimmte Personen er habe beleidigen wollen. Nicht aber darf seine Bestrafung auf die Schlußfolgerung gestützt werden, seine beleidigenden Aeufserungen richteten sich gegen die Juden im allgemeinen, die Antragsteller seien Juden und mithin beleidigt worden.

War aber hiernach vorliegend die Feststellung, daß der Angeklagte gerade die Ankläger habe beleidigen wollen, unerläßliche Voraussetzung für dessen Bestrafung, so mußte in deren Ermangelung Aufhebung des Urteils erfolgen.

Nach diesem Urteil liegt der springende Punkt keineswegs in der Formulierung des Rechtssatzes, daß durch eine gegen die Juden gerichtete beleidigende Aeufserung eine strafrechtlich zu verfolgende Beleidigung nie verübt werden könne. Vielmehr ist Aufhebung erfolgt, weil im vorliegenden Fall ein Nachweis dafür fehlte, daß der Angeklagte gerade die Antragsteller habe treffen wollen. Daraus folgt, wie fehlerhaft das Verfahren der Anklagebehörde ist, welche in solchen Fällen a limine abweist. Sie ist vielmehr zum mindesten verpflichtet, durch Vernehmung des Beschuldigten und der Antragsteller Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, ob nicht vorliegend in der That die vom Reichsgericht in dem citierten Urteil erforderte Beziehung vorliegt.

Allein die Begründung des gesamten reichsgerichtlichen Urteils unterliegt schweren Bedenken. Wie wenig sicher die Auffassung des Reichsgerichts in dieser grundsätzlichen Frage war, beweist ein Urteil desselben (I.) Straf-

senats vom 29. Januar 1880 (Rechtsprechung Bd. I, S. 292). Der preussische Justizminister hatte gegen den Angeklagten wegen Beleidigung des preussischen Richterstandes Strafantrag gestellt, weil in einem Zeitungsartikel bemerkt war: „Eine allgemeine Ministerialverfügung, in der etwas anempfohlen wird, gilt dem charakterlosen Streber, von welcher Sorte das Richtertum Preussens eine Legion zählt, wie ein Evangelium.“ Das Landgericht verurteilte, indem es feststellte, jeder einzelne preussische Richter sei beleidigt und der Justizminister auch berechtigt, wegen der dem Richterstand zugefügten Beleidigung Strafantrag zu stellen. Das Reichsgericht hat das Urteil bestätigt mit folgender Begründung:

„Die Feststellung des Landgerichts: der Angeklagte habe jeden preussischen Richter beleidigt, kann, soweit sie thatsächlicher Natur ist, mit der Revision nicht angegriffen werden.

Eine rechtsirrtümliche Auffassung ist nicht ersichtlich. Es konnte insbesondere ohne Rechtsirrtum in einer beleidigenden Kundgebung gegenüber einer gewissen Kategorie von Beamten, dem preussischen Richterstand, eine Beleidigung der einzelnen diesem Stande angehörigen Richter gefunden werden. Diese Auffassung wird rechtlich auch dadurch nicht ausgeschlossen, daß in jener Kundgebung ihrer äußeren Form nach nur ein jedoch nicht abgegrenzter und erkennbar gemachter Teil der Gesamtheit angegriffen wird, da eben wegen der Unbestimmtheit des Angriffs die Beziehung der Beleidigung auf alle Mitglieder angenommen werden konnte.“

Welch tiefgreifende Unterschiede in diesen zwei Entscheidungen desselben Senats!

Dort wird die thatsächliche Feststellung des landgerichtlichen Urteils, daß durch die Artikel jeder einzelne Jude sich für beleidigt halten könne, durch die Erwägung widerlegt, es sei bei derartigen Beleidigungen durchaus nötig, daß der Injuriant bestimmte Personen habe beleidigen wollen; hier heißt es: die Feststellung des Landgerichts, der Angeklagte habe jeden preussischen Richter

beleidigen wollen, kann, soweit sie thatsächlicher Natur ist, nicht angegriffen werden.

Dort wird aus der Beziehung auf die Juden im allgemeinen gefolgert, daß der Thäter gewöhnlich die unbestimmte Mehrheit der einzelnen Glieder im Auge habe, hier wird gerade infolge der Unbestimmtheit des Angriffs die Beziehung der Beleidigung auf alle Mitglieder des preussischen Richterstandes angenommen!

Und schliesslich wird in dem ersten Urteil eine auf einen bestimmten Zweck gerichtete Absicht des Beleidigers gefordert, während in der sonstigen reichsgerichtlichen Judikatur gar kein Zweifel darüber herrscht, daß die Vorsätzlichkeit der ehrenkränkenden Kundgebung, verbunden mit dem Bewußtsein, daß dieselbe rechtswidrig und geeignet sei, die Ehre eines anderen zu verletzen, zur Erfüllung des subjektiven Thatbestandes genügt. (Urteil vom 5. Dezember 1879, Rechtsprechung, Bd. I, S. 115. Urteil vom 16. Dezember 1881, Entscheid., Bd. V, S. 239.)

Vor allem verkennt aber das reichsgerichtliche Urteil vom 6. Oktober 1881, daß es sich nicht um die Beleidigung einer kollektiven Personeneinheit handelte, sondern um die Beleidigung einer Mehrheit einzelner Personen unter einer Kollektivbezeichnung.

Sonach hat die stete Berufung der Anklagebehörde auf das Urteil vom 6. Oktober 1881 nur geringen Wert und rechtfertigt jedenfalls nie die Ablehnung der Strafverfolgung. Denn diesem Urteil stehen andere Urteile des Reichsgerichts mit widersprechenden Ansichten gegenüber und die Anklagebehörde hat in diesem Falle die Pflicht, die streitige Frage vor das Forum der Gerichte zu bringen.

Ebenso verfehlt ist der weitere immer wiederkehrende Ablehnungsgrund, der Umfang der beleidigten Gesamtheit

sei zu groß. Wir verweisen demgegenüber auf das unten abgedruckte Urteil des Obertribunals, welches eine Beleidigung des deutschen Heeres für möglich erklärt hat.

Auch das Reichsgericht hat sich dagegen erklärt, daß aus dem weiten Umfange der bezeichneten Personenmehrheit ohne weiteres auf das Nichtvorliegen einer strafrechtlich zu ahndenden Beleidigung geschlossen werden könne. Ebenso wenig ist es nötig, daß der Thäter an einzelne unter die Gesamtbezeichnung fallende Personen speziell gedacht hat, wenn eben nur die Kollektivbezeichnung gewählt ist, um sämtliche von derselben umfasste Personen zu treffen.

Damit verliert auch der Einwand seine Bedeutung, welchen man ebenfalls in den staatsanwaltlichen Bescheiden stets wiederfindet: Ehre komme nur einer Persönlichkeit zu, bei Beleidigung aller Juden liege eine solche nicht vor. Als ob es qualitativ ein Unterschied wäre, ob der Kreis der Beleidigten aus 10 oder 10 000 Personen besteht.

Nun wird zwar in der Theorie von Hälschner (Gem. deutsch. Strafrecht Bd. II, S. 167) der Standpunkt vertreten, daß, wenn der Thäter seiner Aeußerung nur durchschnittliche Geltung beilege, die Absicht, die Aeußerung auf alle einzelnen zu beziehen ausgeschlossen sei. Allein darauf kommt es doch nicht an, welche Geltung der Thäter seiner Aeußerung beilegt, sondern welches Aussehen diese Aeußerung objektiv hat; H. Meyer (Lehrbuch S. 596) sieht die Beleidigung für ausgeschlossen an, wenn nach der Größe der Gesamtheit und den vorliegenden Umständen Ausnahmen von der betreffenden Behauptung als selbstverständlich erscheinen, ohne daß ersichtlich der Betreffende selbst gemeint war. Allein damit wird zu Gunsten des Beschuldigten eine Vermutung aufgestellt, welche gesetzlich durch

nichts begründet ist. Meyer verläßt damit den Standpunkt, daß der Thäter lediglich nach dem beurteilt werden solle, was er gethan hat. Die Anklagebehörde, welche mit den eben vorgeführten Ansichten die Ablehnung der Strafverfolgung begründet, übersieht aber, daß auch Meyer vorliegend eine Beleidigung annimmt, wenn im Falle der Wahrheit des betreffenden Vorwurfs die Zugehörigkeit zu der bezüglichen Gemeinschaft dem Betreffenden zum sittlichen Vorwurf gereichen würde (Lehrbuch S. 596).

Ganz unbegründet ist aber die Ablehnung der Strafverfolgung, wo der Beschuldigte ganz ausdrücklich „alle Juden“, „die gesamten Juden ohne Ausnahme“, mit beleidigenden Wendungen belegt. Daß bei einer solchen Fassung jeder Jude sich beleidigt fühlen muß oder kann, ist dem Beschuldigten bewußt und es ist nicht ersichtlich, wie man nun zu seinen Gunsten annehmen kann: trotzdem er alle Juden ohne Ausnahme beleidigt hat, ist doch nicht erwiesen, daß er gerade die Antragsteller beleidigt habe, auch wenn sie Juden sind. Das Reichsgericht nimmt dem gegenüber an — und dies erscheint als das Natürlichere — daß eine Beleidigung nur dann ausgeschlossen ist, wenn der Thäter die betreffenden Antragsteller habe ausnehmen wollen und die Ueberzeugung gehabt habe, daß die Zuhörer und Leser die Kundgebungen auf sie nicht beziehen würden.

Diese Grundsätze sind in konstanter Rechtsprechung niedergelegt in den Urteilen vom 25. Oktober 1880 (Entscheidungen Bd. III, S. 12 und Rechtsprechung Bd. II, S. 388), v. 7. Januar 1881 (Entscheidungen Bd. III, S. 246), U. v. 8. November 1882 (Entscheidungen Bd. VII, S. 169), U. v. 3. Juli 1883 (Entscheidungen Bd. IX, S. 1) und U. v. 26. Oktober 1888 (Entscheidungen Bd. XVIII, S. 169).

Das letztgedachte Urteil sagt zusammenfassend: Wird gegen eine Mehrheit von Personen, welche unter einer Gesamtbezeichnung zusammengefaßt werden, eine Beleidigung gerichtet, so kommt es nach der Rechtsprechung des Reichsgerichtes nicht darauf an, daß der Thäter an die einzelnen unter die Gesamtbezeichnung fallenden Personen „speziell gedacht“ hat. Vergl. Entsch. d. R. G.^s in Strafs. Bd. 3, S. 246; Bd. 7, S. 172; Bd. 9, S. 1.

Dabei ist jedoch vorausgesetzt und in den vorstehend angeführten Urteilen auch zum Ausdrucke gebracht, daß der Thäter gerade die Kollektivbezeichnung gewählt hat, um sämtliche von derselben umfaßten Personen zu treffen. In solchem Falle fehlt es selbstverständlich nicht an dem Bewußtsein der Möglichkeit der Beziehung auf den Getroffenen.

Diese Grundsätze finden vornehmlich bei antisemitischer Beleidigung Anwendung. Denn wer auf der einen Seite verkündet, daß der Jude aus Talmud geknetet und von Religionswegen jedwede Abscheulichkeiten begehen dürfe, kann nicht auf der anderen Seite anständige und ehrliche Juden anerkennen.

Von den Antisemiten wird auch offiziell wiederholt hervorgehoben, daß die Hinweise vieler auf die große Zahl anständiger Juden als Ausnahme die Regel nur bestätige. Auch könne man bei keinem Juden wissen, als welcher ein Betrüger er sich schließlich entpuppe (cf. Antisemiten-Katechismus und Talmud-Auszug). Im Talmud-Auszug z. B. heißt es: „Eine ebenso gedankenlose Phrase ist es, von sogenannten anständigen Juden zu reden, wartet's nur ab, der „Jude“ kommt auch gelegentlich bei diesen zum Vorschein“.

Es ist erklärlich, daß man gerichtlicherseits sich schwer

in diese antisemitische Denkungsart versetzen kann, allein, da sie einmal besteht, muß der Thäter auch danach beurteilt werden. Nicht die durch die Bezugnahme auf die Juden, „alle Juden“, „das gesamte Judentum“, verletzten Juden haben zu beweisen, daß gerade sie der Thäter beleidigt habe, vielmehr hat der Thäter zu beweisen, weshalb die Antragsteller trotz seiner die Gesamtheit betreffenden Wendungen als nicht mitbeleidigt sich fühlen können.

Einige Beispiele aus der Praxis der höchsten Landesgerichte mögen vergleichend herangezogen werden:

1. Der Angeklagte hatte das Militär in herabwürdigenden Worten kritisiert. Wegen Beleidigung der Mitglieder der deutschen Armee bestraft, wendete er ein, daß es an einer beleidigten Person fehle. Das Obertribunal verwarf in dem Urteil vom 31. Januar 1877 seine Revision, indem es ausführte:

Ein Verstofs gegen Rechtsgrundsätze kann darin nicht gefunden werden, wenn die Vorderrichter daraus, daß der Angeklagte das ganze deutsche Heer beleidigte, geschlossen haben, daß er auch die einzelnen Mitglieder des Heeres in ihrer Person beleidigt hat. (Abgedruckt in Oppenhoff, Rechtsprechung des Obertribunals in Strafsachen Bd. XVIII, S. 88.)

2. Jemand hatte in einem Artikel verschiedene Behauptungen aufgestellt, welche sich auf angebliche in Berlin vorgekommene Mißbräuche bei Erhebung der Stolgebühren bezogen.

Der Staatsanwalt erhob Anklage wegen Beleidigung der Berliner Geistlichen und Kirchenbeamten.

Das Obertribunal stand auf dem staatsanwaltlichen Standpunkt, indem es ausführte (Urteil vom 17. März 1875 Stenglins Zeitschrift Bd. V, S. 54):

Die Beleidigung, welche die Person des Beleidigten derart bezeichnet, daß derselbe innerhalb eines bestimmt angegebenen Kreises von Personen zu suchen ist, trifft jeden zu diesem Kreise Gehörigen, weil durch die Unbestimmtheit des Angriffs die Beziehung auf jeden derselben gegeben ist.

§ 18.

Subjektiver Thatbestand.

Bemerkenswert für die subjektive Seite des Delikts sind die Ausführungen des Urteils vom 3. November 1882 (Entscheidungen Bd. VII, S. 173):

„Aber auch in subjektiver Beziehung kann es unter der gedachten Voraussetzung nicht darauf ankommen, ob der Angeklagte bei dem beleidigenden Vorwurfe speziell an den Fürsten Reichskanzler gedacht bzw. das Bewußtsein gehabt hat, daß dritte Personen in dem Vorwurfe speziell eine Beziehung auf den Fürsten Reichskanzler finden könnten. Wollte der Angeklagte mit dem Vorwurfe alle Staatsmänner treffen, welche jene Wirtschaftspolitik „in die Hand genommen haben“, oder hatte er, was genügen würde, wenigstens das Bewußtsein, daß durch seine Behauptung alle diese Männer in ihrer Ehre gekränkt werden, so bezog sich dieser sein Dolus wieder von selbst auch auf den Fürsten Reichskanzler, den vom ersten Richter als solchen bezeichneten Träger dieser Politik, mochte der Angeklagte auch speziell an dessen Persönlichkeit nicht gedacht haben. Allerdings würde eine Beleidigung desselben dann für ausgeschlossen erachtet werden können, wenn sich aus der Rede und den Umständen ergäbe, daß Angeklagter von dem allgemeinen Vorwurfe, der sich an und für sich unter obiger Voraussetzung notwendig auch auf den Fürsten Reichskanzler bezieht, denselben habe ausnehmen wollen und die Ueberzeugung gehabt habe, daß die Zuhörer den Vorwurf auf alle beteiligten Staatsmänner, nur nicht auf den Fürsten Reichskanzler beziehen könnten. Davon aber ist im ersten Urteile nicht die Rede. Im übrigen greift der Grundsatz Platz, daß der Dolus bei der Beleidigung nur in dem Bewußtsein des beleidigenden Charakters der Aeußerung oder Handlung besteht und deshalb hier schon dann vorliegen würde, wenn Angeklagter sich bewußt war, daß er mit den gegen die Personen, welche die neue Wirtschaftspolitik in die Hand nehmen, gebrauchten Worten die Ehre aller dazu gehörigen einzelnen Personen verletze.“

§ 19.

Die Wahrnehmung berechtigter Interessen.

(§ 193 St. G. B.^s)

Es bleibt die Frage zu erörtern, ob jedem antisemitischen Redner oder Redakteur einer antisemitischen Zeitung mit Rücksicht auf sein großes Interesse an der Befreiung Deutschlands von der „Judennot“ der Schutz des § 193 St. G. B.^s zuzubilligen ist. Die Frage ist für den Regelfall zu verneinen.

Zur Begründung verweisen wir auf das zuletzt ergangene Urteil des Reichsgerichts vom 9. Januar 1893 (Entscheidungen Bd. XXIII, S. 422), welches gerade diese Frage eingehend erörtert. Das gedachte Urteil führt aus:

„Der § 193 St. G. B.^s stellt keineswegs ein allgemeines, jedermann zustehendes Recht auf, Vorkommnisse des Lebens zum Gegenstande der Kritik zu machen, dieselben an die Oeffentlichkeit zu bringen und hierbei die Ehre anderer zu verletzen, sondern knüpft ein solches Recht an besondere, individuell vorliegende Verhältnisse, in denen der Aeufsernde sich befinden muß. Neben solchen speziell beschriebenen sonstigen Beziehungen benennt jene Schutzvorschrift auch den Fall der Wahrnehmung berechtigter Interessen. Hiermit ist daher nicht gemeint, daß jedem, der an einem Vorkommnisse im allgemeinen ein Interesse hat, jenes Recht zusteht, ein solches Interesse würde noch kein berechtigtes sein, es muß vielmehr um eine Sache sich handeln, die den Thäter selbst, wegen seines besonderen Verhältnisses zu ihr, nahe angeht, er muß ein individuelles Interesse daran haben, selbst auf die Gefahr hin, die Ehre anderer zu schädigen, seine Meinung zu äußern. In Uebereinstimmung hiermit hat auch das Reichsgericht dauernd angenommen, daß dem Redakteur einer Zeitschrift als solchem ein derartiges Recht nicht zusteht, daß vielmehr auch bei ihm eine besondere Beziehung nachgewiesen werden muß, die ihn zu der ehrkränkenden Besprechung berechtigte. Der Vorderrichter irrt, wenn er für eine andere Rechtsauffassung Urteile höchster Gerichtshöfe heranzieht. In dem Urteile des preussischen Obertribunals vom 20. April 1877 (Oppenhoff, Rechtspr. Bd. 18, S. 283) heisst es, daß die allgemeinen Interessen zwar jeden berühren und aus diesem Grunde

auch die berechtigten Interessen des einzelnen darstellen können, nicht aber notwendig müssen, und das Urteil desselben Gerichtshofes vom 21. Mai 1877 (Rechtspr. desselben Bd. 18 S. 308) verlangt die in der dortigen erstinstanzlichen Entscheidung unterbliebene Erwägung, welches besonderes berechtigtes Interesse vorgelegen habe, die Verwerflichkeit der in Rede gestellten That noch in der öffentlichen Meinung zum Ausdrucke zu bringen. Das Urteil des Reichsgerichts vom 1. November 1881 (Entscheidung desselben in Strafsachen Bd. 5 S. 121) endlich gestattet wohl den Schutz des § 193 St. G. B.^s auch demjenigen, der aus sittlich berechtigten Gründen zur Wahrnehmung der Rechte Dritter gehandelt hat. Immer aber müssen diese sittlichen Interessen mit Rücksicht auf den konkreten Fall speziell nachgewiesen werden, der Handelnde muß individuell sittliche Interessen gehabt haben. Das vorliegende Urteil führt nun als derlei Schutzinteressen das aus dem Urteile des Reichsgerichts vom 20. November 1879 (Entsch. desselben in Strafs. Bd. 1 S. 19) zu entnehmende „Recht der Gesamtheit der Staatsangehörigen“ auf, „Kenntnis zu nehmen von der Ausübung der Strafrechtspflege und der richterlichen Handhabung der zum Schutze des Gemeinwesens sowohl als der einzelnen gegebenen Gesetze“, an einer anderen Stelle „das Interesse des Angeklagten an der Strafrechtspflege“ und leitet hieraus ab, daß zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt worden ist. Indes abgesehen davon, daß das allegierte Urteil nicht einmal von einem allgemeinen Rechte, an der Strafrechtspflege Interesse zu nehmen, spricht, sondern nur davon, daß durch das Prinzip der Oeffentlichkeit im Strafverfahren dem Bedürfnisse, von der Strafrechtspflege Kenntnis zu nehmen, Genüge geleistet ist, hat das für jeden bestehende Interesse an der Rechtspflege genau dieselbe Bedeutung, wie das Interesse an irgend einer anderen staatlichen oder sonstigen Einrichtung, und es würde, wenn ein derartiges, allgemein für jedermann vorhandenes Interesse hinreichte, ehrkränkende Besprechungen straflos zu machen, ein unabsehbares Feld für straffrei zu begehende Ehrverletzungen eröffnet sein. Da im übrigen aber das Urteil nichts enthält, was eine konkrete nähere Beziehung des Angeklagten zu dem in Frage stehenden speziellen Interesse an der Strafrechtspflege nachwiese, so ist das Urteil von dem Rechtsirrtume beherrscht, daß jedes Allgemeininteresse an einem Vorkommnisse das Recht verleiht, dasselbe unter Verletzung der Ehre anderer öffentlich zu erörtern.

Es tritt hinzu, daß, selbst wenn man der erstrichterlichen Auffassung Berechtigung zugestehen könnte, hieraus noch immer nicht

das Recht folgern würde, auch unwahre ehrenrührige That-
sachen zu veröffentlichen zu dem Zwecke, um sein Allgemein-
interesse an einer geordneten Strafrechtspflege zu bethätigen. Ein
derartiges Recht ist niemandem, ebenso wenig also auch dem Redakteur
einer Zeitschrift zuzugestehen.“ Vgl. Urteil des R. G.^s vom 5. No-
vember 1886, Entsch. desselben in Strafs. Bd. 15 S. 15.

Ob es mit diesen Grundsätzen im Einklang steht,
daß einem antisemitischen Redakteur der Schutz des § 193
St. G. B.^s zugebilligt wurde, weil er ein Interesse daran
habe, daß im christlichen Staat auch Christen an der
Spitze der Behörden stehen müssen, kann jeder beurteilen,
der das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 würdigt. Wie
kann dasjenige Interesse objektiv gerechtfertigt sein, das
gegen geltendes Recht sich wendet?

§ 20.

Das Verfahren.

Wenn unter einer Kollektivbezeichnung eine Personen-
mehrheit beleidigt wird, so ist jeder einzelne zu dieser
Personenmehrheit Gehörige berechtigt, bei der Anklage-
behörde Strafantrag zu stellen oder ohne weiteres Privat-
klage zu erheben. Stellt er Strafantrag, so ist die Staats-
anwaltschaft berechtigt, die öffentliche Klage zu erheben,
wenn dies im öffentlichen Interesse liegt (St. P. O. § 416).
Ob aber eine Verfolgung im öffentlichen Interesse liegt,
ist eine von der Staatsanwaltschaft nach freiem Ermessen
zu entscheidende Frage.¹⁾ Weder hat der Beschuldigte
ein Recht, der Erhebung der öffentlichen Klage wegen

¹⁾ Der Standpunkt dürfte wohl kaum zu teilen sein, welchen
ein Bescheid der Königl. Staatsanwaltschaft einnimmt. Derselbe
verneint das öffentliche Interesse, welches es geboten erscheinen
liesse, wegen beleidigender Aeufserungen, die durch die Erregtheit
politischer oder sozialer Parteikämpfe hervorgerufen werden, zu
Gunsten der einen oder anderen Partei strafrechtlich einzuschreiten.

des vermeintlichen Fehlens des öffentlichen Interesses zu widersprechen, noch steht es dem Gericht aus diesem Grunde zu, die von der Staatsanwaltschaft beantragte Eröffnung der Untersuchung zu verweigern. Hervorzuheben ist, daß, wenn die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Klage mangels öffentlichen Interesses ablehnt, dem Verletzten zwar die Beschwerde über den vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft zusteht, nicht jedoch ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung gemäß § 170 St. P. O. zugelassen wird (cfr. dazu Löwe, Kommentar zur Strafprozeßordnung, 7. Aufl. zu § 416 St. P. O. Nr. 4).

§ 21.

Ergebnis.

Fassen wir das Gesagte kurz zusammen, so ergibt sich, daß das Reichsgericht die Beleidigung einer Personenmehrheit unter einer Kollektivbezeichnung im weitesten Umfange anerkennt. Das einzige Urteil, auf welches sich die Anklagebehörde beruft, ist durch die spätere Rechtsprechung reprobirt. In der Theorie finden sich vereinzelte Ansichten, welche auf die Einengung der Beleidigung in diesen Fällen hinzielen. Wenn die Anklagebehörde mit Berufung auf diese Theorie die Erhebung der Anklage ablehnt, so überschreitet sie das ihr zustehende Ermessen. Selbst wenn sie nicht die Autorität des Reichsgerichts für sich hätte, wäre sie verpflichtet, Fragen, welche rechtlich streitig sind und auch in anderem Sinne entschieden werden können, zur gerichtlichen Beurteilung gelangen zu lassen. Allein auch die Theorie steht der Anklagebehörde nicht zur Seite, weil sie Einschränkungen macht, nach welchen in den hier in Betracht kommenden Fällen ebenfalls Beleidigung als vorliegend zu erachten wäre.

Vierter Abschnitt.

Der grobe Unfug.

§ 22.

Der grobe Unfug. (§ 360¹¹ St. G. B.^s)
(Kauft nicht bei Juden. — Antisemitische Karrikatur-
bilder.)

Der grobe Unfugs-Paragraph spielt auch in der Geschichte der antisemitischen Bewegung eine Rolle. Prinzipielle Darlegungen scheinen mir nicht am Platze, zumal Hacke in seiner Monographie¹⁾ dieselben gegeben hat. Nur einige allgemein interessierende Erkenntnisse mögen hier ihren Platz finden.

Ein beliebtes Agitationsmittel der Antisemiten ist die Boykottierung der Juden in geschäftlicher Beziehung. „Kauft nicht bei Juden“ ist das Losungswort, das in hunderttausenden von Flugblättern nach allen Richtungen hin variiert wird.

In ähnlichen Fällen sind Sozialdemokraten stets aus § 360¹¹ St. G. B.^s bestraft worden, wie folgende Urteile²⁾ darthun:

¹⁾ Der grobe Unfug. Leipzig 1892.

²⁾ Abgedruckt bei Hacke a. a. O. S. 52 ff.

1. Angeklagter M. ist Redakteur, Mitangeklagter N. Drucker und Verleger einer sozialdemokratischen Zeitung. Vor der letzten Reichstagswahl brachte die Zeitung in mehreren Nummern an einer in die Augen fallenden Stelle mit besonders bemerkbarem Druck: „Der Wirt von (folgt der Ort) giebt seinen Saal zu Versammlungen nicht her.“ Den Verfasser dieses Satzes haben Angeklagte nicht angegeben. Es erfolgte ihre Bestrafung wegen groben Unfugs aus folgenden Gründen.

Das Gericht stellte fest:

Angeklagte haben gewußt, daß die Parteigenossen diese Inserate in dem Sinne auffassen würden, daß sie eine Aufforderung an dieselben enthalte, die Räumlichkeiten des bezeichneten Wirts solange zu meiden, bis derselbe sich bereit erkläre, seine Räumlichkeiten den Anhängern der sozialdemokratischen Partei wieder zu öffnen; sie haben auch gewußt, daß diese Notizen von den Parteigenossen in der Partei geflissentlich werden weiter verbreitet werden. Angeklagte haben auch gewollt, daß die Annonce in dem erwähnten Sinne aufgefaßt und weiter verbreitet werde. Es enthalte also die Annonce die Aufforderung an eine unbestimmte große Anzahl Personen, die Geschäftslokale bestimmter Gewerbetreibender solange zu meiden, „bis diese etwas, was ihnen von den Auffordernden vorgeschrieben worden, und was zu thun sie sich geweigert hatten, dennoch thun würden“. Dessen seien sich die Angeklagten bewußt gewesen.

Durch die Annonce aber würden die Wirte in eine Zwangslage versetzt: „durch sie soll auf die an sich durchaus freie Willensrichtung jener Wirte der Zwang ausgeübt werden, etwas zu thun, was sie an sich nicht

wollten, und zwar durch ein Mittel, das zweifellos unzulässig ist“. Eine derartige Beeinflussung und Einwirkung auf den Willen einzelner Mitglieder des Staats, die einen Anspruch haben auf ungestörte Ausübung ihrer Rechte und Befugnisse, ist unzulässig. — Nun wenden sich die Annoncen allerdings in erster Linie jedesmal gegen einen einzelnen. Es unterliegt aber keinem Zweifel daß durch die Verbreitung dieser Annonce nicht bloß das Gefühl der Rechtssicherheit jener einzelnen, sondern auch gleichzeitig aller derjenigen, nicht der sozialdemokratischen Partei angehörigen Gastwirte und sonstigen Personen erschüttert worden ist, welche aus dem Geschäftsverkehr mit der arbeitenden Klasse ihren Erwerb herleiten. Sie alle waren für den Fall, daß sie sich nicht fügen würden, einem gleichen Gebahren ausgesetzt und wurden in dem Bewußtsein, daß ein solches Gebahren sich auch gegen sie richten könne, in ihrem Anspruch auf ruhige und unangefochtene Ausübung ihres Gewerbebetriebes und in ihrem Gefühl auf Rechtssicherheit erheblich beeinträchtigt. Die Annoncen wenden sich somit, wennschon sie unmittelbar sich nur gegen die in ihnen bezeichneten Personen richten, gegen das den sozialdemokratischen Anschauungen nicht huldigende große Publikum im allgemeinen und bezwecken, indem sie einer Person einen schweren Vermögensnachteil für den Fall ihrer Unbotmäßigkeit in Aussicht stellen, alle mit jener Person gleiche oder ähnliche Gewerbsinteressen teilenden, jener Partei nicht zugehörigen Personen in Furcht und Schrecken, daß es ihnen auch so gehen könne, zu versetzen und sie alle auf diese Weise zu veranlassen, nötigenfalls ihren Wünschen unbedingt Folge zu leisten.

Die Angeklagten waren sich dessen bewußt, ins-

besondere, daß durch dies Verhalten breite Schichten der Bevölkerung in Unruhe und Besorgnis versetzt und in ihrem Gefühl auf Ruhe und Ordnung erheblich gestört werden würden.

2. Eine Arbeiterversammlung hatte im November 1889 wegen Lokalverweigerung die Lokalsperre über das K.'sche Restaurant verfügt. Das war durch Flugblatt bekannt gemacht, das zugleich die Aufforderung enthielt, das K.'sche Lokal solange zu meiden, bis K. die Weigerung, sein Lokal den Arbeitern zu Versammlungen zu überlassen, zurückgenommen haben würde. Angeklagter hatte dieses Flugblatt in Kenntnis von dessen Inhalt sowie von dem Beschlufs vom November verbreitet. Darin wurde der Thatbestand des groben Unfugs gefunden, „weil ein derartiges Gebahren nicht bloß die gerade in Frage kommende einzelne Person, sondern die Gewerbetreibenden in ihrer Allgemeinheit und somit das Publikum überhaupt zu beunruhigen, insbesondere auch geeignet erscheint, im Publikum, welches Anspruch darauf hat, in seiner ruhigen Arbeit und in seiner freien Willensbestimmung nicht gestört, sondern vielmehr geschützt zu werden, das Gefühl der Rechtssicherheit zu beeinträchtigen“.

3. Der Angeklagte hatte im Winter 1890 in einer öffentlichen Versammlung aufgefordert, dem P. zu A., da derselbe kein Sozialdemokrat sei, nichts abzukaufen. Die wegen groben Unfugs erfolgte Bestrafung wird damit begründet, daß solche Aufforderungen, die darauf gerichtet und geeignet erscheinen, einen andern um seiner politischen Meinung willen in seinem Erwerbe zu schädigen, das allgemeine Rechtsbewußtsein verletze und zugleich geeignet erscheine, bei denen, die sie vernehmen und eine abweichende Meinung haben, die Besorgnis

hervorrufen, daß auch sie ihrer politischen Ueberzeugung wegen in ihrem Erwerbe geschädigt werden.

4. Aehnlich wurde das Urteil begründet gegen einen Angeklagten, der im Winter 1890 in einer öffentlichen Wählerversammlung die Anwesenden aufgefordert hatte, beim Besitzer des Gasthofs zu L. kein Glas Bier mehr zu trinken, überhaupt nicht mehr bei ihm zu verkehren. In den Gründen heißt es:

„ Durch eine derartige Aufforderung und deren Bekanntwerden wird nicht nur bei der besonders namhaft gemachten Person, sondern auch bei anderen Gewerbetreibenden die Besorgnis erregt werden, daß auch sie, falls sie der sozialdemokratischen Partei für ihre Zwecke nicht zu Willen sein würden, in ihrem Gewerbe auf das empfindlichste geschädigt werden.“

In der strafrechtlichen Beurteilung der antisemitischen Boykottierungen hat man lange Zeit geschwankt. Ein gewisses Aufsehen erregte ein zur Freisprechung gelangendes Urteil des Leipziger Landgerichts, welches jedoch im Widerspruch steht mit dem Urteil des Oberlandesgerichts zu Dresden, das ebenfalls hier zum Abdruck gelangt.

Das Schöffengericht hatte bestraft, weil in der Herausgabe und Verbreitung gewisser antisemitischer Flugblätter die Verübung eines groben Unfugs erblickt wurde. Das Berufungsgericht sprach aus folgenden Gründen frei:

Bei dem „groben Unfug“ giebt es seit einiger Zeit in Theorie und Praxis zwei Strömungen. Die eine ist vorwiegend in der Theorie vertreten und geht dahin, daß als grober Unfug nur solche Handlungen gelten können, die physisch-sinnlich wahrnehmbar sind und das Publikum unmittelbar belästigen und behelligen, sei es, daß sie selbst an öffentlichen Orten vorgenommen worden sind, sei es, daß sie wenigstens ihre Wirkungen in die Öffentlichkeit erstrecken. Die

andere Ansicht, die sich neuerdings besonders in der Praxis geltend gemacht hat, geht erheblich weiter und versteht unter grobem Unfug alle Handlungen, die an sich ungehörig und das Publikum als solches im Gegensatze zu einzelnen Personen gefährden oder ungebührlich belästigen. Es versteht sich von selbst, daß die Frage, ob durch Verbreitung von Prefs-Erzeugnissen grober Unfug verübt werden kann, verschieden zu beantworten ist, je nachdem man sich der einen oder der anderen Meinung anschließt. Hält man sich an die engere Auslegung, so leuchtet ein, daß der Inhalt des Prefs-Erzeugnisses den Thatbestand des Delikts nicht hervorrufen kann, und daß sich grober Unfug nur in der Weise denken läßt, daß die äußere Form der Verbreitung, die Art und Weise, wie das Prefs-Erzeugnis verbreitet wird, eine Beteiligung des Publikums enthält. Wer seine Flugblätter in aufdringlicher oder den Verkehr störender Weise auf den Straßen verbreiten läßt, macht sich eines groben Unfugs schuldig, dann kommt es aber auf den Charakter des Prefs-Erzeugnisses überhaupt nicht an; es ist gleichgültig, ob es sich um eine politische Streitschrift oder um die Reklame eines Fabrikanten handelt. Pflichtet man der weiteren Auslegung bei, so kann der Thatbestand des Delikts auch durch den Inhalt der Druckschrift geschaffen werden. Der Richter muß dann den Inhalt der Druckschrift unter die Lupe nehmen und groben Unfug statuieren, wenn ihm dieser Inhalt ungehörig erscheint.

Die Strafkammer ist nun nach reiflichen Erwägungen der engeren Auslegung beigetreten. Dafür spricht die Entstehungsgeschichte des Gesetzes, wie sie insbesondere von den Schriftstellern von Bar und Frank ausführlich dargelegt ist; dafür spricht die Zusammenstellung mit der ungebührlichen Erregung ruhestörenden Lärms; dafür sprechen endlich folgende Erwägungen: Die weitere Auslegung läuft im Grunde genommen auf die Aufhebung der Prefsfreiheit hinaus, denn der Richter braucht nur von seinem subjektiven Standpunkte aus, den er ja in seiner besten Ueberzeugung gewonnen haben wird, in dem Inhalte der Druckschrift eine Ungehörigkeit zu finden und von dem nämlichen Standpunkte aus eine Behelligung des Publikums anzunehmen, und das fragl. Prefs-Erzeugnis ist der Strafe verfallen. Der Richter ist dann nicht mehr Richter, sondern Censor und wird in eine Rolle gedrängt, die seiner nicht würdig ist, zudem ist bei der herrschenden Meinung der Satz: *nulla poenna sine lege* nicht gewahrt. Denn der Staatsbürger kann nie wissen, worin der Richter einmal eine Ungehörigkeit findet. Der grobe Unfugs-Paragraph, wie ihn die herrschende Meinung handhabt,

kann leicht der Totengräber eines offenen, ehrlichen, freimütigen Worts werden.

Alle diese Gründe werden reprobiert durch folgendes Urteil des Königl. Oberlandesgerichts zu Dresden vom 19. November 1888 (abgedruckt in den Annalen des sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden Bd. XI, S. 314 ff.).

Der Angeklagte, welcher schon seit Jahren die Bekämpfung des emporwuchernden Judentums auf wirtschaftlichem Gebiete sich zur Aufgabe gemacht, hat nach den Feststellungen der vorigen Instanz teils kurz vor Weihnachten 1887, teils kurz vor Ostern 1888 die Bl. . . unter den Nummern 1 bis 5 aufgeführten, von ihm verfaßten Flugblätter, welche den obigen Zweck verfolgen, in großer Anzahl wie in Leipzig, so fast in allen größeren Städten Deutschlands in der Weise verbreitet, daß er Druckexemplare jener Flugblätter, denen an besonders in die Augen fallender Stelle die Aufforderung zu möglichst weiter Verbreitung aufgedruckt war, an Gesinnungsgenossen versendet und die von diesen aufgegebenen Bestellungen zur Ausführung gebracht hat. Der Inhalt dieser Flugblätter wird von der vorigen Instanz im allgemeinen dahin gekennzeichnet, daß in denselben vor Wareneinkäufen in jüdischen Geschäften, insbesondere bei Gelegenheit des Weihnachtsfestes, bei Einkäufen für Konfirmanden, gewarnt und das geschäftliche Gebahren der Juden im Handel und Gewerbe einer abfälligen Kritik unterzogen wird. In der Ausführung dieser Grundgedanken findet die vorige Instanz schwere Angriffe auf die Juden und schwere Beleidigung derselben. Ist nun auch die Auswahl der Bl. . . bis Bl. . . zusammengestellten Belegstellen etwas zu reichlich ausgefallen, indem sich darunter viele tatsächliche Behauptungen befinden, welche als Beleidigungen

nur dann würden empfunden werden können, wenn sie nicht erweislich wahr wären, während der Beweis ihrer Unwahrheit in keiner Weise erbracht worden ist, so ist doch anzuerkennen, daß die mehrerwähnten Flugblätter vielfach grobe Beschimpfungen der Juden enthalten, welche den Boden der Thatsachen verlassen.

Wenn nun die vorige Instanz mit Rücksicht auf diesen Inhalt der erwähnten fünf Flugblätter in der Verbreitung derselben Handlungen erblickt hat, welche, an sich un-gehörig, der öffentlichen Ordnung widerstreiten und geeignet sind, das natürliche Rechtsgefühl des Publikums als solchen im Gegensatze zu einzelnen Personen oder individuell begrenzten Personenkreisen in aufsergewöhnlichem Mafse zu verletzen und das Publikum ungebührlich zu belästigen, insbesondere das Vertrauen in den Bestand der Rechtsordnung, den Glauben an den Schutz, welchen diese den unter ihr Vereinigten ohne Ausnahme angedeihen lassen wolle, und das Gefühl der Rechtssicherheit auch bei solchen Personen, welche nicht Juden sind, aufzuheben, so ist hierauf, verbunden mit der weiteren Feststellung, daß der Angeklagte sich der hervorgehobenen Eigenschaften und Wirkungen seiner Flugblätter auch bewußt gewesen sei, ohne Rechtsirrtum die Schlußfolgerung gegründet worden, daß durch die getroffenen Feststellungen der Thatbestand des groben Unfugs im Sinne von § 360 Ziff. 11 des St. G. B.^s erfüllt werde.

Es gewinnt zwar den Anschein, daß der Gesetzgeber bei Aufstellung der Strafvorschrift in § 360 Ziff. 11 des St. G. B.^s gegen „Verübung groben Unfugs“, wofür auch die Zusammenstellung mit ungebührlicher Erregung ruhestörenden Lärms spricht, zunächst an unmittelbar sinnlich lästig-fallende, durch nichts zu rechtfertigende Handlungen, wie

sie mutwillige Leute auf der StraÙe zu begehen pflegen, gedacht haben möge. Auch ist anzuerkennen, daÙ sich gegen eine allzu weite Auslegung des fraglichen Deliktsbegriffs und namentlich gegen die Auffassung der Strafbestimmung über groben Unfug als einer allgemeinen subsidiären Strafvorschrift gewichtige Bedenken erheben lassen. (Vergl. v. Bar im Gerichtssaal, Bd. 40 (1888), S. 429 flg.)

Allein die Strafrechtspraxis ist bei jenem engen Begriffe des groben Unfugs nicht stehen geblieben, sondern hat, einem unabweisbaren Bedürfnisse nachgebend, den Begriff auch auf andere Handlungen, welche nach Beschaffenheit und Zweck auf dem nämlichen Grundgedanken der Strafvorschrift beruhen, übertragen und versteht unter grobem Unfug solche an sich ungehörige Handlungen, welche, ohne in den Thatbestand eines schwereren Strafgesetzes überzugehen, die öffentliche Ordnung dadurch verletzen, daÙ sie das Publikum als solches im Gegensatze zu einzelnen Personen oder individuell begrenzten Personenkreisen gefährden oder ungebührlich belästigen. (Vgl. Annalen des vorm. K. S. Ober-Appellationsgerichts, 2. Folge II. S. 418, 2. Folge IV. S. 402; Annalen des K. S. Oberlandesgerichts, II. S. 329, 331, V. S. 231, VI. S. 510, VIII. S. 12; Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, I. S. 400, V. S. 299, XVI. S. 99.)

DaÙ zur Erfüllung des Begriffs des groben Unfugs schon Handlungen ausreichen, welche geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören, folgt aus dem vorbeugenden Charakter der bezüglichlichen Polizeivorschrift. Der Beweggrund des Thäters ist gleichgültig und daher nicht erforderlich, daÙ die That aus bloÙsem Mutwillen entsprungen sei. Da ferner die Mittel zur Verübung groben Unfugs sehr verschieden sein und insbesondere auch in Wort und

Schrift bestehen können, so ist auch die Verübung groben Unfugs durch die Presse, wenn die sonstigen Merkmale zutreffen, mit Rücksicht auf § 21 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 nicht ausgeschlossen. Form und Ton der in den mehrerwähnten Flugblättern enthaltenen Kundgebungen überschreitet aber bei weitem die Grenzen einer sachlichen Erörterung, wie sie zur Bekämpfung wirtschaftlicher Uebelstände, sowie des Unwesens im Handel und Gewerbe auch der Presse gestattet ist, und artet in wüste Beschimpfungen aus. Durch den Mangel so konkreter Beziehungen der betreffenden Aeufserungen auf bestimmte Personen, daß dadurch ein Strafantragsrecht begründet würde, wird der beschimpfende Charakter der Aeufserungen nicht aufgehoben. Die Rechtswidrigkeit solcher Beschimpfungen ergibt sich namentlich auch im Hinblick auf das Reichsgesetz, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, vom 3. Juli 1869, wonach Juden denselben Schutz, wie Angehörige anderer Konfessionen, genießen. Derartige Hetzartikel, wie die in den fraglichen Flugblättern enthaltenen, können leicht den öffentlichen Frieden gefährden. Wenn endlich die vorige Instanz angenommen hat, daß die Wirkung der Flugblätter sich nicht bloß auf die Juden als einen abgeschlossenen Personenkreis beschränkt, sondern das Publikum im allgemeinen ergriffen habe, so ist es Sache thatsächlicher Würdigung, die Wirkung der fraglichen Flugblätter zu ermessen, und daher die gedachte Annahme eine thatsächliche Feststellung, welche um so mehr gerechtfertigt erscheint, als die Form der Verbreitung der fraglichen Kundgebungen durch Flugblätter eine ziemlich auf-

dringliche und dazu geeignet war, dieselben ohne Unterschied breiten Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Falsche Anwendung des § 360 Ziff. 11 des St. G. B.^s, worauf die Revision des Angeklagten gestützt wird, liegt daher nicht vor.

Zur Verurteilung gelangt ferner das Oberlandesgericht zu München in folgenden Urteilen:

Der Buchhändler Johann O. hat in der Zeit vom Februar bis zum Mai vier Druckschriften antisemitischen Inhalts, nachdem er sie in je 5000 Exemplaren hatte drucken und auf denselben sich als deren Verleger hatte bezeichnen lassen, durch Feilbieten und Auslegen in seinem öffentlichen Ladengeschäfte, sowie durch Kolportieren in den Straßen, Wirtschaften und Privatlokalen der Stadt K. verbreitet . . . Das Gericht (die Strafkammer) nahm dabei als erwiesen an, daß der Inhalt der von O. verbreiteten Druckschriften, abgesehen von vielfachen Abgeschmacktheiten, nur rohe Schimpfworte und beleidigende Zukunftsgemälde bilde, die nicht nur die Judenschaft, gegen welche die Schriften gerichtet seien, sondern auch den übrigen anständigen Teil des Publikums kränken und belästigen müßten, und auch in der That gekränkt und belästigt hätten.

Das Verbreiten der eine Beschimpfung und Verhöhnung der Juden enthaltenen Druckschriften war zweifellos geeignet, die Rechte und Interessen der Juden und derjenigen Leute, welchen daran gelegen ist, daß das friedliche Zusammenleben der aus verschiedenen Religionsgemeinschaften bestehenden Bevölkerung nicht auf solche Weise gestört werde, zu gefährden, sowie diesen Teil des Publikums ungebührlich zu belästigen, und hierdurch die öffentliche Ordnung zu verletzen . . . Es steht fest, daß die Druckschriften rohe Beschimpfungen und Verhöhnungen der Juden enthielten und daß die durch den Angeklagten vorgenommene Verbreitung dieser Schriften geeignet war, das Publikum zu gefährden und ungebührlich zu belästigen. Hiernach hatten schon die Druckschriften an sich die Eigenschaft, eine derartige Wirkung hervorzurufen; der strafbare Charakter lag daher . . . in deren Inhalt, und durch die Verbreitung der Schriften mit solchem Inhalte wurde das Delikt vollendet.

Dem Urteil desselben Gerichtshofes vom 4. Oktober 1893 lag folgendes Sachverhältnis zu Grunde:

Der Inhaber eines Geschäfts in Zweibrücken hatte in seinem Schaufenster durch ein besonderes Arrangement bunter Tücher das Wort „Jud“ dargestellt und war aus diesem Grunde in zwei Instanzen wegen groben Unfugs verurteilt worden. Das Münchener Oberlandesgericht hielt die Verurteilung aufrecht. In den Urteilsgründen heisst es: „Mit Recht gehen beide Vorderrichter von der Auffassung aus, dass die Strafvorschrift des § 360, Nr. 11 des St. G. B.^s nur auf solche den äusseren Bestand der öffentlichen Ordnung unmittelbar verletzende Ungebührlichkeiten anwendbar ist, durch die das Publikum schlechthin, nicht also ein individuell begrenzter Personenkreis, gefährdet oder belästigt und so der öffentliche Friede im allgemeinen gestört wird. Selbst dann jedoch, wenn die That des Angeklagten nur gegen die Juden der Stadt Zweibrücken gerichtet, die übrige Bevölkerung aber damit nicht getroffen war, würde es sich nicht um einen individuell begrenzten Personenkreis handeln, sondern wäre schon wegen der für das Auge unmeßbaren Zahl und wegen des Mangels näherer Beziehung zu einander als der der Glaubensgenossenschaft ein unbegrenzter Personenkreis betroffen. Das Berufungsgericht geht aber in seiner Feststellung noch weiter, indem es annimmt, dass die Handlung des Angeklagten der öffentlichen Ordnung überhaupt widerstreite und eine Störung der Rechte und Interessen des Publikums als solchen enthalte. Dass die öffentliche Ordnung bereits gestört sei, wird zum Thatbestande des groben Unfugs nicht gefordert, es genügt eine Handlung, die geeignet ist, die öffentliche Ruhe zu stören. Ob die Vorübergehenden die Darstellung des Wortes „Jud“ als Scherz auffassten und belachten, ist ohne Belang, da ein grober Unfug auch da stattfinden kann, wo er infolge eines durch Gewohnheit verbildeten Urteils, z. B. der antisemitischen Gesinnung einzelner Bevölkerungsschichten, als solcher nicht empfunden wird.

In Berlin denkt man anders. In der Friedrichstrasse findet man in dem Schaufenster eines antisemitischen Restaurants Karrikaturbilder, welche nicht nur jeden Gebildeten abstoßen, sondern eine Verhöhnung und Verspottung der Juden enthalten. Unter einem Bilde befindet sich die Unterschrift:

„Isidorchen, sei hübsch brav,

„Sei Du der Wolf, der Christ das Schaf.“

Auf einem anderen Bilde wird dargestellt, wie ein Jude

von germanischen Bauern mit Knüppeln aus dem Hofe gejagt wird. Auf anderen Bildern werden die jüdischen Festtage verhöhnt — kurz es sind Bilder, welche ohne Zweifel den Thatbestand der §§ 130, 166 St. G. B.^s erfüllen, denen man zum mindesten aber aus dem Gesichtspunkt des § 360¹¹ St. G. B.^s entgegentreten könnte.¹⁾ Vor Gericht gestellt,²⁾ wendet der Restaurator ein, er zahle als Kunstverleger und Schriftenhändler Gewerbesteuer und jene Karrikaturbilder seien eben seine Kunstprodukte.

Das Gericht fällt ein freisprechendes Urteil, da mit dem Ausstellen der Bilder, welche als Plakate anzusehen seien, nur bezweckt sei, das Gewerbe des Angeklagten zu fördern.³⁾

Wir möchten nicht, daß Gewerbetreibende anderer Parteien und Bekenntnisse die Konsequenzen derartiger Ansichten ziehen.

Im übrigen legen wir für die Bekämpfung des Antisemitismus auf eine ausgiebigere Anwendung des § 360¹¹ St. G. B.^s ebensowenig Gewicht wie auf die Anwendung der übrigen bisher behandelten Strafbestimmungen. Nur scheint es uns im Interesse der Rechtspflege zu liegen, daß auch der Schein vermieden wird, als ob man sich des stolzen Ausspruches: der grobe Unfugsparagraph dürfe nicht Totengräber eines offenen Wortes werden: gerade bei antisemitischen Angeschuldigten besonders oft erinnere.

¹⁾ In Bromberg ist kürzlich in einem gleichen Falle Verurteilung aus § 360¹¹ St. G. B.^s erfolgt.

²⁾ Wegen Verletzung des § 9 des Preufs. Pressges.

³⁾ Giebt es denn keine Simulation?

Schluss.

Die Wanderung war mühselig, aber nicht unerfreulich. Wenn auch als thatsächliche Folge der geschilderten Praxis sich sehr häufig eine Schutzlosigkeit der Juden als Klasse der deutschen Bevölkerung, eine Schutzlosigkeit ihrer Religionsgesellschaft trotz deren staatlicher Anerkennung herausstellte, so war es doch eine Genugthuung, darlegen zu können, daß diese Folge nicht auf einer Parteilichkeit der beteiligten Organe, sondern auf rechtsirrtümlichen Grundlagen beruhte.

Daraus kann bei der Gewissenhaftigkeit unserer Behörden die gegründete Hoffnung geschöpft werden, daß fortan den gegen die jetzt herrschende Rechtsprechung vorgetragenen Bedenken Rechnung werde getragen werden.

Die Entwicklung der Rechtsprechung in den behandelten Fragen ist auch psychologisch interessant.

Wenn zum ersten Male Rohlings Talmudjude oder das Eckersche Buch den Behörden zu Gesicht kommt, so ergreift sie das Gefühl der sittlichen Entrüstung, daß das Judentum eine derartige Sittenlehre in sich berge. Dieses Gefühl ist ein derart starkes, daß die Anklagebehörde

nicht erst in die Prüfung der Frage eintritt, ob denn das auch wirklich wahr ist, was in diesen Büchern behauptet wird. Erst mit der Zeit hat eine kühlere Beurteilung der Sachlage Platz gegriffen. Man hat sich nicht verhehlen können, daß eine staatlich anerkannte Religionsgesellschaft unmöglich eine solche Sittenlehre bethätigen könne und hat sich zur Vernehmung von Sachverständigen entschlossen. Nachdem diese begutachtet, daß die anstößigen Stellen entweder nicht im Talmud ständen oder entstellt und gefälscht wiedergegeben seien, hat man dennoch bis jetzt noch nicht auch in subjektiver Beziehung die Konsequenzen gezogen. Man gelangte zu keiner Verurteilung, weil man jene geschäftsmäßigen Agitatoren als Gelehrte betrachtete, die für ihre wissenschaftliche Ueberzeugung kämpften, weil man nicht wußte, daß man es mit Leuten zu thun hatte, die Freiherr von Marschall im Reichstag sehr richtig damit charakterisierte, daß sie das Volk aufregen, um sich hinterher auf die Aufregung zu berufen.

Nunmehr ist es Zeit, daß nachdem die gewissenlose Methode der antisemitischen Propaganda für jeden, der sehen will, offen vor Augen liegt, und auch der Reichskanzler Graf v. Caprivi wiederholt auf das Gefährliche dieser Agitation aufmerksam gemacht hat, sowohl Anklagebehörde wie Gerichte vor ihr weiterhin nicht die Augen verschließen.

In diesem Fall verlangt nicht nur die Gerechtigkeit eine Vertiefung der Rechtsprechung, sondern das allgemeine Kulturinteresse: Gerechtigkeit erhöht ein Volk!

Gerade weil wir der Ansicht sind, daß das staats-erhaltende Prinzip der Rechtspflege nicht außer Acht lassen sollte, daß in jedem Beamten ein „Partikelchen

Staatsautorität“ sich verkörpere, müssen wir auf der anderen Seite uns dagegen wehren, daß der Beamte selbst — wenn auch vom besten Willen beseelt — in Wirklichkeit durch zwiespältige Anwendung desselben Rechts das Vertrauen zu einer unparteiischen Rechtspflege erschüttere und dadurch den Boden ebene für Gesetzlosigkeit und Anarchie.

Justitia fundamentum regnorum

Anhang I.

Im Februar 1893 erließen mehr als zweihundert Rabbiner aus allen Teilen Deutschlands folgende Erklärung:

„Im Vertrauen auf den Beistand Gottes erklären wir, die unterzeichneten Rabbiner jüdischer Gemeinden Deutschlands, zur Steuer der Wahrheit gegenüber falschen Vorstellungen, die über das Schrifttum und die Sittenlehre des Judentums verbreitet werden, was folgt:

Die heilige Schrift, welche Gemeingut der ganzen gesitteten Welt geworden ist, bildet die Grundlage für die Lehre des Judentums.

Außer der heiligen Schrift, welche die „schriftliche Lehre“ heißt, besitzt das Judentum noch eine Religionsquelle, den Talmud, der, weil er ursprünglich nicht niedergeschrieben wurde, die „mündliche Lehre“ genannt wird.

Eine andere religionsgesetzliche mündliche Lehre giebt es für das Judentum nicht.

Der Talmud baut seinen Lehrinhalt auf Grund des biblischen Wortes auf und giebt allem Raum, was den menschlichen Geist und das menschliche Gemüt beschäftigt. Neben dem Religionsgesetze und der Ethik, welche seine beiden Hauptgebiete sind, haben in ihm Fragen der Weltweisheit, der Naturkunde, der Medizin, der Geschichte, sowie Erzählungen, Gleichnisse, Sentenzen und ähnliches Aufnahme gefunden.

Seiner Form nach ist der Talmud mit der Aufzeichnung der Verhandlungen einer gesetzgebenden Körperschaft, in welcher eine Vorlage mit ihren Motiven zur Diskussion steht, insofern zu ver-

gleichen, als er die von mehr als 2000 namhaft gemachten Gesetzeslehrern während vieler Jahrhunderte in den Lehrhäusern gepflogenen Verhandlungen aufzeichnet, die verschiedenen, oft widerstreitenden Meinungen neben einander stellt, jede Ansicht, die zu Worte kam, jede Auffassung, die geäußert wurde, in der ganzen Lebendigkeit der Diskussion wiedergab, und zwar ohne dabei immer zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen.

Der Talmud enthält somit überaus zahlreiche Aussprüche, welche als die Meinungen einzelner niemals eine bindende Kraft erlangt haben.

Seiner ganzen Anlage nach ist daher der Talmud als die Quellschrift für die Auffassung des biblischen Wortes und für die Kenntnis, die Geschichte und die Begründung des überlieferten Religionsgesetzes zu betrachten. Als eine solche Quellschrift ist der Talmud zu allen Zeiten von den jüdischen Forschern behandelt worden,

Die Sittenlehre des Talmuds beruht auf der Bibel und erblickt in folgenden Aussprüchen der heiligen Schrift: „Im Ebenbilde Gottes hat er den Menschen geschaffen“ (Genesis 1,27), „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ (Leviticus 19,18), „Liebet den Fremdling“ — „Liebe ihn wie Dich selbst“ (Deuteron. 10,19 — Leviticus 19,34) das Gebot der allgemeinsten, auf alle Menschen, Juden und Nichtjuden, sich erstreckenden Nächstenliebe.

Im Geiste des Prophetenwortes, das dem im Babylon weilenden Israel zugerufen wurde: „Fördert das Wohl der Stadt, in die Ich Euch geführt habe, und betet für sie zu Gott, denn in ihrem Wohle wird Euch wohl sein“ (Jerem. 29,7) wird im Talmud der Grundsatz aufgestellt und von allen Gesetzeslehrern einmütig zum Gesetz erhoben: „Das Staatsgesetz hat im staatsbürgerlichen Leben verbindliche Kraft“ (Talmud babli, Baba bathra 54b, 55a u. a. O.). Es ist demgemäß religionsgesetzliche Pflicht, mit der Treue gegen die Religion Gehorsam gegen die Gesetze des Staates zu verbinden.

Die später aus dem Talmud und der nachtalmudischen Literatur entstandenen Auszüge, wie Jad Hachasaka des R. Moses ben Maimon, Schulchan-Aruch des R. Joseph Karo und andere Zusammenstellungen haben niemals für sich allein, sondern stets nur dann als maßgebend für die Entscheidung gegolten, wenn sie durch das Zurückgehen auf die Quellen ihre Bestätigung erhalten.

Die Bezeichnung „Akum“ bedeutet „Anbeter der Sterne und Sternbilder“ und ist selbstverständlich nicht auf die Bekenner der monotheistischen Religionen anzuwenden.

Vereinzelte, gegen „Akum“ gerichtete Aussprüche in Talmud,

Schulchan-Aruch und anderen Schriften sind als der Ausfluß einer durch die Zeitverhältnisse hervorgerufenen Stimmung und als Akte der Notwehr zu betrachten, sie waren nur gegen diejenigen Heiden gerichtet, welche Ehre, Leben und Eigentum des Nächsten nicht schonten. Derartige Aussprüche haben, wie schon seit Jahrhunderten die Gesetzeslehrer ausdrücklich erklärten, für das Judentum keine Geltung.

Allgemein anerkannt und auch in Zeiten der Verfolgung festgehalten ist der Ausspruch des Talmuds: „Die Frommen aller Völker sind der ewigen Seligkeit teilhaftig.“ (Tosefta Sanhedrin 13,2.)

Die Sittenlehre des Judentums erkennt keinen Ausspruch und keine Anschauung an, die dem Nichtjuden gegenüber etwas erlaubt, was dem Juden gegenüber verboten ist.

Die Sittenlehre des Judentums, die seinen Bekennern heilig ist, die in den Schulen gelehrt und von den Kanzeln verkündet wird, gebietet:

In jedem Menschen das Ebenbild Gottes zu achten, in Handel und Wandel strengste Wahrhaftigkeit gegen jedermann zu bethätigen, jedes Gelübde und Versprechen, welches irgend einem Menschen, sei er Jude oder Nichtjude, geleistet wurde, als unauflöslich und unverbrüchlich treu zu erfüllen, Nächstenliebe gegen jedermann ohne Unterschied der Abstammung und des Glaubens zu üben, die Gesetze des Vaterlandes in treuer Hingebung zu befolgen, das Wohl des Vaterlandes mit allen Kräften zu fördern und an der geistigen und sittlichen Vervollkommnung der Menschheit mitzuarbeiten.“

Anhang II.

Brimann — Ecker — Rohling.¹⁾

I. Brimann.

Die sogenannten Talmud-Auszüge sind Abschriften des im Jahre 1883 erschienenen Judenspiegel von Dr. Justus. Dr. Justus ist das

¹⁾ Entnommen den Akten und Gutachten in dem Prozeß Rohling c/a Bloch. I. Band. Wien 1890; und der Schrift: Prozeß Rohling c/a Bloch. Berlin 1892.

Pseudonym für Aron Brimann. Auf die Entstehung dieser Talmud-Auszüge zurückzugehen ist auch für die juristische Beurteilung durchaus notwendig, da nur nach Kenntnis des gesamten thatsächlichen Materials eine unbefangene Beurteilung möglich ist. Brimann verließ eines Tages in Rumänien Frau und Kind, um im Haag als frommer Talmudist Carriere zu machen. Ein Buch, das er als von ihm herrührend in Amsterdam 1880 drucken liefs, wurde als wörtlicher Abdruck eines 1877 in Berlin erschienenen Buches ermittelt. Zugleich wurde ein Brief, durch den er zum Zweck einer reichen Heirat die Scheidung von seiner ersten Frau nachweisen wollte, als gefälscht erkannt. Darauf ging Brimann nach Berlin und trat daselbst zum Protestantismus über. Als es ihm auch hier nicht gelang, eine Stellung sich zu schaffen, verzog er nach Paderborn und trat zum Katholizismus über. Dort gab er unter dem angenommenen Namen Dr. Justus den Judenspiegel heraus.

Wie später festgestellt worden ist, hat er als Belohnung für dieses Buch 1000 Thaler erhalten. Später gab er unter eigenem Namen und unter Approbation des Bischofs Eder von Salzburg ein Buch über die Kabala heraus, welches ebenfalls als Plagiat ermittelt worden ist. Das Interessante ist, daß er in diesem Buch ausführt, daß die gesamte antisemitische Talmudgelehrsamkeit von Eisenmenger bis zum Judenspiegel (das war sein eigenes Werk) auf Dummheit und Unwissenheit basiert sei und von jedem Litteraturkenner zu verachten wäre. Dieses Buch verschaffte ihm von einer Innsbrucker Buchhandlung den Auftrag einer Talmud-Uebersetzung. Indessen lieferte er lediglich Abschriften der bekannten Rabeschen Uebersetzungen; er versuchte ferner in Innsbruck auf ein gefälschtes Zeugnis hin seine Immatrikulation als Student der Medizin zu bewirken, beging auch einige Heiratsschwindeleien und wurde wegen dieser Verbrechen am 12. März 1885 in Graz verhaftet und vom Wiener Landesgericht wegen Urkundenfälschung zu Kerkerstrafe und Landesverweisung verurteilt. Nach Abbüßung dieser Strafe wandte er sich nach Rom zum Rabbiner mit der Erklärung, er wolle zum Judentum zurücktreten und alle seine Anklagen gegen dasselbe widerrufen. Doch bevor es dazu kam, verschwand er aus Rom und tauchte plötzlich in Paris auf. Während seines Pariser Aufenthaltes erschien eine Abschrift von Abbé Dr. Clemens Victor: „Professor Rohling: Die Judenfrage und die öffentliche Meinung.“ Darin heifst es Seite 10: „Brimann ist, wie Pastor J. Desslé, der Beichtvater Brimanns, schreibt, ein überaus ehrenhafter, charakterfester Mann, der sich eines ehrenhaften Wandels stets befleißigt, und eines jeden Vertrauens vollkommen würdig.“

Brimann stand mit Rohling und Ecker in nahen Beziehungen. Est ist festgestellt, daß er von Professor Rohling gegen ein Monatsgehalt von 100 Gulden zum Lehrer im Lesen des Talmuds engagiert war. (Ueber seine Beziehungen zu Ecker im folgenden Paragraphen.) Aus diesem kurzen Lebensgang geht hervor, welchen sittlichen Wert der intellektuelle Urheber der Talmud-Auszüge besitzt, allein aus seiner moralischen Verwerflichkeit wäre noch nicht ein Schluß auf seine wissenschaftliche Untüchtigkeit zu ziehen, wenn aus dieser gedrängten Zusammenstellung nicht zugleich hervorginge, daß wir es mit einem Mann zu thun haben, welcher nicht aus wissenschaftlicher Ueberzeugung arbeitet, sondern je nach dem jeweiligen Zweck, den er verfolgt, in einseitiger Weise die Ziele desjenigen fördert, der ihm mehr Geld bieten kann. Zu jener Zeit, als Brimann den Judenspiegel herausgab, fahndete man in antisemitischen Kreisen danach, die Juden möglichst mit ihren eigenen Schriften zu schlagen. Da erschien es Brimann natürlich als eine sehr willkommene Gelegenheit, seine Kenntnis im Talmud den Diensten dieser Bewegung zur Verfügung zu stellen, da es ihm s. Z. erwünschte Vermögensvorteile brachte. Als später die Aussichten für ihn günstiger waren, wenn er günstiges über den Talmud schrieb, erklärte er alles das, was über den Talmud geschrieben worden sei — also auch seine eigene Schrift — als auf Dummheit beruhend und verächtlich. — Wir kommen zu Ecker.

II. Ecker.

Nach Veröffentlichung des Judenspiegels brachte ein in Münster erscheinendes Blatt einen Auszug daraus mit heftigen Angriffen gegen Juden und Judentum. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage auf Grund der §§ 166 und 130 St. G. B.^s In dem Prozeß, welcher zu Münster am 10. Dezember 1883 stattfand, fungirte Dr. Jakob Ecker, damals Privatdozent an der Königlichen Akademie zu Münster, als Sachverständiger und auf Grund des von ihm erstatteten Gutachtens erfolgte Freisprechung. Die Anfeindungen, welche das Eckersche Gutachten erfuhr, veranlaßten diesen Sachverständigen, sein Gutachten öffentlich zu verteidigen, und er gab vier Monate nach dem Prozeß eine Schrift heraus unter dem Titel: „Der Judenspiegel im Lichte der Wahrheit; eine wissenschaftliche Untersuchung von Dr. Jakob Ecker.“ Ueber diese Schrift urteilt Prof. Dr. Strack in einem Urteil¹⁾, das er an amtlicher Stelle über Ecker abzugeben

¹⁾ Prof. Strack: „Die Juden, dürfen sie ‚Verbrecher von Religionswegen‘ genannt werden?“ Berlin 1893. Seite 20. — Prof. Strack

hatte, folgendermaßen: „Eckers Schrift habe ich von neuem geprüft und wiederhole, daß Ecker nicht ihr geistiger Vater sein kann; denn um hier nur einiges anzuführen: 1. sie enthält Citate und Angaben, von denen schwerlich irgend ein geborener Christ durch eigenes Studium weiß; 2. sie enthält nicht wenige Behauptungen, die nicht zu der Annahme passen, daß der Stoff von Ecker selbst gefunden und gesammelt sei; 3. finden sich nicht wenige Auslassungen, die, ohne Annahme grober Fälschung, undenkbar, wenn Ecker selbst den Stoff sammelt An sehr vielen Stellen ist Eckers Beurteilung des Judenspiegels derart, daß man nur schwanken kann, ob Ecker partiisch der Wahrheit ins Gesicht schlägt oder ein völliger Ignorant, also Nichtverfasser des Buches ist.“ Bald nach Abgabe dieses Gutachtens hat Ecker seine Stellung bei der Akademie zu Münster aufgegeben.

Inwieweit man Eckers Arbeit als eine selbständige wissenschaftliche Leistung zu betrachten hat, darüber hat Dr. Ecker selbst in einem vom Abgeordneten Dasbach in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 14. Februar 1893 verlesenen Telegramm folgendes mitgeteilt: „Mein Gutachten über Brimann, das ich vor Gericht durchaus aus eigenster, auf Grund langer Studien gewonnener Ueberzeugung eidlich abgab, mußte ich dann wegen der jüdischen Angriffe schriftlich ausarbeiten. Da ich mittlerweile, ganz ohne mein Zuthun, Brimann als einen ganz eminenten Talmudkenner persönlich kennen lernte, benutzte ich ihn als Lehrer, wie auch jeder andere es gethan hätte, um weitere Beweise für meine Behauptung zu studieren, die ich, soweit ich sie als richtig erkannte, selbstredend verwertete. In dem Buch ist Arbeit von vielen Monaten meinerseits enthalten.“

Bei einigem Nachdenken wird Herr Dasbach entdecken, daß hier allerdings der merkwürdige Fall vorliegt, daß der Sachverständige Dr. Ecker sich über dasjenige Buch, welches er als Sachverständiger zu beurteilen hatte, von dem Verfasser sich Belehrung holte und zwar Belehrung, die, wie Herr Dr. Ecker gar nicht leugnet, auf seine Ansichten entscheidenden Einfluß gehabt hat. Das ist doch ein leeres Spiel mit Worten, wenn man darauf hinweist, daß Dr. Ecker nur insoweit Brimann gefolgt sei, als er von ihm überzeugt worden ist. Wenn Dr. Ecker selbst zugiebt, daß Brimann ihm in der Kenntnis des Talmud weit überlegen gewesen ist, so ist es doch ganz klar,

teilt mit, daß er Anlaß zu der Ansicht habe, daß sein Urteil an der maßgebenden Stelle Zustimmung gefunden habe.

dafs Brimann Ecker von dem überzeugen konnte, was er für seine damaligen Zwecke wollte. Inwieweit sich Dr. Ecker durch ein solches Vorgehen gegen seine Pflichten als Sachverständiger vergangen hat, sei hier dahingestellt. Dafs seine Arbeit nicht mehr den Anspruch einer selbständigen wissenschaftlichen Leistung machen kann, ist sicher. Es sei gestattet, über die Anforderungen an die Selbständigkeit einer wissenschaftlichen Arbeit an die Worte des Präsidenten der Berliner Justiz-Prüfungs-Kommission zu erinnern, welche sich dagegen wenden, dafs zwei Kandidaten sich über ein Thema unterhalten.¹⁾ „Es liegt auf der Hand, dafs die Selbständigkeit der gelieferten Arbeiten, wie sie jeder Kandidat pflichtmässig versichern mufs, nicht allein beeinträchtigt wird, wenn zwei Kandidaten, welchen dieselbe Aufgabe zugeteilt ist, sich über den Gegenstand der Aufgabe und über deren Lösung mit einander bereden und jeder von ihnen Gedanken seines Kollegen in seine Arbeit aufnimmt. Ebenso wird die Selbständigkeit der Arbeiten beeinträchtigt, wenn ein Kandidat sich zwar Gedanken seines Kollegen, mit welchem er seine Arbeit bespricht, nicht aneignet, aber in der Besprechung eine Stütze dafür findet, dafs seine Gedanken die richtigen seien, oder wenn er sich bei Dritten irgend welchen Rat bezüglich seiner Arbeit holt. Schon eine einzige an autoritative Seite gerichtete Frage und die Antwort darauf kann für die ganze Richtung der Arbeit bestimmend sein und damit deren Selbständigkeit gefährden.“

Hier liegt der Fall um so krasser, als Ecker zugiebt, dafs er zu Brimann, dem eminenten Talmudkenner, im Verhältnis von Schüler zu Lehrer gestanden, also die bewusste und unbewusste Beeinflussung eine um so grössere gewesen ist. Und aus nichts geht schlagender hervor, wie fördernd Brimann auf Eckerts Arbeit gewirkt hat als daraus, dafs Eckert nur viele Monate auf dieselbe verwandt hat. Die talmudistischen Gelehrten versichern, dafs kaum ein Lebensalter für ein gründliches Studium des Talmud ausreiche. Die Fachgenossen Eckers denken deshalb auch über seinen Anteil an dem Buch nicht sehr hoch.²⁾

Professor Dr. Bickell in Wien, ein frommer katholischer Priester und hervorragender Gelehrter schrieb auf die Aufforderung, im Prozeß Rohling c/a Bloch als Sachverständiger zu fungiren, über Dr. Ecker folgendes an das Gericht: „Zwar macht sich heutzutage der Schwindel

¹⁾ Ueber Proberelationen, Berlin 1892, 2. Aufl.

²⁾ Vergl. Hoffmann, Der Schulchan-Aruch und die Rabbiner über das Verhältnis der Juden zu Andersgläubigen, 2. Aufl. Berlin 1894.

gelehrter Industrieritter gerade hier wegen der Schwierigkeit der Kontraste besonders breit — so hat kürzlich in Münster ein strebsamer Privatdozent oder Priester, welcher garnichts vom Talmud versteht, sich in einem ähnlichen Prozesse als Sachverständiger aufgedrängt und dann zur Bestätigung seines Gutachtens von einem bekehrten Juden ein von talmudisch-rabbinischer Gelehrsamkeit überströmendes Werk schreiben lassen, welches er als sein eigenes Werk veröffentlicht hat, um daraufhin Professor zu werden — ich bin aber in diesen Dingen so altmodisch, mich nur da, wo ich vollständig zu Hause bin, als Autorität auszugeben.“ Es ist dies derselbe Bickell, von dem Ecker schrieb, daß er vor der Gesinnung und der Gelehrsamkeit desselben die größte Hochachtung habe. Darin, daß Ecker unmöglich der alleinige Verfasser des Judenspiegels sei, stimmt Professor Bickell mit Professor Strack überein, indem er in Zeitschriften, welche der Öffentlichkeit übergeben sind, ausführt: „Darin, daß Ecker den Judenspiegel unter seinem Namen neu herausgibt, ist nur die kolossale Wahalsigkeit bewunderungswürdig. Denn fremdes Eigentum ist seine „Beleuchtung“ ganz ebenso gut. Dieser Mensch versteht, wie ich genau weiß, auch nicht das mindeste von talmudisch-rabbinischen Dingen. Als Justus in Münster war, wollte er einmal bei diesem Talmud lesen lernen, gab aber den Versuch schon nach wenigen Minuten als undurchführbar wieder auf, da er verzweifelte, jemals in die Geheimnisse der talmudischen Sprache und Dialektik eindringen zu können.“

III. Rohling.

Rohling würde die Anklagebehörde wohl nicht als unparteiischen Sachverständigen angesehen haben, wenn sie gewußt hätte, daß er folgende Anschauungen vertritt: „In seiner Schrift „Der Antichrist und das Ende der Welt“ nennt er die Reformatoren Luther, Melanchthon, Zwingli, Calvin „Schurken“, die irgendwelche persönliche Sittlichkeit nicht besessen.“ Er sagt in derselben Schrift: „Wohin der Protestantismus seinen Fuß setzt, da verdorrt das Gras. Geistige Leere, Verwilderung der Sitten, schauerliche Trostlosigkeit der Herzen sind seine Früchte: Ein Protestant, der nach Luthers Rezepten lebt, ist ein Ungeheuer; (!) Vandalismus und Protestantismus sind identische Begriffe. Redlichkeit liebende Protestanten werden sich mit Abscheu von ihren bisherigen sogenannten Kirchen abwenden, wenn sie in Erfahrung bringen, was für Schurken jene waren, die den Protestantismus ins Leben riefen.“

Die protestantischen Lehren nannte er „Schandlehren“ und die gesamte protestantische Theologie faßt er zusammen in dem einen Satz: „Sündige tapfer und glaube mit größerer Tapferkeit.“¹⁾ Was die Beurteilung der bekannten von Rohling herrührenden Schrift „Der Talmudjude“ anlangt, so hat Prof. Dr. Delitzsch, den Rohling selbst als zweiten Tertullian, als geistige Großmacht gefeiert hat, folgendes nachgewiesen: „Falsche Uebersetzungen“, „Unwissenheit“, „Entstellte Texte“, „Lüge“, „Schauerhafte Verleumdung“, „Falsche Zeugnisse“, „Unwahrheiten“, „Tendenziös falsche Uebersetzungen“, „Gewissenlosigkeit“ und „Verleumderische Unwahrheit.“²⁾

Bezüglich der Rolle, welche Rohling in dem Prozeß c/a Bloch eingenommen hat, verweise ich auf die genannten Schriften: Akten und Gutachten in dem Prozeß Rohling c/a Bloch, I. Band, Wien 1890 und Prozeß Rohling c/a Bloch, Berlin 1892.

Uns interessiert nur noch das Schreiben Professor Bickells an das Wiener Landesgericht, in welchem er es ablehnt, als Sachverständiger zu fungiren. Er führt aus: „1. Ich bin mit Prof. Rohling seit fast 20 Jahren eng befreundet und würde mich voraussichtlich auf das entschiedenste in der Blochschen Angelegenheit zu seinen Ungunsten aussprechen müssen, was mir überaus peinlich sein würde, so wenig ich ihm von Anfang an meine Nichtübereinstimmung mit seiner antisemitischen Agitation verhehlt habe. 2. Was die Hauptsache des Prozesses, den angeblichen Gebrauch von Christenblut durch die Juden betrifft, so habe ich mich schon in jenem durch Professor Delitzsch veranlaßten und veröffentlichten Brief (in desselben neuesten Traumgesichte des antisemitischen Propheten Seite 30) öffentlich dahin ausgesprochen, daß alle dafür beigebrachten angeblichen Beweisstellen auf greifbarer Unwissenheit beruhender Schwindel seien, da an den betreffenden Stellen von ganz anderen Dingen gehandelt wird.“³⁾

¹⁾ Vergl. Antisemitenspiegel, Seite 136.

²⁾ Akten und Gutachten in dem Prozesse Rohling c/a Bloch, Seite 10.

³⁾ Prozeß Rohling c/a Bloch, Seite 22.

Anhang III.

Blochs Parallelstellen aus nichtjüdischen Schriften.

(Aus Akten und Gutachten in dem Prozesse Rohling c/a Bloch, Bd. I
Wien 1890, S. 363 ff.)¹⁾

I. Gegenüber der Behauptung, daß Betrug und Unredlichkeit zuweilen erlaubt ist, sei verwiesen auf:

a) Jacobi Simancae Pacensis. Episcopie de Catholicis Institutionibus Liber. Tit. XLVI Nr. 48 vom Anfange bis „dimittimus impunitos“, Nr. 49 von „Quod si diutius“ bis strangulari solent, Nr. 50 vom Anfange bis „subsidium concedentur“, Nr. 52 vom Anfange bis „catholicum astrinxerit“ und Nr. 53 vom Anfange bis „semper turbavit“ (Hofbibliothek Seite 364, 365 u. 366).

Dieses nach der Reformation erschienene Buch verlangt die Verbrennung der Ketzer und zwar der hartnäckigen bei lebendigem Leibe, es lehrt, daß man den Ketzern das Wort nicht halten darf, auch wenn es unter Eid gegeben wurde und rechtferigt unter diesem Gesichtspunkte ausdrücklich die Verbrennung des Hufs.

b) Corpus Juris Canon. Decretum Gratiani II Pars Causa XXII Questio II c. XXI. Vom Anfange bis „faceret iustitiam Dei“.

Hier wird der offenbare Betrug, mittels dessen der fromme Jehu die Baalspriester zur Schlachtbank lockte, gepriesen.

c) Ferraris Prompta Bibliotheca Tom II, Contractus Emptionis et Venditionis Art. III.

Hier wird den Verkäufern gestattet, die Käufer an Maß, Gewicht und Stückzahl zu verkürzen, oder den Wein zu wässern, einen billigeren Preis herauszuschlagen.

II. Gegenüber der Behauptung, daß den Juden unter Umständen Meineid und Eid unter Vorbehalt gestattet sind, sei verwiesen auf:

a) Corpus Juris Canon. Decretales Gregorii Liber II Titulus XXIV cap. XXVIII Ueberschrift (Summa).

¹⁾ Diese Parallelstellen werden den Kulturhistoriker besonders interessieren, indem sie zeigen, daß dieselben Vorwürfe, welche den Juden gemacht werden, auch den Christen gemacht worden sind. Wie thöricht wäre es, aus diesen Stellen auf die christliche Kirche Angriffe zu schmieden. Es sollte aber auch eingesehen werden, wie widersinnig die antisemitische Methode ist.

Hier wird die Unverbindlichkeit eines gegen den Vorteil der Kirche geschworenen Eides erklärt.

b) Ferraris Prompta Bibliotheca Tom IV Juramentum Art. III Nr. 34 (Seite 1142) vom Anfange bis „docet communis doctorum“.

Hiernach kann der Papst, wenn es das Wohl der Kirche verlangt, vom Eide entbinden.

c) Ferraris Prompta Bibliotheca Tom IV Juramentum Art. I Nr. 13 (Seite 1092).

Hier wird ein innerlicher Vorbehalt, wenn er durch eine solche Zweideutigkeit angedeutet wird, welche die Möglichkeit der Erkennung des wahren Sinnes nicht ausschließt, beim Eide gebilligt, wenn der Schwörende berechtigt oder verpflichtet ist, etwas zu verbergen.

d) Ferraris Prompta Bibliotheca Tom IV Juramentum Additiones Casinenses Nr. 21 und Nr. 22 (Seite 1150 und 1151).

Hier wird erläutert, wie man sich zweideutig ausdrücken kann, z. B. wenn man sagt: „Ich sage nein“ und darunter nicht versteht, daß man negiert, sondern nur, daß man das Wort nein ausspricht, weil man dadurch den andern nicht betrügt. Zugleich wird eine solche Zweideutigkeit auch unter Eid erlaubt zu einem ehrbaren Zwecke.

e) Ferraris Prompta Bibliotheca Tom IV Juramentum Art. I Nr. 17 (Seite 1094). Vom Anfang bis „cum juramento negaverit“.

Hier wird der Angeklagte, der sich unschuldig weiß, berechtigt, auch eine wahre Thatsache eidlich abzuleugnen, wenn er befürchten muß, infolge eines Geständnisses ungerecht verurteilt zu werden.

f) Ferraris Prompta Bibliotheca Tom IV Juramentum Additiones Casinenses Nr. 26 (Seite 1152).

Hier wird dem Angeklagten und dem Zeugen gestattet, unter Eid falsch auszusagen, wenn der Richter nicht zur Frage berechtigt ist, daß keine Schuld vorliegt, oder wenn das Verbrechen geheim ist. Im letzteren Falle ist der Zeuge sogar verpflichtet zu schwören, daß der Angeklagte unschuldig sei und der Angeklagte selbst zur eidlichen Ableugnung berechtigt.

g) Nr. 35 ebendasselbst Nr. 27 (Seite 1153).

Hier wird es als hinlänglich wahrscheinlich erklärt, daß der Angeklagte seine Schuld abschwören darf, wenn ihm eine schwere Strafe (Tod, Kerker, Verbannung, Konfiskation u. s. w.) droht. Dieser Ausspruch ist eine Parallelstelle zu einem Rohling'schen Citate und ist als Beispiel der Probabilitätstheorie zu betrachten, welche Rohling dem Talmud zuschreibt.

h) Nr. 36 Ferraris Prompta Bibliotheca Tom IV Juramentum Art. I Nr. 19 (Seite 1095).

Hier wird dem Kleriker gestattet, unter geheimem Vorbehalt vor einem weltlichen Richter oder Steuereinnnehmer falsch zu schwören, weil er dem weltlichen Richter nicht untersteht und steuerfrei ist.

i) Nr. 37 Ferraris Prompta Bibliotheca Nr. 37 Tom I, Accusatus Nr. 43 (Seite 208). Vom Anfange bis „et non pro pluribus“.

Hier wird im allgemeinen jedem gestattet, vor dem Richter falsch zu schwören, um sich einer Abgabe im ungerechten Uebermaße zu entziehen.

k) Nr. 39 Ferraris Prompta Bibliotheca Tom IV Juramentum Additiones Casinenses Nr. 32 (Seite 1154).

Hier wird der Ehebrecherin gestattet, dem Manne den von ihr begangenen Ehebruch eidlich abzuleugnen, indem sie denkt, daß ja die Ehe nicht „gebrochen“ ist, weil sie noch besteht; ebenso kann sie diesen Eid ablegen, wenn sie in der Beichte absolviert ist, weil die vergebene Sünde nicht mehr existiert; oder endlich, wenn der Ehebruch ganz geheim ist.

III. Gegenüber der Beschuldigung des rituellen Christenmordes vergleiche:

a) Nr. 42 Corpus Apologetarum Christianorum Saeculi II Volumen VII Athenagorae Philosophi Atheniensis Opera Supplicativ pro Christianis Nr. 2 und der erste Satz von 3 von Tria bis concubitus (Hofbibliothek Seite 11 bis 15).

Hier beschwört Athenagoras die Kaiser Marcus Aurelius, Antonius und Lucius Aurelius Commodus, der Verfolgung der Christen, bloß weil sie sich Christen nennen, ein Ende zu machen, die, welche sich irgend vergehen, strenge zu bestrafen, aber ihre Religionslehre ohne Voreingenommenheit und nicht nach dem gemeinen dummen Geschrei zu beurteilen. Als die den Christen zur Last gelegten Verbrechen werden bezeichnet Atheismus, Menschenfresserei und Blut- schande.

b) Nr. 43 Corpus Apologetarum Christianorum Saeculi II Volumen I Justini Philosophi et Martyrias Opera Apologia II Nr. 12 von Anfang bis cogitationum et actionum (Univ. Bibliothek. Patristica I 25 Seite 233 und 235).

Der Märtyrer Justinus beklagt sich, daß man den Christen die Blutbeschuldigung vorwirft auf Grund der durch furchtbare Foltern erpressten Aussagen von Sklaven, Kindern und Weibern.

c) Nr. 44 Eusebii Pamphili Historiae Ecclesasticae Libri decem. Liber quintus II von Capti sunt quidam nostrorum servorum bis

adversus nostros infremerent und von Qui fieri posset bis degustare licet (Univ. Bibliothek Patristica I 163 Seite 334 und 339).

An der ersten Stelle beklagt sich Eusebius, daß die Christen auf die durch Folter erpressten Aussagen ihrer Sklaven der Menschenfresserei und Blutschande geziehen wurden, und daß das Volk infolge dessen gegen sie in Wut entbrannte. An der zweiten Stelle verwahrt sich einer der Märtyrer gegen die erste Beschuldigung, indem er unter Hinweisung auf die Apostelgeschichte 15,29 sich darauf beruft, daß den Christen auch der Genuß von Tierblut verboten ist.

d) Nr. 45 M. Minucii Felicis Octavius N IX (Univ. Bibliothek Patristica I 90 Seite 13 bis 15).

Hier wird in Form eines Dialoges davon gesprochen, daß Blutschande und scheußliche geschlechtliche Orgien bei den Christen vorkommen; die Aufnahmsceremonie zum Christentum wird als eine in widerlichster Form verübte Tötung eines Kindes beschrieben, dessen Blut sie gierig auflecken, und wird darauf hingewiesen, daß derlei nicht überall erzählt werden könnte, wenn es nicht auf Wahrheit beruhen würde.



B. v. Bilbassoff, Prof. in St. Petersburg.

Geschichte Katharina II.

Band I, Abteilung 1. u. 2. Autorisierte Ausgabe übersetzt von M. v. Pezold. Preis 12 Mark. Des russischen Originals 2. Band, Abteilung 1 u. 2, übers. v. P. v. R., 66 Bogen 18 Mark.

Nachdem das russische Original dieses Buches, wie man hört, bis auf eine ganz geringe Anzahl von Exemplaren auf Veranlassung der Zensurbehörde vernichtet wurde, hat die deutsche Ausgabe dieses Bandes ein um so grösseres Interesse. Bei der ungewöhnlichen Ausführlichkeit, mit welcher hier die Vorgänge der Thronbesteigung der grossen Kaiserin und der ersten Zeit ihrer Regierung erzählt werden, bei dem zum Teil völlig neuen Aktenmaterial, über welches der Verfasser verfügte, verdienen die Ausführungen Bilbassoffs die besondere Beachtung der Fachleute und des Publikums. (Litter. Centralblatt 1893, No. 2.)

John Richard Greens

Geschichte des englischen Volks.

Nach der verbesserten Auflage des englischen Originals (1888) übersetzt von C. Kirchner. Mit einem Vorwort von A. Stern, Professor der Geschichte am Eidgenössischen Polytechnikum in Zürich. 2 Bände brosch. 10 Mark. In Leinwand geb. 13 Mark. In Halbfranz gebunden 14 Mark. Autorisierte Ausgabe.

Nicht nur für alle Stadt-, Schul- und Volksbibliotheken, die durch die Anschaffung obigen Werkes, soweit es nicht bereits geschehen ist, nur eine Pflicht erfüllen, sondern auch für jede Privatbibliothek bildet dieses Werk eine Zierde in des Wortes richtiger Bedeutung, der nämlich, dass dasselbe wirklich gelesen werden wird und muss, und zwar gelesen deshalb, „weil es sich, wie die Frankf. Zeitung sich sehr richtig ausdrückt, liest: „wie ein Roman“ oder vielmehr besser wie ein Roman, weil man das sichere Gefühl dabei hat, dass alles Wahrheit, nichts Dichtung ist“. Abgesehen von dem wissenschaftlichen und künstlerischen Werte des Buches, sagt Professor Stern in seiner Vorrede, hat der Stoff an sich, der hier bemeistert ist, Anspruch auf teilnehmende Beachtung jedes gebildeten Deutschen. Es ist die Geschichte eines stammverwandten Volkes die hier, in tausend Zügen uns anheimelnd, aufgerollt wird. Wenn es uns ehemals zum Ruhme nachgesagt wurde, dass wir niemals verschmähten, von anderen Gutes zu lernen, so werden wir uns am wenigsten, engherzig und hochmütig, gegen heilsame Einwirkungen von einer solchen Seite absperren wollen. Je mehr wir Gefahr laufen sollten, der verführerischen Gewalt gefährlicher Anschauungen zu unterliegen, die oft genug als dem freien germanischen Genius widersprechend getadelt worden sind, desto kräftiger wird uns der Hinweis auf manchen bedeutsamen Vorgang in der Entwicklungsgeschichte des uns so nahe stehenden Volkes stützen. „Was England an echt germanischen Substanzen bewahrt hat, auf dem Boden der Urheimat wieder fruchtbar zu machen“: dies auch durch Austausch der wissenschaftlichen Güter zu fördern, war der Wunsch des unvergesslichen Reinhold Pauli. Möge die Übersetzung des Greenschen Werkes zu ihrem Teile mithelfen, ihn zu erfüllen.

In demselben Verlage ist erschienen:

Alfred Stern, Prof. der Gesch. in Zürich.

Das Leben Mirabeaus. 2 Bände. 10,— Mark. Die „National-Zeitung“ schreibt: Das Buch Alfred Sterns füllt nicht nur in der deutschen, sondern auch in der französischen historischen Litteratur eine Lücke in dankenswertester Weise aus. Vortrefflich weiss er in der Darstellung Licht und Schatten zu verteilen, ohne das Kleine und scheinbar Zufällige zu vernachlässigen, überall die Hauptpunkte lichtvoll hervorzuheben. Seine natürliche Vorliebe für seinen Helden reisst ihn kaum je zu einer Beschönigung seines Thuns oder zu einer Verschwärzung seiner Gegner hin. Bis zu Ende bleibt sich seine Zurückhaltung als Geschichtsschreiber, der nur erzählen, nicht richten will, gleich. Die Genauigkeit der Erzählung, die eindringliche Schärfe der Charakter-schilderung, die Fähigkeit, den Inhalt von Reden und Broschüren in wenigen Zügen sicher und anschaulich zusammenzufassen, zuerst und zuletzt die Objektivität des Urteils und der Darstellung sind die grossen Vorzüge des Buches.

Volkswirthschaftslehre für Anfänger. Von M. G. Fawcett. Nach der 6. Auflage des englischen Originals für Deutsche bearbeitet von F. C. Philippson. 3,— Mark, geb. 3,75 Mark.

„Weserzeitung“: Der verstorbene Prof. Fawcett nahm in England als Nationalökonom eine sehr angesehene Stellung ein. Sein Darstellungsvermögen zeichnet sich durch leichte Verständlichkeit bei grosser Schärfe aus. Die obengenannte Schrift vereinigt mit den erwähnten Vorzügen auch den der Kürze. Sie ist nach Art eines Katechismus eingerichtet. Wo die Darstellungsweise specifisch englisch ist, hat der Uebersetzer — ein sehr erfahrener, volkswirthschaftlich gebildeter Mann — sie vollständiger gemacht.

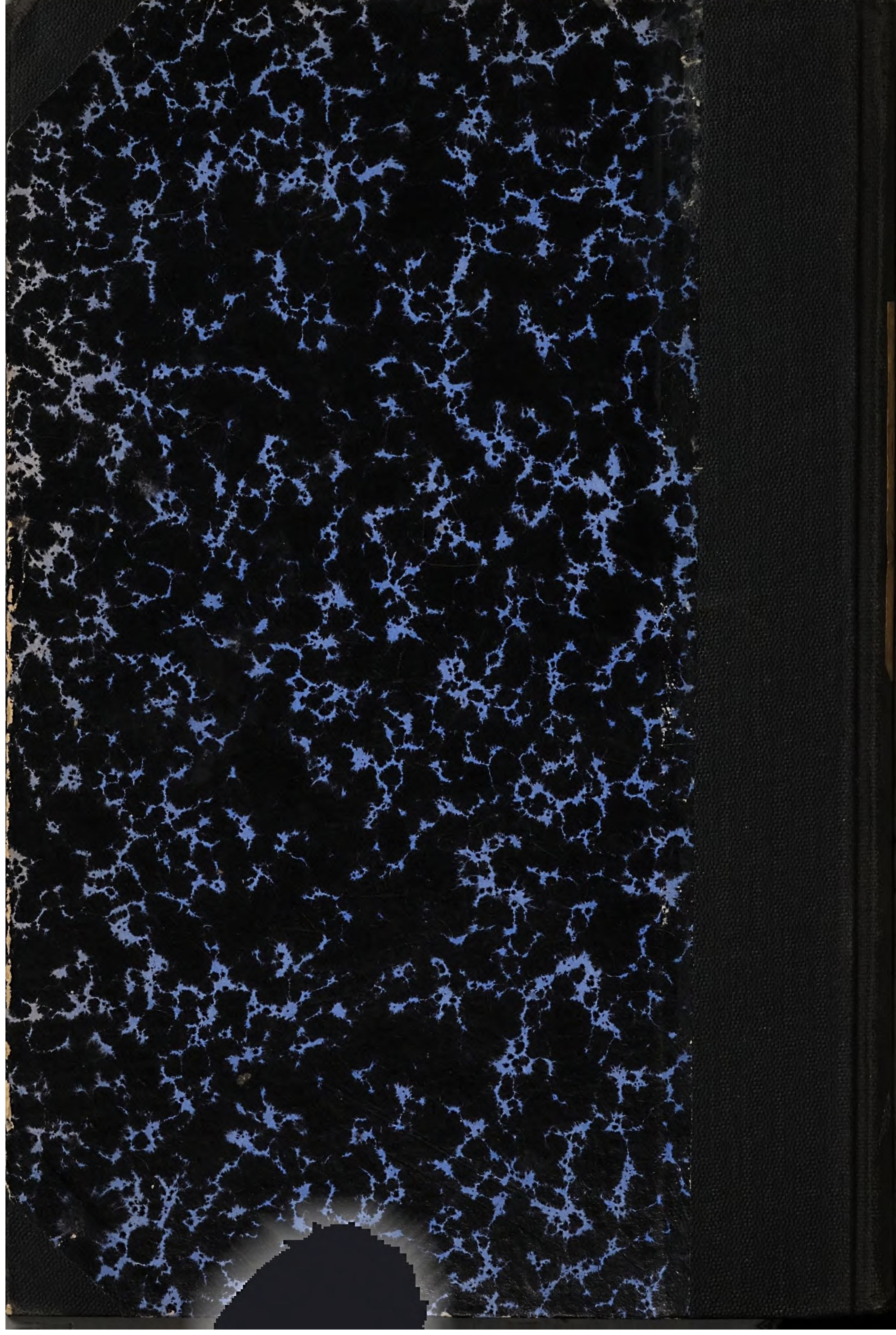
Luigi Settembrini.

Erinnerungen aus meinem Leben. Mit einer Vorrede von Francesco de Sanctis. Nach der neunten Aufl. des Italienischen deutsch von E. Kirchner. Autorisierte Ausgabe. 2 Bände. 10 Mark.

Litter. Centralblatt 1893, No. 2:

Die „Erinnerungen“ sind das Werk eines der edelsten Männer und grössten Patrioten Italiens, der in idealer Hingebung Not und Kerker für sein Vaterland und dessen Einigung ertrug. Sie liefern zugleich ein Zeitbild der traurigen und verkommenen Bourbonenherrschaft im Königreiche beider Sicilien. Das Werk ist anziehend geschrieben, zeigt ein treffliches Talent der Beobachtung und Darstellung, ein naives Gemüt und grundgutes, warmfühlendes Herz. Dass es in dem nicht stark Bücher kaufenden Italien eine neunte Auflage erlebte, spricht wohl mit am meisten für seinen Wert. In der vorliegenden Übersetzung ist das Buch, welches von glühender Vaterlandsliebe beseelt und von Selbstvergessen getragen wird, den deutschen Lesern nicht genug zu empfehlen.

P. H.



Parmod, Maximilian

Antisemitismus und Strafrechtspflege zur Auslegung und Anwendung der §§ 130
, 166, 185, 193, 36011 Straf-Gesetz-Buchs in höchstrichterlicher und
erstinstanzlicher Praxis

Berlin 1894

Crim. 194 lw

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11584280-9